

Auch in dieser Ausgabe haben wir uns bemüht, die ganze Vielfalt der aktuellen Probleme und Ereignisse des Kontinents wiederzugeben. Der Bogen reicht von den LehrerInnen in Oaxaca über die Indígenas in Nicaragua und Kolumbien bis zu den peruanischen Goldsammlern und den Behinderten in Bolivien. Doch dieser Facettenreichtum wird in fast allen diesen Beiträgen von einem Gefühl der Ohnmacht überschattet. Im Unterschied zu den vergangenen Jahren hat man heute den Eindruck, dass diese Schatten immer länger werden, je genauer man die politischen und wirtschaftlichen Machtzentren in den einzelnen Ländern betrachtet.

Was ist passiert? Um dieser Frage nachzugehen, blicken wir hinter die Kulissen der aktuellen Ereignisse im größten

und bevölkerungsreichsten Land des lateinamerikanischen Kontinents: *Brasilien*. Ähnlich wie in anderen Ländern Lateinamerikas, die in den vergangenen Jahren mehr oder weniger fortschrittliche Präsi-

EDITORIAL

denten an die Regierung gebracht haben, hat auch hier eine politische Schubumkehr stattgefunden.

Die AutorInnen dieses Schwerpunktthemas – durchwegs profunde Kenner der brasilianischen politischen Kultur – haben von verschiedenen Seiten her die Realität der (vorübergehenden oder definitiven?) Macht ablöse an der Staatsspitze untersucht, die sie alle übereinstimmend als

„sanften Putsch“ charakterisieren. Im ersten Teil geht es um die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe, die den Stein des Anstoßes in Rollen gebracht haben; ein zweiter Abschnitt schildert die am Coup beteiligten Akteure wie das Parlament, die Medien und den internationalen Kontext. Und last, but not least kommen zwei Frauen zu Wort, welche die Platzhalterdiktatur von Michel Temer, der Dilma Rousseff für 180 Tage abgelöst hat, ebenso schonungslos kritisieren wie Rios verfehlte Investitionspolitik im Kontext der Olympischen Spiele.

Ob mit den oder ohne die fortschrittlichen PräsidentInnen, die das politische Panorama Lateinamerikas in den letzten Jahren um viele Erfahrungen bereichert haben: Der Kampf geht weiter.

Leo Gabriel

INHALT

THEMA: BRASILIEN: DIE REAKTION SCHLÄGT ZURÜCK

Brasilien im Zeichen der Krise 4
Von Andreas Novy

Rechtsruck durch parlamentarischen Putsch 6
Von Bernhard Leubolt und Ricardo Borrman

Nach Scherbenhaufen Neubeginn nötig 9
Kommentar von Thomas Bauer

Parlamentarismus auf Brasilianisch 10
Von Jürgen Kreuzroither

Die Medien in Brasilien: Interessenverband der Eliten . 12
Von Ricardo Borrman und Bernhard Leubolt

Brasilien im Interimsregime 14
Von Silvia Jura

Abbau der regionalen Integration 17
Von Emir Sader

Rio als umkämpfter Ort
Interview mit Juliana Barbassa 18
Von Claudia Dal-Bianco und Petra Pint

AKTUELLES & ANALYSE

Schüsse in der Prärie, Flächenbrand in **Mexiko** 20
Von Philipp Gerber, Oaxaca

Kolumbien feiert Waffenstillstand 22
Von Eva Haule

Kolumbien: Der „schwarze Tod“ in der Guajira 23
Von Gerhard Drekonja-Kornat

Peru: Der dunkle Glanz von Gold 24
Von Caroline Kerschbaumer
Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt 25

Bolivien: Sex, Lügen – und kein *hijo* 26
Von Robert Lessmann

Im Rollstuhl nach La Paz 27
Basisnahe und leistbare Inklusion Behinderter 28
Von Ralf Leonhard

Nicaragua: Humanitärer Entwicklungsplan
in der Warteschleife 29
Von Leo Gabriel

Alfredo Bauer ist gestorben 31
Nachruf von Raina Zimmering

Kurznachrichten 34

Buchbesprechungen: 111 Orte in Rio de Janeiro, die man gesehen haben muss; Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus? Chile in Bewegung; Dancehall und Homophobie; „Verschwunden“, der Flug: Testimonios einer Schreckendherrschaft 36

Titelfoto und Rückseite: *Johannes Schmidt* (erste oppositionelle Massendemonstration am 15. März 2015 an der Copacabana)



BRASILIEN IM ZEICHEN DER KRISE

Am Sonntag, den 17. April 2016 beschloss die brasilianische Abgeordnetenkammer mit deutlicher Mehrheit, den Prozess der Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff einzuleiten. 367 Abgeordnete stimmten dafür, nur 137 dagegen. Am 12. Mai bestätigte der Senat diese Entscheidung, womit Dilma, wie sie in Brasilien genannt wird, als Präsidentin bis zum Abschluss des danach stattfindenden Verfahrens suspendiert wurde. Der Kongress entsprach mit dieser Entscheidung einer weit verbreiteten Stimmung in der brasilianischen Gesellschaft, welche die Regierung Dilma für die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Krise verantwortlich macht. Doch dieser Etappensieg der Dilma-Gegner wird wohl kaum die tiefste Krise Brasiliens seit 30 Jahren beenden.

Von Andreas Novy

Seit den Protesten im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2013 kommt das Land nicht zur Ruhe. 2014 gelang Dilma zwar die Wiederwahl. Das Wahlergebnis zeigte aber schon die Polarisierung zwischen der weißen Elite und den oftmals schwarzen und indigenen Schichten, denen die Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts den Ausstieg aus der Armut ermöglicht hatte. Erzielte der Oppositionskandidat Aécio Neves sein bestes Wahlergebnis bei AuslandsbrasilianerInnen an den Urnen Miamis, so wählten in den ländlichen Regionen des Nordostens bis zu 90 Prozent Dilma.

Doch anders als nach den drei vorangegangenen Wahlen akzeptierte die Opposition das Wahlergebnis 2014 nicht. Im neu gewählten Kongress verfügt Dilmars Arbeiterpartei PT über wenig mehr als 10 Prozent der Abgeordneten. Um trotzdem regierungsfähig zu sein, setzte Dilma auf Rezepte, mit denen die PT bis dahin erfolgreich war: „Links blinken, rechts abbiegen“. Hatte sie noch im Wahlkampf eine Gegenkandidatin wegen ihrer Nähe zur Bankenwelt diskreditiert, setzte sie im Jänner 2015 einen Banker als Finanzminister ein. Das empörte ihre linken Verbündeten und zeigte einen Opportunismus, der sein Ziel, die Wirtschaft zu stabilisieren, verfehlte, aber ihre Verbündeten brüskierte.

Erstmals wird Korruption verfolgt

Gleichzeitig erwecken Medien und Justiz den Eindruck, als hätte die Arbeiterpartei die Korruption erfunden. Während es gegen Dilma aber nicht einmal den Vorwurf persönlicher Bereicherung gibt, ist in den letzten Wochen Licht ins Dunkel der real existierenden Korruption gebracht

worden. Da war zuerst Odebrecht, das größte Bauunternehmen Brasiliens, das seine Parteifinanzierungslisten offenlegte. In der Liste von über 300 PolitikerInnen findet sich alles, was Rang und Namen hat. Nur zwei Namen fehlen – Lula und Dilma. Dann kamen die Panama Papers, die in Brasilien wie eine Bombe hätten einschlagen müssen. Doch auch hier blockieren die Medien die Veröffentlichung der Informationen, denn unter den Involvierten finden sich nicht nur zahlreiche Dilma-Gegner, sondern auch der Medienkonzern *Globo*. Über all dies kann man sich in Brasilien über soziale Medien informieren. In den kommerziellen Medien finden sich dazu kaum Berichte.

Vom Erfolgsmodell zum Krisenfall

Um die aktuellen Entwicklungen zu verstehen, muss man wissen, dass Brasilien bis 1888 eine Sklavenhaltergesellschaft war. Die Schritte zur Gleichberechtigung und Teilhabe der Nachfahren der SklavInnen am gesellschaftlichen Reichtum waren äußerst langsam und von Rückschritten gezeichnet. Demokratie und Diktatur wechselten sich lange Zeit hindurch ab. Noch 1964 appellierten die Medien an die Militärs, Ruhe, Ordnung und Demokratie wiederherzustellen. Auf den Putsch 1964, dem Korruptionsvorwürfe und Massendemonstrationen der oberen Mittelschicht mit ähnlichem Charakter wie heute vorangingen, folgten 20 Jahre Diktatur. Damals legte der Fernsehsender *Globo* – einer der mächtigsten Kritiker der Regierung Dilma – die Grundlage seines heutigen Imperiums.

Unter der Regierung Lula (2003-2010) und seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff

(Präsidentin seit 2011) gelang es, sich in Ansätzen vom Erbe einer nach Rasse und Einkommen gespaltenen Gesellschaft zu verabschieden. 40 Millionen Menschen konnten der Armut entkommen. Über sechs Millionen – vor allem schwarze Hausangestellte – erhielten erstmals soziale Rechte, eine Mindestsicherung wurde eingeführt und die Löhne der unteren Schichten stiegen. Auch politisch galt Brasilien unter den BRICS als *das* Erfolgsmodell, was Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Ausgleich betrifft. Schließlich hatte Lula nach drei erfolglosen Versuchen 2002 die Wahl mit dem Slogan „Frieden und Liebe“ gewonnen. Trotzdem war seine Politik nicht frei von Widersprüchen; man könnte sie als eine Art „progressive Variante konservativer Modernisierung“ charakterisieren, bei der sich progressive ReformerInnen mit Gruppen der Agraroligarchie sowie der Industrie- und Baulobby verbündeten. Mit einer derart breiten Allianz von Zentrumsparteien sollten eine zu starke Radikalisierung und Polarisierung der Gesellschaft (wie etwa in Venezuela) vermieden und der Regierung zehn Jahre lang Mehrheiten im Parlament gesichert werden.

Doch diese Politik hatte ihren Preis. Sie setzte auf Postenschacher und Stimmentausch; der Kongress glich (mit mittlerweile 28 Parteien) einem Basar fortgesetzter Tauschgeschäfte, die von der PT dazu benutzt wurden, ihre großartige Sozialpolitik umzusetzen, das Land zu modernisieren und seine Institutionen zu stärken. Polizei und Justiz erhielten erstmals die Möglichkeit, die Korruption auch in der brasilianischen Oberschicht zu ahnden. Dass das ganz und gar nicht selbstverständlich ist, zeigen heute etwa Polen und Ungarn innerhalb der EU, für deren Regierungen es einfach war, die Gewaltenteilung massiv einzuschränken.

Die PT ist dieser Versuchung nicht erlegen, anderen Versuchungen jedoch schon. Einst ethisches Aushängeschild und Partnerin der sozialen Bewegungen, ist sie zu einer ganz normalen Partei geworden, die durch Firmen finanziert wird, in Korruptionsfälle verwickelt ist und mit einem riesigen Apparat ausgestattet ist, der hauptsächlich an seiner eigenen Wiederwahl interessiert ist. Schon bald haben sich Junge und Engagierte von der Regierung

Foto: Johannes Schmidt



Schon bei der ersten rechten Großdemo am 15. März 2015 wurde Dilmias Impeachment gefordert

ebenso distanziert wie NGOs, KünstlerInnen und soziale Bewegungen, die vor allem den Umweltkurs und die Anbiederung der Regierung an die Agrarlobby und die Banken kritisierten.

Vor allem aber wird die PT für die aktuelle wirtschaftliche und politische Krise verantwortlich gemacht, zu der sie mit ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik trotz Beibehaltung der Sozialprogramme wesentlich beigetragen hat. DemonstrantInnen forderten seit Monaten die Absetzung der Regierung; Dilmias Popularität erreichte einen Tiefpunkt und die Mehrheit der BrasilianerInnen suchte nach einem Ausweg aus der Krise, den sie der Präsidentin nicht mehr zutraute.

Opposition beugt die Verfassung

Nun hat Brasilien ein Präsidialsystem, das dem Parlament nicht erlaubt, unbeliebte Präsidenten mittels eines Misstrauensvotums abzusetzen. Dies wäre nur dann möglich, wenn die Präsidentin schwerwiegende Verfassungsbrüche begangen hätte. Da feststeht, dass sich Dilma nicht persönlich bereichert hat, wird ihr stattdessen vorgeworfen, die Regierung habe „Bilanzen geschönt“, indem sie Sozial- und Kon-

junkturprogramme durch Budgetumschichtungen vorfinanziert habe – eine von den Vorgängerregierungen Jahrzehnte hindurch praktizierte und von den Höchst Richtern akzeptierte Praxis. Doch darum ging es in den hitzigen Debatten am 17. April und im Mai im Senat gar nicht. Die satte Mehrheit der Opposition konnte es sich leisten, die fehlende rechtliche Basis für ein Impeachmentverfahren vorerst zu ignorieren. Im eigentlichen Absetzungsverfahren, das im Mai begann, übernahm der Präsident des Verfassungsgerichts die Vorsitzführung. Einfache Mehrheiten werden dabei für die Absetzung der Präsidentin nicht reichen. Das Absetzungsverfahren, das sich zumindest noch bis August hinziehen wird, bleibt daher ein unkämpftes Feld.

Neuer Wein in alten Schläuchen

Das Impeachment-Verfahren hat zu einwilligen Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse geführt, die wenig Anlass zur Hoffnung geben. Mitte Mai übernahm Vizepräsident Michel Temer die Amtsgeschäfte. Er wurde 2014 auf der siegreichen Liste Dilma-Temer gewählt und war mit dem Programm Dilmias in den

Wahlkampf gezogen. In diesem Sinne verkörpert er Kontinuität. Das gilt insbesondere für die Beibehaltung einer auf Stimmentausch basierenden Regierungspraxis. Er gehört der PMDB an, einer Partei, die in allen Regierungen der letzten 30 Jahre vertreten war. In den 1990er Jahren setzte die PMDB eine neoliberale Politik um, danach unterstützte sie die Sozialreformen und zieht jetzt ein neoliberales Schockprogramm durch.

Ein wesentlicher Faktor für den Abstimmungserfolg war die Angst vieler Abgeordneten vor weiteren Korruptionsermittlungen. So laufen gegen 36 der 38 Abgeordneten, die das Impeachment-Verfahren in der Prüfungskommission einleiteten, gerichtliche Verfahren, allen voran

gegen den Parlamentspräsidenten Eduardo Cunha, der unter anderem fünf Millionen Dollar Schwarzgeld auf Schweizer Konten geparkt haben soll. Er wird daher alles unternehmen, die Verfahren einzustellen, was aufgrund der ideologischen Nähe zu vielen Richtern und Staatsanwälten durchaus möglich ist, obwohl das nicht ohne Widerstand aus Teilen der Richterschaft gelingen wird. Sollte ferner der Budgetvollzug der Regierung Dilma-Temer im Absetzungsverfahren tatsächlich als verfassungswidrig angesehen werden, wird der Vize erklären müssen, dass er gerade bei diesen Amtshandlungen die Präsidentin niemals vertreten habe.

Aber auch die PT hat zu wenig Autorität, um die Praxis von Stimmentausch und parlamentarischem Opportunismus zu geißeln und Ethik beim Schmieden von Allianzen einzufordern. Es ist vielmehr das gesamte Modell konservativer Modernisierung, das eine mehr oder minder fortschrittliche Politik mittels eines archaischen politischen Systems umsetzt, das inzwischen vollkommen diskreditiert ist. So verständlich das ist, so klar muss auch sein, dass diese Situation zu einer Polarisierung und Radikalisierung des politischen Lebens führen wird.

⇒ von Seite 5: BRASILIEN IM ZEICHEN DER KRISE

Bei der politischen Rechten ist dies offensichtlich: Erstmals gibt es mit Bolsonaro einen Führer der Rechtsextremen mit einem starken Gewicht auf der Straße, im Parlament und vermutlich auch an den Urnen. Bis März dominierten diese Gruppen die Straße: Sie versammelten enttäuschte und empörte WutbürgerInnen, aber auch Rechtsextreme und SympathisantInnen einer Militärdiktatur. Vorerst wird Bolsonaro die Regierung Temer mittragen, sich bei der erstbesten Gelegenheit aber radikalisieren, durchaus auch im Bündnis mit antidemokratischen Gruppen.

Daher findet die Opposition gegen die Regierung Michel Temer derzeit vor allem auf der Straße statt. Seit Wochen wird im ganzen Land gegen die Regierungsübernahme durch den besonders korrupten Teil des brasilianischen politischen Establishments demonstriert, das nun durch die PMDB angeführt wird. Viele, die kein gutes Haar an der Regierung Dilma lassen, haben in den letzten Wochen Angst bekommen. KünstlerInnen, Homosexuelle und Indigene fürchten um ihre verfassungsmäßig garantierten Grundrechte, die vom konservativen Kongress bedroht werden. Hausangestellte, die heute erstmals garantierte Rechte haben und einen Mindestlohn erhalten, beobachten Gesetzesnovellen mit Sorge, die dies rückgängig machen wollen. Der Kongress ist dabei, das Internetgesetz, das Netzneutralität vorsieht, zugunsten der Konzerne aufzuweichen; auch soll die staatliche Ölfirma Petrobras just zu einem Zeitpunkt verkauft werden, zu dem die Aktien im Keller sind und private Ölkonzerne durch Divestmentkampagnen mit massiven Problemen konfrontiert sind. Und dann gibt es da all jene, die einfach Angst vor rechtsextremen Gruppen haben, die seit kurzem offen auf der Straße und im Internet eine Ku-Klux-Klan-Stimmung verbreiten und am Land vermehrt Landlose und andere AktivistInnen ermorden.

Temer ist dabei, ein neoliberales Schockprogramm umzusetzen, auch wenn dieses unpopulär ist, denn er kann auf die Unterstützung der Medien und der Unternehmenschaft zählen. Der Versuch, diesen Kurs als alternativlos darzustellen, hat kaum Erfolgchancen, weshalb eine Radikalisierung wie wir sie in Griechenland erlebt haben, wahrscheinlich ist. Anders als in Griechenland ist jedoch die radikale

Rechte in Brasilien heute stark, die Polizei hat Erfahrung mit der Repression des „Inneren Feindes“ und die Justiz ist gewohnt, Demonstrierende zu kriminalisieren – es sei denn, dass sie gegen eine nicht genehme Regierung protestieren.

In diesem Szenario radikalisierter Repression liegt der politische Kern des Putschvorwurfes der letzten Zeit: Es ist die Befürchtung, dass die Verfassungsbeugung, die im Absetzungsverfahren praktiziert wird, Schule machen wird. Ein Putsch muss nicht unbedingt ein Militärputsch sein, sondern kann durchaus auch ein Vorgehen bedeuten, bei dem die Mächtigen Recht und Verfassung so beugen, dass gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nachhaltig verschoben werden. Dies gelang in Honduras 2009 bei der Absetzung von Präsident Zelaya und in Paraguay 2012 bei der Absetzung von Präsident Lugo.

Gleichzeitig misstraut die Mehrheit der Bevölkerung der Regierung Temer, ein Drittel hält das Verfahren für verfassungswidrig. Die Frage ist, ob es diesen Gruppen gelingen wird, neue Bündnisse zu schmieden, die von außerhalb des Kongresses für eine wirkliche politische Reform des politischen Systems Druck machen. Kommerzielle Parteienfinanzierung müsste ebenso eingeschränkt werden wie das Quasi-Persönlichkeitswahlrecht, das zu einem Parlament mit 28 Parteien geführt hat. Doch genau dies will die Mehrheit dieses Kongresses nicht. So ist es verständlich, dass immer mehr BrasilianerInnen die Forderung nach Neuwahlen erheben – obwohl diese ohne politische Reform kaum dem Stimmentausch und Lobbyismus Grenzen setzen werden. So unsäglich die Folgen der konservativen Modernisierung in den letzten Jahrzehnten also auch waren: Es handelte sich immerhin um eine Form repräsentativer liberaler Demokratie, in der der soziale Friede drei Jahrzehnte hindurch gewahrt wurde. Wie dies in Zukunft in Brasilien sichergestellt wird, ist offen. Brasilien ist und bleibt bis auf weiteres das größte Sorgenkind auf dem amerikanischen Kontinent. ■

Andreas Novy leitet das Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt. Er verfasste seine Habilitationsschrift zu „Brasilien: die Unordnung der Peripherie“, erschienen im Promedia Verlag (2001). Die portugiesische Übersetzung „Brasil: A Desordem da Periferia“ wurde am Weltsocialforum 2002 in Porto Alegre präsentiert.



RECHTSRUCK

Dilma Roussefs

Wenngleich die derzeit allgegenwärtige Wirtschaftskrise zu einem großen Teil auf externe Faktoren wie das Sinken der Rohstoffpreise zurückzuführen ist, hat auch das in sich widersprüchliche politische System Brasiliens maßgeblich dazu beigetragen. Durch die Eröffnung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Dilma Roussef versuchen die Konservativen, alte Machtverhältnisse wieder herzustellen.

Von Bernhard Leubolt und Ricardo Borrmann

Die politischen Institutionen Brasiliens sind eine widersprüchliche Mischung einer starken direkt gewählten Präsidentin nach US-Vorbild und eines Parlaments, das sich eher nach kontinental-europäischem Vorbild zusammensetzt. Die Anzahl der Parteien wird nicht durch ein Mehrheitswahlrecht eingeschränkt. Vielmehr sorgt ein starkes Personenwahlrecht für eine sehr fragmentierte Parteienlandschaft. Die direkt gewählte Präsidentin kann zwar die Exekutive nach eigenem Ermessen zusammenstellen, muss für ihre Gesetzesvorhaben aber parlamentarische Mehrheiten organisieren. Deshalb versuchte die Regierung, die parlamentarische Unterstützung vieler kleiner Parteien zu sichern, denen einzelne Ministerien anvertraut wurden, um mehrheitsfähig sein zu können.

Diese parlamentarische Zustimmung soll aber teilweise auch durch Zahlungen von Geldern aus dubiosen Quellen an ParlamentarierInnen gesichert worden sein. Als Reaktion auf den sogenannten „Mensalão-Skandal“ bildete die PT ab 2005 Koalitionsregierungen mit der PMDB und verschiedenen kleineren Allianzpartnerinnen. Diese Allianzen führten zu einem zentristischeren Regierungskurs. Die PT unterstützte in vielen Wahlkämpfen ihre Allianzpartner und verlor dadurch eigene Stärke auf regionaler und lokaler Ebene sowie in der Repräsentanz im Parlament. Die Wahlen 2014 führten schließlich dazu, dass nur noch knapp mehr als 10% der Abgeordneten von der PT gestellt werden. Fast ebenso viele Abgeordnete (unter-

DURCH PARLAMENTARISCHEN PUTSCH

misslungene wirtschaftspolitische Gratwanderung

schiedlicher Parteien) sind direkt mit evangelikalen Freikirchen verknüpft, noch viel mehr mit dem Agrobusiness. So wurde es extrem schwierig, Mehrheiten für progressive Politik zu bilden.

Korruptionsanfälligkeit der neoliberalen Rezepte

Auch Wirtschaftspolitik war schon einfacher. Der wirtschaftliche Einbruch Chinas und das Sinken der Rohstoffpreise wirkten sich negativ auf brasilianische Exporte aus. Zusätzlich breitete sich die Krise auch auf die in Brasilien relativ starke Bin-

beralen Rezepten. Finanzminister wurde mit Joaquim Levy ein Banker, der mittels Austeritätspolitik die „Märkte beruhigen“ wollte. Dies stand den Ankündigungen von Dilma im Wahlkampf diametral entgegen und frustrierte weite Teile der politischen und zivilgesellschaftlichen Basis der PT.

Politisch spitzte sich die Lage weiter zu, da ein großer Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern *Petrobrás* publik wurde: ein seit Jahrzehnten wirksames Kartell, in dem Bauunternehmen sich bezüglich der größeren Aufträge absprachen. Weitere Absprachen mit Mit-

Krise, Korruption und parlamentarischer Putsch

Auch in den Reihen der Regierungsparteien wurde Korruption aufgedeckt. Skandalisiert wurde die Korruption am meisten für die PT – wohl auch, weil die Partei dadurch den Nimbus einbüßte, die moralisch überlegene politische Kraft zu sein. Die Ergebnisse der Parlamentswahl 2014 spiegelten die relative Schwäche der PT wider – es kam zu einem deutlichen Rechtsruck. Vor allem in den reichsten Regionen des Landes – im Süden und Südosten – verlor die PT viele Stimmen. Präsidentin Rousseff wurde aber dennoch wiedergewählt – vor allem, weil sie in den ärmeren Regionen des Landes – im Norden und Nordosten – deutliche Mehrheiten errang.

Die ParlamentarierInnen schienen vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Krise nicht mehr bereit, das Wahlergebnis zu Gunsten der Mitte-Links-Kandidatin zu akzeptieren. Schon 2015 wurden mehrere Misstrauensanträge eingebracht. Der erzkonservative und schon seit den 1990ern immer wieder mit Korruption in Verbindung gebrachte Parlamentspräsident Eduardo Cunha lehnte viele Ansuchen ab – darunter auch Anträge zur Untersuchung der Wahlkampffinanzierung. Nach langem Hin und Her nahm er schließlich einen Antrag an, der sich auf Unregelmäßigkeiten im Budget bezog. Interessanterweise nahm Cunha den Antrag genau zu dem Zeitpunkt an, als Korruptionsermittlungen in Bezug auf seine Person konkrete Ergebnisse hervor gebracht hatten – private Bankkonten in der Schweiz mit mindestens fünf Millionen Dollar.

Das Verfahren zur Amtsenthebung (Impeachment) wirkt einigermaßen konstruiert. Kritisiert wird, dass Gelder aus dem Budget von Staatsbanken zu lange geborgt wurden, um laufende Ausgaben zu decken. Eigentlich müsste ein Verbrechen der Präsidentin aufgedeckt werden, das eine Drohung für die demokratische Rechtsordnung darstellt. Ähnliche Rückzahlungsverzögerungen gab und gibt es auf vielen Ebenen der brasilianischen Politik, bisher ohne nennenswerte Sanktionen. Die Vorwürfe gegen Dilma sind besonders bri-



Foto: Johannes Schmidt

„Der größte Diebstahl der Geschichte“: rechte Demo am 15.3.2015, Copacabana

nenwirtschaft aus. Die Strategie der Regierung, mittels Steuererleichterungen für Unternehmen die Wirtschaft anzukurbeln, schlug fehl. Unternehmen hielten sich aufgrund der aufgeheizten sozialen und politischen Stimmung und der negativen ökonomischen Aussichten mit Investitionen zurück und Brasilien schlitterte in eine handfeste Wirtschaftskrise. Die Staatseinnahmen gingen aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche und der Steuererleichterungen zurück – Finanzierungsengpässe waren die Folge. Im Gegensatz zu den Jahren davor versuchte es die Regierung Dilma nicht mit keynesianischem Deficit-Spending, sondern mit orthodoxen neoli-

arbeiterInnen und dem politischen Umfeld von Petrobrás scheinen mit Hilfe unlauterer Zahlungen unterstützt worden zu sein. Die Ermittlungen offenbarten viele Schuldige, z.B. wurde mit dem Bauunternehmer Marcelo Odebrecht einer der mächtigsten Wirtschaftsbesitzer des Landes zu mehr als 19 Jahren Haft verurteilt. Da die Bauwirtschaft zuvor ein wichtiger „Wachstumsmotor“ war, wirkt sich der Korruptionsskandal besonders negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Verstärkt wird die Krise durch neue Investitionsrestriktionen der Staatsbetriebe, die nun auch nicht mehr antizyklisch agieren und investieren können.

⇒ von Seite 7: BRASILIENS RECHTSRUCK ...

sant, da dem brasilianischen Rechnungshof bloß das Budget des Jahres 2014 vorlag. Da das Verbrechen der Präsidentin im Hinblick auf das Impeachment-Verfahren aber in der aktuellen Amtszeit (ab 2015) geschehen sein muss, sind die Grundlagen der Vorwürfe sehr dürftig. Entgegen vieler anders lautender Pressemeldungen wurde der Präsidentin also keinesfalls Korruption nachgewiesen oder zur Last gelegt. Das steht im krassen Gegensatz zum Drahtzieher des Impeachments Eduardo Cunha. Auf Geheiß des obersten Gerichtshofes wurde er am 5. Mai wegen dringendem Korruptionsverdacht seines Amtes als Parlamentspräsident enthoben.

Dennoch gingen die ersten Runden des Impeachment-Verfahrens im parlamentarischen Parlament relativ klar gegen die Präsidentin aus. Sie wurde vorübergehend suspendiert. Während die Vorwürfe innerhalb von maximal 180 Tagen vom Senat geprüft werden, wird das Land von einer Interimsregierung unter Vize-Präsident Michel Temer regiert, dem die demokratische Legitimierung über eine Wahl fehlt. Er nominierte nur „weiße“ Männer, unter ihnen den Greenpeace-„Preisträger“ der „goldenen Kettensäge“ Blairo Maggi sowie den neoliberalen Finanzminister Henrique Meirelles. Der interimistische Außenminister José Serra konnte sich weder gegen Lula noch gegen Dilma in Präsidentschaftswahlen durchsetzen. Jetzt ist er für die Neuausrichtung der Außenpolitik verantwortlich.

Knapp nach „Amtsantritt“ der Regierung Temer mussten schon erste Minister zurücktreten. Besonders brisant ist der Rücktritt von Planungsminister Romero Juca, der als wichtiger Stratege hinter dem Impeachment gilt. Ein Tonmitschnitt offenbarte, dass er das Impeachment forcierete, um die Korruptionsermittlungen „beenden“ zu können.

Soziale Reformen und gesellschaftliche Polarisierung

Die politische Landschaft Brasiliens ist im Moment polarisiert. Im Hinblick auf die weiterhin ausgeprägten sozialen Ungleichheiten wirkt das auf den ersten Blick nicht verwunderlich. Dennoch ist es ein starker Kontrast zur Entwicklung der letzten 13 Jahre. Seit dem Amtsantritt des ehemaligen Gewerkschaftsführers Lula als Präsident schien es laufend bergauf zu

gehen. Die von der PT angeführten Koalitionsregierungen setzten auf soziale Reformen, die Armutsreduktion und Wohlstandsgewinne für alle versprochen und teilweise bewirkten.

Kontinuierliche Reallohnzuwächse – der gesetzliche Mindestlohn wurde nahezu verdoppelt – brachten Dynamik in den Binnenmarkt. Das ging einher mit sinkender Arbeitslosigkeit, verbessertem Zugang zum Arbeitsmarkt und höheren Reallöhnen. Die Einführung von Einkommensverteilungsprogrammen stärkte die Kaufkraft der Ärmere. Insgesamt führten die Maßnahmen mit der positiven wirtschaftlichen Konjunktur Anfang der 2000er Jahre zur Senkung von Armut und Ungleichheit. Dennoch verzeichneten wichtige Industriezweige wie Automobilbranche, Bauunternehmen und Finanzsektor hohe Profite.

„Brasilien für alle“ – die Losung der Regierung Lula – schien äußerst erfolgreich. Die Wohlstandsgewinne gingen vordergründig an die Armen, während den anderen nichts genommen wurde. Dringend nötige strukturelle Reformen zur Lösung der sozialen Problematik blieben aus: Es gab weder eine progressive Steuerreform, noch wurden Unternehmen und Spitzenverdiener verstärkt zur Kasse gebeten. Daher wurde nicht ausreichend in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur investiert. Sozialer Aufstieg ging somit teilweise mit dem Umstieg auf private Dienstleistungen einher. Das öffentliche Verkehrsnetz der brasilianischen Städte bleibt prekär, während die Verkaufszahlen für Privat-PKWs stiegen. Eine wichtige Kehrseite des Konsumbooms war der starke Anstieg privater Verschuldung. Auch die keynesianische Strategie, Wirtschaftswachstum mittels Steigerung des Massenkonzums zu generieren, war widersprüchlich: So nahm zwischen 2003 und 2009 der Konsum von importierten Gütern etwa vier Mal stärker zu als der Konsum brasilianischer Produkte. Die Multiplikator-Effekte verpufften somit teilweise, da zu viel Geld ins Ausland abfloss.

Diese Probleme sind ernst, erklären aber nicht, warum die Popularität von Präsidentin Dilma Rousseff zwischen März 2013 und Juni 2013 von 65% auf 30% sank und schließlich – nach ihrer Wiederwahl als Präsidentin Ende 2014 – im August 2015 bei 8% ihren historischen Tiefstand erreichte. Das steht in besonders hartem Kontrast zur Regierung Lula, die ihre Beliebtheit zwischen dem Beginn der

Amtszeit 2003 und ihrem Ende 2010 von 38% auf 83% ausbauen konnte. Doch selbst Lulas Beliebtheit sank mittlerweile deutlich: Während ihn Ende 2010 noch 71% der Bevölkerung als besten Präsidenten aller Zeiten bezeichneten, sank dieser Wert bis 2016 auf 40%. Dennoch ist er in dieser Hinsicht weiterhin unangefochten, trotz Kampagnen von Medien und Opposition. Auffällig ist, dass die Zustimmung vor allem von den Armen und bildungsfernen Schichten kommt, während Einkommensstarke und höher Gebildete Lula und die PT tendenziell ablehnen.

Proteste und Perspektiven

Auf der einen Seite marschierten die Mittelschichten und demonstrierten gegen das Programm der Mitte-Links Regierung. Höhere Löhne der „Working Poor“ führten zu höheren Lebenshaltungskosten der Mittelschichten, da viele arbeitsintensive Dienstleistungen teurer wurden. Größere soziale Durchlässigkeit und Durchmischung raubten ihren Lebensräumen die Exklusivität. Die Bewegungen der neuen Rechten griffen das verschiedenartig auf: Besonders radikale Gruppen demonstrierten gegen den „Kommunismus der Regierung“ und fielen durch Forderungen nach einem Militärputsch auf. Das Gros der rechten DemonstrantInnen scharte sich jedoch hinter Bewegungen, die aus Unternehmenskreisen finanziert werden. Sie wenden sich gegen Korruption und den „übermächtigen“ Staat.

Letztere Forderungen finden sich auch im Programm des Vize-Präsidenten Michel Temer. Während Korruptionsbekämpfung und -ermittlungen keine Priorität haben, entsprechen ambitionierte Pläne zu Liberalisierungen, Privatisierungen und Kürzungen in der Sozialpolitik ganz dem „neoliberalen Mantra“ der 1990er Jahre. Außenpolitisch zeichnet sich ein weniger eigenständiger Kurs ab. Internationale Investoren und Konzerne sollen wieder attraktivere Bedingungen vorfinden. So verhandelte z.B. der neue Außenminister Serra schon vor Amtsantritt darüber, ausländische Investitionen in die Förderung des Untersee-Ölfeldes „Pré Sal“ zu erleichtern. Die in der partizipativ erstellten und progressiven Verfassung von 1988 festgehaltene Finanzierung staatlicher Sozialleistungen soll im Zuge der Austeritätspolitik „flexibilisiert“ werden. Selbst die Sozialprogramme sollen gekürzt werden. Gestützt werden die Forderungen von oligopolistischen Medien, die seit Beginn

weiter Seite 16 ⇒

NACH SCHERBENHAUFEN NEUBEGINN NÖTIG

Viele sprechen von einem Putsch, sie selbst von „illoyalen Verrätern“. Schon lange zeigte sich, dass die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff – und mehr noch die seit 13 Jahren regierende Arbeiterpartei (PT) – der brasilianischen Elite, darunter auch der PMDB, der Partei von Interimspräsident Michel Temer, ein Dorn im Auge ist.

Dies war aber bis vor Kurzem noch ganz anders, denn während des Wahlkampfes lobte Dilma Michel Temer: „Ich habe einen kompetenten Vizekandidaten, mit viel politischer Erfahrung, und ich bin mir sicher, dass er unsere Regierung ehren und mich (bei Abwesenheit) ersetzen kann“.

Aus diesem Grund muss hier Platz sein für die Frage: Wer hat Michel Temer gewählt? Waren es nicht dieselben Wähler, die auch Dilma wählten? Klar, es waren dieselben Stimmen, auch wenn nur die wenigsten damit rechnen wollten, dass die aktuelle Situation eintreten könnte. Dies macht es allerdings nicht mehr so einfach, ausschließlich von einem Putsch zu sprechen.

Trotzdem kann und muss man sogar von einem Putsch sprechen. Denn viele der staatlichen und nicht-staatlichen Machtträger haben, ohne politisch legitimiert zu sein, in die Führung des Staates eingegriffen: die Staatsanwaltschaft, sich über dem Gesetz wählende Richter, die Schlamm-schlacht des Medienkonzerns *Globo*, die gezielte Veröffentlichung von Telefonmitschnitten, die auch die Präsidentin betrafen, die schmutzige Politik der lauthals gegen Korruption schreienden Eliten sowie der Oberste Gerichtshof, der sich einmal mehr „aus der Sache heraushalten“ wollte.

Der vermeintliche Traum des harmonischen Zusammenlebens der reichen Elite und der Armen des Landes auf dem politischen Parteiparkett ist nun wie eine in der Luft platzende Seifenblase zu nichts zerstoßen. Nicht, dass ich mir dies gewünscht hätte. Allerdings konnte ich der politischen Linie Lulas, seinem „*Paz e Amor*“ (Friede und Liebe), das die Versöhnung aller Klassen beinhaltet, von Anfang an nur sehr wenig abgewinnen. Schließlich standen Regierungserfolge wie die Armutsreduzierung zum Großteil auf den tönernen Füßen einer Umverteilung in einer Phase ökonomischer Boomzeiten, ohne dass

Nach der 21-stündigen Marathonsitzung des brasilianischen Senats vom 12. Mai ist die brasilianische politische Geschichte aufgrund der Absegnung des Verfahrens zur Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff um eine weitere skurrile Facette reicher.

Ein Kommentar von Thomas Bauer



Der Autor Ende Mai 2016 in Wien

diese Umverteilung grundlegend in die Besitz- und Machtverhältnisse eingegriffen hätte. Dieser Widerspruch ist umso gefährlicher, als es um ein Land geht, in dem eine Elite regiert, die für ihr menschenverachtendes Vorgehen gegenüber der eigenen Bevölkerung bekannt ist – flankiert durch eine politische Wallstreet-Treue und angetrieben von Interessen, die einzig auf die eigene Bereicherung abzielen.

Michel Temer: ein Komplize für alle Lebenslagen

Es ist bemerkenswert, dass es sich bei Michel Temer um den dritten Präsidenten der Partei PMDB handelt, der nicht per Wahlen ins Amt gehievt wurde. Denn nach José Sarney (1985) und Itamar Franco (1992) war es den eigenen PMDB-Kandidaten wie Ulysses Guimarães oder Orestes Quercia nie gelungen, über fünf Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinen.

Apropos Korruption, ein Phänomen, welches das Killerargument im Amtsenthebungsverfahren gebildet hat: Der Interimspräsident selbst ist verantwortlich für

die zusätzliche Vergabe anhand von sieben Dekreten, die er in Abwesenheit der Präsidentin Dilma unterzeichnete und die nun unter anderem als Anklagepunkte gegen diese dienen – über zusätzliche Kredite in der Höhe von R\$ 10,8 Milliarden, die nun als „Bilanztricks“ denunziert wurden. Dazu kommt, dass sich in der neugebildeten Regierungsrige des Interimspräsidenten Michel Temer unter 22 Ministern (ohne eine einzige Ministerin) 18 befinden, die direkt in verschiedenste Korruptionsskandale involviert sind. Sogar Temer selbst wurde Anfang Mai von einem Gericht als „unwählbar“ erklärt, d.h. er darf sich für kein politisches Amt zur Wahl stellen, weil er Wahlkampfspenden falsch deklariert hatte. Und in Bezug auf die 18 neuen Minister, denen die Justiz in laufenden Korruptionsskandalen auf den Fersen ist, stellt sich die Frage: Wie kann es zu deren Ernennung in den Ministerrang kommen, die wenige Wochen zuvor dem Ex-Präsidenten Inácio da Silva „Lula“ aus demselben Grund verweigert wurde?

Noch sind viele Fragen offen. Die Vorzeichen stehen allerdings auf Sturm. Der brasilianischen Linken würde es in diesem Augenblick gut tun, vor der eigenen Tür zu kehren. Es wäre zum Beispiel wichtig anzuerkennen, dass die Partei allein als Instrument für soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen nicht die Lösung sein kann und dass der politische Scherbenhaufen neu organisiert werden muss. Kurz: die brasilianische Linke muss sich neu erfinden, und dazu bedarf es eines klaren und deutlichen Ansatzes von unten, der von den sozialen Bewegungen ausgehen muss, jenen sozialen Bewegungen, die von den Regierungen Lula und Dilma 13 Jahre hindurch sträflich vernachlässigt, ignoriert und teilweise – aus politstrategischen Machterwägungen heraus – sogar gezielt bekämpft wurden. Nichts ist schwerer als ein neuer Anfang, aber er muss gemacht werden. ■

Der Österreicher Thomas Bauer ist seit 17 Jahren Mitarbeiter der brasilianischen Landarbeiterpastoral CPT und lebt im Bundesstaat Bahia, dem „Armenhaus“ im Nordosten Brasiliens.

PARLAMETARISMUS AUF BRASILIANISCH

Zum Verständnis des laufenden Verfahrens zur Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff muss man sich das brasilianische Politsystem vor Augen halten. Der Blick hinter die Kulissen des Bundesparlaments zeigt, wie sehr die Demokratie in Brasilien zu einer Karikatur ihrer selbst verkommen ist.

Von Jürgen Kreuzroither

Der brasilianische Nationalkongress besteht seit der Unabhängigkeit, die Brasilien im Jahr 1824 ohne Krieg mit der portugiesischen Krone erlangte, was für eine weitgehende Kontinuität in den alten Machtstrukturen sorgte. Der Kongress besteht aus dem Bundesessenat (81 Senatoren) und der Abgeordneten-kammer (513 Abgeordnete).

300 Gauner mit Doktorhut

Beide Häuser haben noch niemals wirklich sämtliche Bevölkerungsschichten repräsentiert. Darauf spielte 1993 der Präsidentschaftskandidat der Partei der Arbeiter (PT), Luiz Inácio „Lula“ da Silva an, als er bissig kommentierte: „Das Parlament steht unter Kontrolle einer Mehrheit von ‚dreihundert *Picaretas*‘ (hinterlistige Gauner)“. Als Luiz Inácio dann 2002 zum Präsidenten gewählt wurde, entschied er sich für Pragmatismus und lernte, den Geschmähen Honig ums Maul zu schmieren.

Seit 1993 hat sich nichts geändert: Der typische Parlamentarier ist auch noch heute „ein weißer Mann um die fünfzig an der Spitze eines Unternehmens, mit Universitätsabschluss und einem Vermögen von mehr als einer Million Reais“ (ca. 250.000 Euro). So formuliert es Edson Sardinha auf der Website *Congresso em Foco*, die täglich die Arbeit des Parlaments beobachtet. Und die Studie „*Donos da Midia*“ befand 2008, dass 271 Parlamentarier direkt oder indirekt mit einem Presseunternehmen verbunden sind, obwohl die Verfassung dies untersagt.

Desproportionalsystem fördert Klientelismus

Das politische System Brasiliens sorgt dafür, dass der Graben zwischen Bevölkerung und Parlament erhalten bleibt. Laut Verfassung erfolgt die Aufteilung der 513

Sitze unter die 26 Staaten plus dem Bundesdistrikt Brasília im Prinzip proportional zur Bevölkerungszahl, aber es gibt Einschränkungen: Ein Bundesstaat darf nicht weniger als 8 und nicht mehr als 70 Abgeordnete entsenden. Damit ist Roraima mit weniger als 500.000 Einwohnern weit über- und São Paulo mit 44 Millionen weit unterrepräsentiert. Noch stärker ist die Asymmetrie im Senat, wo jeder Bundesstaat drei Senatoren stellt. Das System begünstigt also die bevölkerungsarmen Staaten und die lokalen Kaziken, die in den Parteien vor Ort das Sagen haben. Sie werden von Interessengruppen angeheuert, verkaufen sich teuer und wechseln bei Bedarf die Partei.

Eine weitere Besonderheit ist das System der Verhältniswahl mit offener Liste, bei dem der Wähler entweder für einen Kandidaten oder für eine Liste (Einzelpartei oder Koalition) stimmen kann. Die Zahl der Sitze für jede Liste ergibt sich aus einer komplexen Berechnung des sogenannten Wahlquotienten: Die Summe der Stimmen für die einzelnen KandidatInnen oder Parteien bzw. Koalitionen wird durch die Anzahl der Sitze geteilt, die dem Wahlbezirk zustehen. Auf diese Weise verschafft ein Kandidat, der eine große Anzahl von Stimmen erzielt, anderen Listenkandidaten mit nur wenigen Stimmen einen Sitz im Parlament.

Da die Wahlkoalitionen oft rechte und linke Gruppierungen umfassen, kann es passieren, dass man eine Menschenrechtsaktivistin wählt, aber einen Homophoben, der die landlosen Bauern vertreiben will, mit in den Kongress befördert.

Dieses System zwingt die Parteien, bekannte und öffentlichkeitswirksame Persönlichkeiten als *puxadores de voto* (Stimmensauger) zu hofieren. 2010 war der Kandidat, der mit 1,3 Millionen Stimmen das beste Ergebnis erzielte, der Clown Francisco Everardo Oliveira da Silva alias „Tiririca“, der zwar keine politische Erfahrung hatte, aber äußerst populär war. Dank ihm kamen 24 KandidatInnen seiner Koalition ins Parlament, die es allein niemals geschafft hätten.

Dasselbe Los haben auch ehemalige Sportstars wie der Fußballer Romário de Souza Faria, evangelikale Fernsehprediger oder Söhne und Töchter bekannter Politikerdynastien gezogen. Wie der gewerk-



Michel Temer, durch das Parlament an die Macht

schaftliche Beirat im Parlament, Diap, er-mittelt hat, verdanken 211 Abgeordnete ihre Wahl vor allem familiären Beziehungen.

Rousseffs Kontrollverlust

Da es keine staatliche Finanzierung von Wahlkampfkosten gibt, kann man ohne eigenes Vermögen oder üppige Spenden praktisch nicht kandidieren. Das Wahlgericht schätzt die Wahlkampfkosten einer Partei im Jahr 2014 pro Abgeordnetem auf 6,4 Millionen Reais (ca. 1,5 Millionen Euro), fast dreimal so viel wie zwölf Jahre zuvor.

Alle großen Parteien unterhalten eine *caixa 2* (Kasse 2) für illegale Wahlkampffinanzierung. Dass vor diesem Hintergrund ein lange umkämpftes Gesetz seit Oktober 2015 die Parteienfinanzierung durch Unternehmen offiziell untersagt, dürfte an der Realität wenig ändern.

Da es im brasilianischen Wahlrecht keine Prozenzhürden gibt, sind im Parlament derzeit 28 Parteien und Gruppierungen vertreten – sechs mehr als in der vorigen Legislaturperiode. Keine Fraktion verfügt über eine signifikante relative Mehrheit. Die bei den Wahlen stimmenstärkste PT von Dilma Rousseff hat nur noch 58 Sitze¹. Auch ein Präsident, der mit breiter Mehrheit gewählt wurde, muss wegen der Fragmentierung des Parlaments ständig verhandeln, um sich eine parlamentarische Basis zu schaffen. Während der Präsidentschaft Lulas wurde die PT 2005 beschuldigt, Abgeordneten anderer Parteien regelmäßig Bestechungsgelder zu zahlen, um sich deren Stimmen zu sichern. Diese

als *mensalão* (Monatszahlung) bezeichnete Praxis wurde nie offiziell bewiesen, aber der Skandal illustriert, wie schwer es ist, stabile Mehrheiten zu bilden.

Die brasilianischen Parteien haben ein unklares ideologisches Profil. Die Positionen der einzelnen Repräsentanten können ganz verschieden sein und hängen häufig von der lokalen Basis ab. Anfang Oktober bot die Präsidentin ihrem damals Noch-Koalitionspartner, der politisch diffusen Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB), zusätzliche Ministerposten an, weil sie hoffte, die PMDB-Abgeordneten würden das gegen sie eingeleitete Amtsenthebungsverfahren blockieren. Aber dann konnte sie nur die Vertreter des Bundesstaats Rio de Janeiro auf ihre Seite ziehen. Das Ansinnen scheiterte letztlich an der mangelnden Fraktionsdisziplin innerhalb der PMDB, was in Brasilien keine Seltenheit ist. Denn die Loyalität der Abgeordneten gilt oft nicht ihrer Fraktion, sondern einem Politiker, der nicht unbedingt dem Parlament angehört, etwa einem Gouverneur oder Bürgermeister.

Zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit hatte Rousseff die Funktionsweise dieses Systems ignoriert und damit Eduardo Cunha, den Chef der PMDB-Fraktion, vor den Kopf gestoßen. Im Februar 2015 versuchte sie, dessen Wahl zum Parlamentspräsidenten zu verhindern – und schuf sich damit einen mächtigen Feind. Zahlreiche Abgeordnete, auch außerhalb der PMDB-Hochburg Rio de Janeiro, stehen zu Cunha, der ihnen Wahlkampfbzuschüsse befreundeter Unternehmen verschafft hatte.

Cunhas Macht – und Fall

Als Herr über die Tagesordnung im Parlament hat Cunha zahlreiche konservative Gesetzentwürfe begünstigt, die zum Beispiel Arbeitnehmerrechte beschränken und die Strafmündigkeit auf 16 Jahre herabsetzen. Zudem torpedierte er die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über einen großen Betrugsskandal, der die Krankenversicherungen betraf.

Cunha setzt sich nicht immer durch, aber er lässt auch nie locker. Und stets erinnert er „seine“ Abgeordneten daran, dass sie ihm verpflichtet sind. Eine Untersuchung der Universität von Campina Grande hat vor Kurzem herausgefunden, dass 140 Parlamentarier, etwa ein Viertel der Abgeordneten, Cunhas Empfehlungen folgen, obwohl seine Partei (zusammen mit der kleinen PEN) nur 69 Sitze innehat¹.

Diese Abgeordneten nennt man im Parlamentsjargon die *bancada Cunha* (Cunhas Bankreihe).

Die Zugehörigkeit zu einer *bancada* (Parlamentsfraktion) – etwa der PT oder der PMDB – hat in dem Maß an Bedeutung verloren, in dem die Macht der Lobbygruppen zugenommen hat. Das hat im zersplitterten Parlament von heute dazu geführt, dass die derart neu definierten *bancadas* partikulare Interessen vertreten.



Foto: www.radiocatarinense.com.br

Eduardo Cunha setzte das Impeachmentverfahren gegen Dilma Rousseff in Gang

Unter den Lobbygruppen sind die beiden größten die Repräsentanten des agroindustriellen Komplexes (153 Abgeordnete) und der Unternehmerschaft (217). Der Gewerkschaft Diap zufolge gibt es „*bancadas* der Evangelikalen, der Gewerkschafter, der Frauen und der Vorkämpfer für die Sicherheit; Vertreter von Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Verkehrsinfrastruktur sind da weniger engagiert“. Die evangelikalen Abgeordneten versammeln sich am Dienstagabend zu einer Arbeitssitzung und am Mittwoch früh zur Andacht; die Interessenvertreter der Krankenversicherungen koordinieren ihre Aktionen nur vor wichtigen Abstimmungen. Diese Zusammenschlüsse haben einen Teil ihrer Macht eingebüßt, seit der Bundesgerichtshof 2007 die „Anhängertreue“, eine Art milden Fraktionszwang, festgeschrieben hat.

Eduardo Cunha hat überall seine Hände im Spiel: Er organisiert die Aktivitäten der Evangelikalen, zu denen er selbst zählt, aber auch die der Sicherheits-

bancada, die für repressive Maßnahmen eintritt, und natürlich die seiner eigenen Partei.

Am 5. Mai war es schließlich soweit: Nachdem dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorgeworfen wurde, mehrere Millionen Dollar an Bestechungsgeldern kassiert zu haben, und die entsprechenden Konten in der Schweiz eingefroren wurden, musste Cunha auf Geheiß des Obersten Gerichtshofs seinen Hut nehmen².

Dennoch dürfte er seine Macht behalten und hat auch die Wahl seines – ebenfalls unter Korruptionsverdacht stehenden – (interimistischen) Nachfolgers beeinflusst. Sein Ausscheiden aus der ersten Reihe nützt Rousseff nichts mehr. Die Abgeordnetenkammer stimmte schon am 17. April für ihre Suspendierung, der Senat folgte am 12. Mai. ■

Dieser Beitrag stützt sich in wesentlichen Teilen auf einen Artikel der brasilianischen Journalistin Lamia Oualalou, erschienen in der deutschen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* vom November 2015 (www.monde-diplomatique.de), ergänzt durch aktuelle Informationen aus einer Analyse des britischen Historikers Perry Anderson (www.zeitschrift-luxemburg.de/krise-in-brasilien-die-anatomie-einer-demontage/).

¹ Siehe Homepage der brasilianischen Abgeordnetenkammer: www2.camara.leg.br

² Am 7. Juli erklärte er schließlich seinen Verzicht auf das Amt des Parlamentspräsidenten.

Die fortschrittliche brasilianische Verfassung von 1988 hat sowohl die Pressefreiheit als auch das Recht auf unabhängige Berichterstattung als Grundwerte festgelegt. Dafür verordnete sie ein striktes Verbot von Monopolen im Medienbereich, als Voraussetzung dafür, dass das Recht auf Information sowie die Meinungsfreiheit gewährleistet sind. Jedoch, wie es für die brasilianische Kultur typisch ist, blieben gesetzliche Schlupflöcher offen, die bis heute die Regelung mancher verfestigter Praktiken im Medienbereich im Sinne der Verfassung faktisch unmöglich machen. Damit haben sich die bereits existierenden Oligopole im Medienbereich verfestigt und die Verstrickung zwischen politischen Interessen und Medien vertieft.

Jeder Versuch, die Medienlandschaft durch Gesetze zu reglementieren, scheitert an den Medienlobbyisten, die besonders stark im Kongress vertreten sind. Dazu kommt noch, dass viele Politiker selbst vor allem auf lokaler Ebene Medienbetreiber sind und an einer solchen Änderung kein Interesse haben. Viele der so genannten „Volksvertreter“ werden auch mit Hilfe der Unterstützung bestimmter Mediengruppen gewählt und glauben danach, bei ihrer Tätigkeit ihren „Gönnern“ verpflichtet zu sein. Daher wäre eine radikale Reform der Medien-Gesetzgebung notwendig. Die aktuelle datiert aus 1962, einer Zeit, in der es weder Internet noch Soziale Medien gab.

Die brasilianische Verfassung untersagt z. B. den Politikern und anderen Beamten, sich an Konzessionsverträgen von Medien zu beteiligen. In den meisten Ländern mit einer demokratischen Tradition sind große Medienmonopole strengen Vorschriften unterworfen, sei es durch Verbot von Überkreuzbeteiligungen oder durch klare Regeln für den Medienmarkt. Dasselbe gilt auch für andere Dienstleistungen, die durch Konzessionen geregelt sind, wie etwa im Transportwesen, bei der Wasserversorgung, in der zivilen Luftfahrt, usw. Obwohl die Bundesregierung das Recht hat, Konzessionen zu kündigen, wurde davon historisch nur selten Gebrauch gemacht.

In Brasilien hingegen wird die Lage nicht durch einen klaren gesetzlichen Rahmen geprägt, sondern von Privatunternehmen bestimmt. Sie agieren in eigenem Interesse und verhindern damit eine tiefgreifende Debatte. Außerdem besitzen sie oft Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksender,

DIE MEDIEN IN BRASILIEN:

Während im deutschsprachigen Raum das Wort „Lügenpresse“ hauptsächlich aus der rechtspopulistischen Ecke kommt, sind medienskeptische Meinungen in Brasilien vor allem aus sozialkritischen und intellektuellen Kreisen zu hören. Das hat einen Grund: Während in den meisten Demokratien Europas die Medienlandschaft durch ein starkes öffentlich-rechtliches System geprägt ist, sind in Brasilien die größten Massenmedien in den Händen von oligopolistisch agierenden Privatkonzernen, die meistens vordergründig ihre eigenen Konzerninteressen vertreten. Das öffentliche Interesse und das Recht auf unabhängige Information rücken dabei in den Hintergrund. Daraus ist eine historisch enge Interessenverflechtung zwischen Politik und Medien entstanden.

Von Ricardo Borrmann und Bernhard Leubolt



Auch Brasiliens Medien trugen maßgeblich zum Verfahren gegen Dilma bei

sei es auf lokaler oder nationaler Ebene. Überkreuzbeteiligungen und Monopole sind damit System in Brasilien.

Dies führt unter anderem dazu, dass die in der Verfassung von 1988 verankerten Rechte zur Information, Kultur und Meinungsvielfalt nicht gewährleistet werden können. Außerdem wurden und werden staatsbürgerliche Grundrechte oft von der Übermacht der Medienkonzerne mit Füßen getreten. Das ist z. B. der Fall bei Ermittlungen, wo es bezüglich der Personen, gegen die ermittelt wird, keinerlei Schutz gibt. Oft wird über Gesichter oder Namen von Jugendlichen berichtet, ohne auf ihre Rechte, ja auch ihre Menschenwürde Rücksicht zu nehmen. Dadurch werden persönliche Schicksale zerstört, noch bevor das Gericht ein definitives Urteil gefällt hat und es wird ein Klima politischer Erpressung geschaffen, wobei die Medien ihre

ganze politische Macht im Sinne ihrer Interessen ausüben.

Allianz zwischen Militärregimen und Privatkonzernen

Historisch geht die Medienlandschaft in Brasilien auf Privatfirmen mit familiärem Hintergrund zurück. Bereits im 19. Jahrhundert gab es eine sehr enge Verknüpfung zwischen Politik und Medien, die immer mehr als ein verlängerter Arm von Privatinteressen angesehen wurden, vor allem auf lokaler Ebene. Die Tradition der autoritär regierten Perioden des 20. Jahrhunderts, die Medien durch staats gelenkte und mächtige Zensurbehörden zu kontrollieren, trug das Ihre bei, sodass die Medienlandschaft weiter von privaten und familiären Großkonzernen bestimmt wurde.

INTERESSENVERBAND DER ELITEN

Selbst während der Militärdiktatur (1964–1985) waren die Beziehungen zwischen den großen Medienkonzernen und dem Regime äußerst intensiv. Die Medienkonzerne und die Politik sahen in einer Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen einen gemeinsamen Vorteil. Fast alle großen einheimischen Kommunikationsgruppen haben 1964 zunächst den Militärputsch unterstützt. Mit dem Slogan „Familien mit Gott für die Freiheit und gegen Korruption“ wurde dem Putsch gegen den amtierenden Präsidenten João Goulart der Weg geebnet, der ein sanftes Programm von Sozialreformen vorgeschlagen hatte.

Andererseits förderte die Diktatur die Stärkung eines monopolistischen Marktes in der neuen Fernsehbranche, indem sie der jungen *Rede Globo* großzügige Steuervorteile gewährte. Die Diktatur sah ihre eigenen Interessen mit denen eines starken monopolistischen Fernsehsenders in Privathänden eng verbunden. *Globo*-Eigentümer Roberto Marinho war ein Regime-Unterstützer der ersten Stunde. So haben Mediengurus wie die Familie Marinho von der autoritären Zeit stark profitiert. Nun konnten sie ihr Imperium ausbauen und verfestigen.

Damals wurde etwa eine finanzielle Partnerschaft zwischen *Globo* und der Time-Life-Gruppe nicht gesetzlich verfolgt. Damit konnte sich *Globo* im hochtechnisierten Bereich der Fernseher gut positionieren und ließ die Konkurrenz bald weit hinter sich. Die landesweit ausgestrahlte Tagesschau „*Jornal Nacional*“ von Marinhos *Rede Globo* berichtete ohne jede kritische Distanz über die Erfolge des Regimes und wurde so zum nationalen Tagesschau-Sender.

1970, in der härtesten Zeit der Militärdiktatur, wurde Brasilien zum dritten Mal Fußballweltmeister. Die Spiele wurden erstmals live für 90 Millionen ZuseherInnen, wieder von *Rede Globo*, ausgestrahlt. Das Militärregime wusste das Sportereignis zu instrumentalisieren, indem es den Sieg im Fußball als einen Sieg des Regimes inszenierte.

Damit wurde von anderen Problemen im Land abgelenkt. *Rede Globo* etablierte sich von nun an als der nationale Sender schlechthin, in einem Industriezweig, der immer kostenintensiver wurde. Die Diktatur sorgte dafür, dass keine neuen Konzessionen an mögliche Konkurrenten oder Re-

gimegegner verliehen wurden. Auch über den Karneval durfte *Globo* ab 1970 exklusiv berichten. Durch eine clevere dramaturgische Strategie und die Ausschaltung der Konkurrenz eroberte der Sender das brasilianische Publikum mit seinen *telenovelas*, die auch zu Exportschlägern Brasiliens wurden.



Politische Perspektiven und Reformbedarf im Medienbereich

Jeder Versuch einer Debatte über die Medienlandschaft und ihre Rahmenbedingungen wird in Brasilien mit Ausdrücken wie „Zensur“ oder „Beschränkung von Pressefreiheit“ konsequent zurückgewiesen. Dabei leidet Brasilien unter einem Mangel an Presse- und Meinungsfreiheit durch ein oligopolistisches System, das grundsätzlich von Privatfirmen besetzt ist. Tatsächlich spielt *Rede Globo* darin eine gewaltige Rolle. Dennoch ist das bloß die Spitze des Eisbergs. Es gibt auch andere Konzerne, die vom System profitieren, vor allem im Pressebereich und auch auf lokaler Ebene. In den letzten Jahren haben private Rundfunk- und Fernsehsender mit religiösem Hintergrund deutlich an Macht gewonnen. Sie erreichen vor allem ärmere und bildungsschwächere Bevölkerungsschichten, haben aber viele politische Repräsentanten ins Parlament entsandt.

Die Alternative dazu wäre nicht eine Beschränkung oder gar Ausschaltung von Privatgruppen, sondern die Schaffung von Bedingungen, die eine konkurrenzgerechtere Landschaft erlauben würden. Solche Änderungen hängen nicht mit „Zensur“ zusammen, weil sie keineswegs eine Einmischung in Inhalte bedeuten würden, sondern die Einführung von klaren Regeln, unter denen der Medienmarkt funktionieren soll. Wichtig wäre es auch, lokale und

regionale Initiativen sowie das öffentlich-rechtliche System zu stärken.

In diesem Sinn ergriff die Regierung bereits 2007 eine wichtige Initiative. Damals wurden alle öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkbetreiber zusammengeschlossen und die EBC („Kommunikationsunternehmen Brasiliens“) ins Leben gerufen. Allerdings verfügt die EBC weder über finanzielle noch über technische Mittel, um gegen die Übermacht der Privatsender (vor allem *Globo* mit seinen äußerst populären

telenovelas) konkurrieren zu können. Ihr Fernsehsender *TV Brasil* erreicht nur einen sehr geringen Teil der Bildungsschichten liberal-kritischer Couleur. Die Struktur existiert bereits, aber es fehlen die Mittel, um sie weiterzuentwickeln und weitere Bevölkerungsschichten zu erreichen. Was fehlt, ist eine regierungsunabhängige, in der Verfassung verankerte Finanzierung, wie es sie im deutschsprachigen Modell mit den Rundfunkgebühren gibt. *)

Kriminalisierung der Politik: die Strategie der Rede Globo

Die Proteste 2013 rund um den Confederations Cup der FIFA wurden von den meisten Medien als „Wut der Bürger“ gegen die „Politik in Brasília“ gedeutet. Ursprünglich richteten sich die Proteste gegen die hohen Lebenskosten und forderten bessere Dienstleistungen. Die Wut der Bürger richtete sich damit auf ganz konkrete Forderungen und Bedürfnisse und nicht pauschal gegen die „Politik“. Viele solche strittige Themen, wie etwa Transportkosten und Polizeigewalt, werden aber nicht von der Bundesregierung bestimmt, sondern sind Sache der Landes- und Stadtregierungen.

In diesem Zusammenhang setzte *Rede Globo* ihr ganzes Arsenal an technischen Mitteln ein, um über die Proteste live und ununterbrochen zu berichten und diese im Sinne einer Kritik gegen die Bundesregierung und pauschal gegen „korrupten Politiker“ zu inszenieren. Damit trug sie nicht

weiter Seite 14 →

⇒ von Seite 13: MEDIEN IN BRASILIEN

BRASILIEN IM INTERIMSREGIME

zur Diskussion der Probleme des Landes bei, sondern führte zu einer „Kriminalisierung“ jedweder Politik im Lande.

Spätestens seit der Aufnahme der Ermittlungen gegen die inzwischen suspendierte Präsidentin Dilma Rousseff im April 2016 wurden die Unterschiede zwischen der einheimischen Berichterstattung der privaten Medienkonglomerate und der internationalen Presse deutlich. Während die ersten unkritisch für das Amtsenthebungsverfahren als Allheilmittel warben, sahen die vielen internationalen Medien die juristischen Gründe für ein solches Verfahren als äußerst fragwürdig an. Damit lieferten sie die Hintergrundinformationen, die von den einheimischen Medien verweigert werden.

Bezüglich der Ermittlungen, die den Korruptionsskandal im Staatsölkonzern *Petrobrás* aufgedeckt haben, wurden viele leere Behauptungen ohne gründliche Recherche einfach so verbreitet. Keinerlei Analysen des politischen Systems wurden angeboten. Dabei ist aber Korruption in Brasilien kein Problem einzelner Individuen, sondern hat System. Die sogenannten „prämierten Schuldzuweisungen“ bei den Ermittlungen führten zu einem Klima der Verbreitung von Gerüchten, wo alles Politische schmutzig sein sollte. Damit verfehlten die meisten Medienkonzerne ihre Aufgabe, für eine unparteiische und kritische Berichterstattung zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund agieren die Kommunikationskonglomerate in der hochfragmentierten Parteienlandschaft Brasiliens, mit mehr als 25 im Parlament vertretenen Parteien, faktisch wie ein übernationaler Interessenverband der Eliten. Im Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff traten Großkonzerne wie *Globo* konsequent gegen die Regierung auf, obwohl die Vorwürfe gegen sie äußerst zweifelhaft sind. Anscheinend wurde diese Macht der Medien selbst von Regierungsberatern deutlich unterschätzt und somit eine tiefgreifende Reform der Kommunikationsbranche in Brasilien, gemeinsam mit anderen strittigen Themen wie Steuer- und politische Reform, immer wieder verzögert. ■

*) Am 18. Juni ordnete Interimspräsident Temer die Schließung von TV Brasil an. Zugleich plant die Regierung per Gesetz die Kürzung der Mittel für die EBC.

Ganz abgesehen von der geopolitischen Dimension, die der kalte Putsch mit sich gebracht hat, verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung von Tag zu Tag. Seit die Interimsregierung an der Macht ist, wird mit Brasiliens sozialen Errungenschaften radikal aufgeräumt – und der Rechtsstaat in seinen Grundfesten erschüttert. Ein Zwischenbericht von Mai bis Juni 2016

von Silvia Jura

Die Interimsregierung von Michel Temer war angeblich angetreten, das Haushaltsdefizit von 60 Milliarden Reais drastisch zu reduzieren. Austeritätspolitik durch Kürzung der sozialen Leistungen und des öffentlichen Dienstes sollte das Land wirtschaftlich stärken. Eine der ersten Aktionen war aber die Erhöhung der Gehälter für den Obersten Gerichtshof. Von 33.763 Reais kletterten die Monatsbezüge der Richter auf satte 39.293 Reais, das 44-Fache eines brasilianischen Mindestgehalts. In der gleichen, dringenden Parlamentssitzung wurden 14.419 neue Bundesbeamtenjobs geschaffen, während gesetzlich vorgeschriebene Ausgaben für Soziales abgeschafft wurden. So ist z.B. vorgesehen, zehn Millionen Familien den Bezug der Mindestsicherung *Bolsa Família* zu streichen, die ohnedies nur 0,46% des BIPs entspricht.

Ist Brasilien noch ein Rechtsstaat?

Die Interimsregierung setzte, gestützt durch *Globo & Co.*, von Anfang an auf die Kriminalisierung der linken Bewegungen und Parteien. Anscheinend war die Amtsenthebung der Präsidentin nicht genug, jetzt gilt es, die gesamte PT zu zerstören. Während der Auseinandersetzungen über das Impeachment der Präsidentin wurde ein Haftbefehl wegen Volksverhetzung gegen Guilherme Boulos, den nationalen Koordinator der Landlosen-Arbeiterbewegung MTST und der *Frente de Resistência Urbana* erlassen. Der Professor, Philosoph und Psychoanalytiker Boulos ist eine der neuen Symbolfiguren des politischen Aktivismus; seine Forderungen nach besseren Lebensbedingungen für alle verbreitet er auch als Kolumnist der Tageszeitung *Folha de São Paulo*. Es galt ein Zeichen

zu setzen, dass Widerstand unerwünscht ist und hart bestraft werden soll.

Ebenso besorgniserregend ist das repressive Vorgehen der Justizbehörden gegen kritische JournalistInnen. In Paraná wurden 36 JournalistInnen der *Gazetta do Povo* wegen Rufschädigung angeklagt, weil sie die hohen Gehälter der Richter und Staatsanwälte von über 30.000 Reais pro Monat thematisiert hatten. Die Einschränkung der Pressefreiheit steht auf der Tagesordnung. Das zeigt sich auch an einer im Juni gestarteten Verfolgungsjagd gegen Blogger und freie JournalistInnen, die gegen das Impeachment schreiben.

Bildung wird wieder zum Privileg

Die Privatisierung der Bildung war eines der ersten Anliegen des wahrscheinlich in nächster Zeit fallenden Bildungsministers Mendonça Junior. Jetzt sollen Studiengebühren an staatlichen Universitäten eingeführt werden und die Quotenpolitik abgeschafft werden, fordert er. Dass die Militärpolizei mit der Überwachung dieser Maßnahmen schwer beschäftigt ist, spricht für sich:

Salvadors DEM-Bürgermeister ACM Neto hatte umgehend mit der „Bildungsreform“ begonnen: Privatisierung des öffentlichen Bildungssystems bei gleichzeitiger Verabschiedung des neuen Raumordnungsplans, der sich über die Bedürfnisse der Bevölkerung zugunsten der Immobilienspekulanten hinwegsetzt. Protestierende durften nicht zur Sitzung kommen, ein Student wurde sogar von den Polizisten ins Stiegenhaus geworfen. ACM Neto ist Enkel des während der Diktatur eingesetzten Gouverneurs von Bahia, Antonio Carlos Magalhães, und führt dessen Imperium (und Politik) fort.

Zur Durchsetzung der unpopulären Regierungsmaßnahmen braucht es auch Unterstützung der so genannten „Basis“ bzw. der Medien. Wen wundert es da, dass am 17. Juni an der staatlichen Universität in Brasília eine Gruppe von Faschisten den Biologie-Campus stürmte, dort randalierte, eine Bombe zündete, die Rückkehr der Diktatur forderte und die anwesenden StudentInnen als Gay, Parasiten und Kiffer bezeichnete? Leider erschien die Polizei nicht rechtzeitig, nur das lokale Wachpersonal verhinderte weiteren Schaden.



Foto: Fiona Watson/Survival

Die Angriffe auf die Guarani haben unter Temer zugenommen

Ziemlich rau verhielt sich die Polizei hingegen in Santa Catarina: Dort besetzten OberstufenschülerInnen das Bildungssekretariat, um gegen die Privatisierung des Schulwesens zu protestieren. Die Polizei reagierte mit mehreren Portionen Pfefferspray, die den Jugendlichen aus einem halben Meter Entfernung direkt ins Gesicht gesprüht wurden! Und sie veranlasste die sofortige Räumung des Gebäudes. Was die SchülerInnen sonst erwartet, wissen wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Ein Superministerium für Bürgerrechte

Das Justizwesen liegt nun in den Händen von Alexandre de Moraes aus São Paulo, dem „Mann fürs Grobe“ von Gouverneur Alckmin. Bekannt wurde er wegen seines brutalen Vorgehens gegen die OberstufenschülerInnen in São Paulo, die ein Gebäude besetzt hatten, um Aufklärung im „Merenda-“ (Jausenbrot) Korruptionsskandal zu fordern.

Dieser neue Justiz- und frischgebackene Bürgerrechtsminister ist jetzt auch Herr über die Agenden der Frauen sowie der aufgelösten Menschenrechts- und Rassengleichstellungsministerien – und bestimmt somit auch über den Schutz der Indigenen und Schwarzen in ihren Territorien. Gingen die Landmarkierungs- und Anerkennungsverfahren bis jetzt ohnedies nur sehr langsam voran, sind sie nun praktisch aussichtslos. Denn schon liegt ein Gesetzentwurf, die PEC 215, vor, der die Kompetenz für Landmarkierungen an das Parlament – und seine Mehrheit von Großgrundbesitzern – überträgt.

Als Vorspiel dazu kann Mato Grosso genommen werden, wo seit Jahren ein Krieg zwischen Großgrundbesitzern, in-

ternationalem Agro-Business und Guarani Kaiowá über die Ressourcen im größten unterirdischen Trinkwasserreservoir der Welt, dem *Acuífero Guarani*, tobt. Erst unlängst verhaftete das Innenministerium zwölf Männer, weil sie im Auftrag von Großgrundbesitzern eine paramilitärische Organisation gebildet und als Todes-

schwadronen die indigene Bevölkerung attackiert hatten.

Der Mord an Clodioli Aquileu

Einen furchtbaren Höhepunkt hat der Zustand der Rechtlosigkeit am 14. Juni 2016 erreicht, als eine Gruppe von Kaiowá im Mato Grosso-Gebiet Teile des von ihnen beanspruchten Landes in *Caarapó* besetzten, nachdem ihrem Antrag auf Landmarkierung und Anerkennung beim Justizministerium zwölf Jahre lang nicht stattgegeben worden war.

Zwei Tage später erschien eine Mördertruppe der Großgrundbesitzer – mit LKWs, Autos, ja sogar Baggern. Es kam zu einer Schießerei, die vier Stunden dauerte und die Ermordung des Gesundheitsagenten Clodioli Aquileu sowie weitere schwere Verletzungen von sechs Indigenen zur Folge hatte. Nahrungsmittel, Matratzen, Motorräder wurden verbrannt, bevor die Mörder wieder verschwanden.

Quilombo Rio dos Macacos in Bahia

Ein ähnliches Vorgehen lässt sich in ganz Brasilien beobachten, wie die Nachrichten aus einer Siedlung von ehemaligen schwarzen Sklaven, dem *Quilombo Rio dos Macacos*, bestätigen, die das Land seit 150 Jahren besitzen. 1960 wurde ein Staudamm auf ihrem Territori-

um gebaut, 1972 übernahm dann die Marine die Kontrolle des Landes. Seitdem geht es den 88 Familien des Quilombo an die Substanz. Ihr Gebiet liegt mitten in einem von der Marine umzingelten Gelände, nahe dem Hafen von Aratu, in Simões Filho/Grande, Salvador. Selbst der Zugang führt durch das Kasernengelände. Die Marine fordert das Land ein und überwacht das Gebiet mit Hilfe von Drohnenflugzeugen. Die Selbstversorgung der Gemeinde wird verhindert, es ist der Bevölkerung untersagt, im benachbarten Staudamm zu fischen oder bestimmte Früchte anzubauen. Obwohl die Quilombolas im März dieses Jahres einen großen Sieg feierten und fünfzig Prozent ihres Territoriums bereits demarkiert wurden, geht der Kampf unvermindert weiter.

Seit einigen Jahren ist die schwarze Urbevölkerung zunehmend größeren Angriffen durch die Soldaten ausgesetzt – Vergewaltigungen und Misshandlungen begleiten die Zerstörung ihrer Infrastruktur, ihrer Häuser und Ernten. Am 18. Juni gab es erneut eine Nacht des Schreckens: Zehn schwer bewaffnete, uniformierte Kapuzenmänner drangen in der Nacht in den Quilombo ein, zerstörten die gesamte Maisernte und griffen die BewohnerInnen an.

No women – no cry?

Auch was die Lage der Frauen betrifft, lässt sich Schlimmes erwarten. Es spricht für sich, dass die Interimsregierung auf keine einzige Ministerin in ihren Reihen verweisen kann!



Foto: Mary Ellen

Demonstration für Frauenrechte, Curitiba, 11.7.2016

Das abgeschaffte Frauenministerium wurde jetzt der Justiz und damit Herrn Moraes untergeordnet und zwischenzeitlich mit Fátima Pelae, einer der Korruption an-

⇒ von Seite 15: BRASILIEN IM INTERIMSREGIME

geklagten evangelikalen Mandatarin von der PMDB, als Sekretärin besetzt. Sie spricht sich sogar bei Vergewaltigung gegen Abtreibung aus ist eher als Gegnerin, denn als Vertreterin von Frauenpolitik zu sehen. Sie wird den Forderungen der Frauenbewegung sicher nicht entgegenkommen.

Dabei wäre es dringend nötig, die *Lei Maria da Penha*, einen Gesetzesentwurf von 2006 gegen häusliche Gewalt, der von der UNO als eines der besten Gesetze weltweit anerkannt wird, endlich finanziell auszustatten. Gefordert wird dringend Geld für Familienplanungspolitik, für Arbeits-



Demonstration „zur Verteidigung der Demokratie“ im April 2016

marktpolitik für Frauen und deren soziale Absicherung.

In der Kampagne „*Parem de Nos Matar*“ (Hört auf uns zu töten) nennt das Netzwerk der Schwarzen Frauen von Bahia die Probleme beim Namen: das verlogene Abtreibungsverbot, fehlende Vorsorgeuntersuchungen, kein Schutz durch die Polizei, Richter, die häusliche Gewalt befürworten, Kriminalisierung in den Medien, unmenschliche Haftbedingungen, die Besetzung der Territorien u.v.m. ...

Die feministische Bewegung besetzte gleich nach der Einleitung des Impeachment-Verfahrens, als Protest gegen die machistischen Beleidigungen der Präsidentin, das Parlamentsgebäude. Auch in São Paulo gab es einen Anti-Impeachment-Protest von Feministinnen vor dem Haus der Gouverneurin Marta Suplicy, weil diese das Impeachment unterstützt hatte.

Der nationale Frauenkongress drückte Dilma 100% Unterstützung aus. Rhetorisch dominante Politikerinnen wie Jandira Feghali von der kommunistischen PCDB, die derzeit in Rio de Janeiro als Bürgermeisterin kandidiert, oder die Senatorin Gleisi Hoffmann (PT) sind Dilmas stärkste Verteidigerinnen im brasilianischen Parlament.

“Fica querida!”

„Bleib, liebe Freundin“ heißt es überall, wo die Präsidentin seit ihrer einstweiligen Absetzung auftaucht. Auf den Flughäfen wird sie gefeiert, die Leute stehen Schlange für Selfies mit ihr, ihre öffentlichen Auftritte haben sich im ganzen Land in Volksfeste verwandelt.

⇒ von Seite 8: BRASILIENS RECHTSRUCK

der Krise sehr einseitig gegen VertreterInnen der Arbeiterpartei Bericht erstatten.

Brasilianische soziale Bewegungen, Gewerkschaften, progressive Intellektuelle und KünstlerInnen mobilisieren hingegen seit Wochen massiv gegen den Putsch. Wenn auch vielfach unzufrieden mit wichtigen Aspekten der Mitte-Links Regierung, kämpfen sie für die junge brasilianische Demokratie und soziale Errungenschaften. Der Ausgang der Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden. Die Amtsenthebung ist vorerst nur provisorisch. Der Druck von der Straße kommt nun wieder stärker von Links. Die sozialen Bewegungen haben es aber noch nicht geschafft, die Masse der Bevölkerung, die 2014 den Wahlsieg Dilmias garantierte, zu mobilisieren. Teilweise von den Privatmedien beeinflusst, sehen sie das Ganze als ein Machtspiel der politischen Eliten.

Legitimität und Beliebtheit der Interimsregierung sind aber dennoch äußerst eingeschränkt. Aufgedeckte Tonmitschnitte verursachten schon den Rücktritt von drei interimistischen Ministern innerhalb eines einzigen Monats. Angesichts solcher Vorfälle scheint sich die Stimmung im Senat zugunsten der Präsidentin zu verbessern.

Die Präsidentin ist sich aber ihrer mangelnden politischen Unterstützung für die Wiederaufnahme der Regierungsführung bewusst. Daher sprach sie sich für eine Volksabstimmung über Neuwahlen aus, falls sie zurückkommen sollte. Die aktuellen Machthaber scheinen dies zu fürchten, weil sie weder über eine/n starke/n KandidatIn/en, noch ein mehrheitsfähiges Programm verfügen. Lula hingegen steht bereit für einen neuen Wahlkampf und führt bislang die Umfragen an. ■

Bernhard Leubolt arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien und war 2015 Gastforscher in Brasilien an der *Universidade Estadual de Campinas*. Ricardo Borrman hat Politik und Soziologie in Brasilien studiert. Er lebt seit vier Jahren in München, wo er in Kulturgeschichte (LMU) promoviert. Sein Schwerpunkt ist die brasilianische Rechtsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

Während Michel Temer seit Regierungsantritt kaum auf die Straße gehen kann (seine Straße wurde von Demonstranten besetzt) und er bei öffentlichen Auftritten beschimpft wird, bereitet sich Präsidentin Dilma auf ihre Rückkehr vor. Vom IOC eingeladen, die Olympischen Spiele zu eröffnen, und mit vielen Solidaritätserklärungen verschiedenster Staatshäupter im Gepäck, stehen die Karten für sie nicht schlecht. Die endgültige Impeachment-Verhandlung ist für Anfang August angesetzt – und da ihr bis jetzt kein Vergehen nachgewiesen werden konnte und schon einige Senatoren aus der Absetzungsfrente abgesprungen sind, erwartet uns ein spannender Sommer. ■

Silvia Jura ist Kultur- und Sozialanthropologin und lebt zwischen Salvador/Bahia und Wien als freie Kulturarbeiterin und Journalistin. Sie ist Mitinitiatorin der *Nosso Jogo*-Plattform und im Vorstand von *globalista*. www.silvias.net

ABBAU DER REGIONALEN INTEGRATION

Argentiniens Wirtschaftsminister Alfonso Prat-Gay hat den politischen Umsturz in Brasilien als „gute Gelegenheit für die Neugründung des Mercosur“ bezeichnet. Das Zusammentreffen von zwei Regierungen, die mit der Öffnung der Märkte und der Wiederannäherung an den Norden, insbesondere die USA, das neoliberale Modell wiederherstellen wollen, ermöglichte es, den Abbau der regionalen Integrationsprozesse in Angriff zu nehmen.

Von Emir Sader



Alfonso Prat Gay

Foto: Wikipedia

Eine für diese Prozesse entscheidende Weichenstellung erfolgte 2005. Die Vereinigten Staaten und Brasilien standen kurz vor der Einigung über das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) unter Führung der US-Wirtschaft. Was gegenüber Mexiko praktiziert wurde (mit einer für Mexiko höchst negativen Bilanz von 20 Jahren Nordamerikanischem Freihandelsvertrag), sollte auf die ganze Region ausgedehnt werden.

Selbstbestimmte Integration

Lulas Wahlsieg 2002 machte es möglich, dass Brasilien – mit Celso Amorim als Außenminister – mit diesem Projekt gebrochen hat und den Weg für die Stärkung der bestehenden und die Initiierung neuer Integrationsprozesse öffnete. Von der Stärkung des *Mercosur* ging es weiter zur *Unasur* – mit ihrem Südamerikanischen Verteidigungsrat, der Bank des Südens und anderen Organen – und mündete in der CELAC (Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten). Sie bedeutete das Ende der Monroe-Doktrin; Lateinamerika und die Karibik hatten damit endlich einen eigenen Integrationsmechanismus, getrennt von der OAS, der die USA und Kanada durch ihre Präsenz ihren Stempel aufdrückten.

Nie zuvor waren die USA auf dem Kontinent isolierter gewesen als bisher in diesem Jahrhundert. Zugleich hatten vor allem jene Länder Lateinamerikas, die sich vom neoliberalen Modell zu lösen begannen, ihre internationale Positionierung geändert: Ihre Prioritäten waren jetzt die regionale Integration und der Süd-Süd-Handel, nicht mehr die Freihandelsverträge

mit den USA. Diese neue Form der internationalen Eingliederung ermöglichte eine stärkere Integration unserer Wirtschaften und hat uns zugleich geholfen, mit den Auswirkungen der lange andauernden und tiefgehenden globalen Rezession besser fertig zu werden. Wesentlich für diese gute Bewältigung der Krise waren der verstärkte Austausch in der Region, die Intensivierung des Handels mit China und die Ausweitung des Binnenmarktes für die breite Bevölkerung.

Der Regierungswechsel in Argentinien und jetzt auch in Brasilien gibt den USA die lange erwartete Möglichkeit, ihre Isolierung in Lateinamerika aufzubrechen. Obamas Reise nach Argentinien und seine Unterstützung des neoliberalen Projekts der Regierung Macri macht die zentralen Ziele der USA in der Region deutlich. Sein komplizenhaftes Schweigen zum Putsch in Brasilien bekräftigt Washingtons Freude angesichts dieser Entwicklung.

Außenpolitik des Ausverkaufs

Die oben zitierte Erklärung des argentinischen Wirtschaftsministers deckt sich mit den Positionen von José Serra, Brasiliens neuem Außenminister, der sich als Kritiker der bisherigen brasilianischen Außenpolitik hervorgetan hat. Sein Wunsch, das brasilianische Erdöl den großen internationalen Ölkonzernen zur Ausbeutung zu überlassen, ließ ihn, den Präsidentschaftskandidaten von 2010, ein – ursprünglich als geheim geplantes – Treffen mit Vertretern dieser Konzerne in Foz de Iguazú veranstalten, wobei er ihnen

Zugriff auf die als Pre-sal bekannten Ölvorkommen vor der brasilianischen Küste versprach.

Was würde es heißen, den Mercosur „neu zu gründen“? Der Rechten war es immer ein Anliegen, bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA zu schließen, ohne deshalb den Mercosur aufzugeben. Das ist auch bei dieser „Neugründung“ das wichtigste Ziel. Fürs Erste wurde die Beschleunigung der Verhandlungen mit der EU angekündigt sowie verstärkte Handelsbeziehungen mit der Pazifischen Allianz. Das Hauptziel der sogenannten Neugründung bleiben jedoch bilaterale Abkommen mit den USA.

Das würde den Beginn der Zerschlagung der regionalen Integrationsprozesse bedeuten, die Schwächung von Mercosur, Unasur und Celac. Das enge Bündnis zwischen den Regierungen Brasiliens und Argentiniens, eingeleitet von Lula und Néstor Kirchner und fortgesetzt von Dilma und Cristina, war die Achse, von der aus diese Integrationsprozesse entwickelt wurden. Jetzt geht es, ausgehend vom Regierungswechsel in beiden Ländern, darum, diesen Prozess umzukehren und einen neuen Prozess der Unterwerfung der Region unter die Interessen der USA einzuleiten und dadurch Länder wie Venezuela, Bolivien und Ecuador mehr und mehr einzuschnüren.

Der Erfolg dieser konservativen Kehrtwende hängt von der Schlagkraft der brasilianischen Putsch-Regierung ab. Aktuell scheint sie nicht über genügend Stabilität zu verfügen, um lange an der Macht zu bleiben und große Transformationen umsetzen zu können. Deshalb ist der Widerstand der brasilianischen Bevölkerung äußerst wichtig. Es geht darum, Neuwahlen zu erreichen, damit die Regierung Temer endgültig jede Legitimität verliert und die brasilianische Bevölkerung wieder auf demokratischem Weg über ihre Zukunft bestimmen kann. Für Brasiliens Rolle auf internationaler Ebene heißt das: Entscheidung zwischen regionaler Integration und Süd-Süd-Kooperation einerseits und dem alten Schicksal als „Hinterhof“ des Imperiums andererseits. ■

Der Autor ist brasilianischer Soziologe und Politikwissenschaftler an der Staatsuniversität von Rio de Janeiro (UERJ). Seinen am 13. Mai auf www.alainet.org veröffentlichten Beitrag hat Hermann Klosius übersetzt.

Interview mit Juliana Barbassa

Die Journalistin Juliana Barbassa (JB) ist in Brasilien geboren. Nach Zwischenstationen im Irak, Malta, Libyen, Spanien, Frankreich und den USA ist sie in ihre Heimat zurückgekehrt und nun seit 2010 als Korrespondentin für die *Associated Press* in Rio de Janeiro tätig, um vor Ort zu berichten. 2015 erschien ihr erstes Buch: „*Dancing with the Devil in the City of God*“. Darin beschäftigt sie sich mit den Vorbereitungen der Fußballweltmeisterschaft 2014 und Olympia 2016 in Brasilien. Im Interview mit **Claudia Dal-Bianco** und **Petra Pint** von der *Frauen*solidarität* berichtet sie über Hintergründe und Zusammenhänge von Menschenrechten und Sportgroßereignissen.



Wie hat sich Rio in den letzten Jahrzehnten verändert?

Rio de Janeiro ist enorm gewachsen, sowohl das Zentrum wie auch die Vorstädte. Die nötige Infrastruktur hat mit diesem Wachstum aber nicht mitgehalten, ob es nun um Straßenbau und Verkehr geht, um erschwinglichen Wohnraum oder die Sammlung und Aufbereitung von Abwässern. Ergebnis war eine wuchernde Metropole mit über sechs Millionen Bewohnern im Großraum Rio, die unter einer Verkehrshölle, unter Luft- und Wasserverschmutzung und unter dem Anwachsen von Favelas, durch die Menschen selbst errichteten Siedlungen ohne grundlegende öffentliche Dienstleistungen, leidet.



Wie steht es um die Euphorie der Bevölkerung des Jahres 2009, als Brasilien den Zuschlag für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2016 erhielt?

Als die BrasianerInnen erfuhren, dass Rio die Spiele 2016 austragen würde, kam es im Land und in der Stadt zu einer regelrechten Explosion der Freude. Es ging um weit mehr als die Ehre, Gastgeber der Spiele zu sein: Sie feierten zu einem Zeit-

RIO ALS UMKÄMPFTER ORT

Kopenhagen, 20. Oktober 2009: Das Internationale Olympische Komitee (IOC) verkündet den Austragungsort für die Sommerspiele 2016, Brasilien. Auf den Straßen von Rio feiern die Menschen diese Entscheidung und freuen sich, der Welt Brasilien von seiner schönsten Seite präsentieren zu können. Die Folgen: Die Immobilienpreise steigen. Menschen werden umgesiedelt. Sie gehen auf die Straßen und protestieren. Die Euphorie schwindet. Wie hat sich Rio in den letzten Jahren verändert? Wer profitiert von solchen Sportgroßereignissen? Was geschieht mit den Menschen, die in der Folge zwangsumgesiedelt werden?



Foto: Nadia Sussman

punkt, als es dem Land gut ging: Die Wirtschaft wuchs, die Ungleichheit ging zurück und Millionen stiegen aus der Armut in die Mittelschicht auf. Die Olympischen Spiele sollten der Welt diese Errungenschaften zeigen.

Heute haben wir es mit einer ganz anderen Wirklichkeit zu tun. Die Wirtschaft ist im Vorjahr um fast vier Prozent geschrumpft, und für heuer wird Ähnliches erwartet. Die damals nach dem Übergang von einem Militärregime zur Demokratie erreichte politische Stabilität ist in Frage gestellt: durch die Initiative zur Amtsenthebung der Präsidentin einerseits, aber auch durch umfangreiche Untersuchungen einer Korruptionsaffäre, die Verbindungen zwischen den größten Baugesellschaften des Landes und hohen Regierungsbeamten ans Licht gebracht hat. Angesichts all dessen ist die Begeisterung so gut wie verschwunden.



Wer profitiert von den Olympischen Spielen?



Was geschieht mit den Menschen, die zwangsweise umgesiedelt werden?

Ein Blick darauf, welche von den Projekten, die der Bevölkerung in diesem Zusammenhang versprochen wurden, umgesetzt wurden und welche nicht, macht Gewinner und Verlierer deutlich. Durchgeführt wurden u.a. eine Neugestaltung der Hafengegend, eine Verlängerung der U-Bahn und die Schaffung neuer Busrouten (alles Projekte, an denen die Firma Odebrecht direkt beteiligt war). Wem haben sie genützt? Den involvierten Baufirmen und den jeweiligen Stadtvierteln. Sowohl die U-Bahnverlängerung als auch die neuen raschen Busverbindungen führen alle in Rios Westen. Dort liegen die größten olympischen Sportstätten, und es ist auch die Gegend, wo die Grundstückpreise am stärksten gestiegen sind, also ein sehr wohlhabender Bezirk. Nicht, dass sie keine Verbesserung verdienen würden, doch denke ich, dass der Bedarf dafür in diesem Teil Rios nicht am größten war.

Und welche Projekte wurden nicht verwirklicht? Vereinfacht gesagt: die meisten Projekte, die den Bevölkerungsschichten mit den niedrigsten Einkommen zugute gekommen wären.

So sollte das Projekt *Morar Carioca* den größten sozialen Nutzen der Spiele bewirken. Bis 2020 sollten alle Favelas von Rio mit Strom und Trinkwasser versorgt werden. Diesem Projekt wurden die Mittel entzogen, und es wurde nie wie versprochen umgesetzt. Ein weiteres Projekt, das nicht verwirklicht wurde, ist die Säuberung der Guanabara-Bucht. Das wird die Gesundheit der AthletInnen, deren Wettkämpfe im Wasser der Bucht ausgetragen werden, gefährden, hat aber natürlich auch enorme Auswirkungen auf die umliegende Bevölkerung.

Ihnen werden mehrere Optionen angeboten: ein Mietbeitrag ein Jahr hindurch, um eine andere Wohnung zu finden, obwohl das gebotene Geld angesichts von Rios steigenden Wohnungspreisen unzureichend war. Alternativ dazu zahlte die Regierung bar den Betrag, auf den sie die bisherige Wohnung schätzte (was aber längst nicht für den Erwerb einer vergleichbaren Unterkunft ausreichte). Oder die Regierung bot eine Wohneinheit in einem ihrer Bauprojekte an. Dabei gab es eine Vielzahl von Problemen. In fast allen Fällen war die neue Wohnung nicht fertig, wenn die Leute aus ihren alten Häusern vertrieben wurden. Fast immer war die angebotene neue Unterkunft viele Stunden vom bisherigen zerstörten Haus entfernt, wodurch die Leute ihren Arbeitsplatz verloren und Kinder ihre Schule verlassen mussten. Und fast durchwegs verletzten die Geschwindigkeit und das Ausmaß an Gewalt, mit denen diese Zwangsräumungen stattfanden, lokale, nationale und internationale Gesetze.

Welche Frauen hast du für dein Buch interviewt? Was haben sie dir erzählt?

Ich wollte die Auswirkungen all dieser raschen Änderungen am Beispiel der Erfahrungen von Bewohnerinnen aufzeigen und habe daher eine Reihe von Frauen interviewt, aus vielen Lebensbereichen: die Mutter eines Drogenhändlers, die über Sicherheitspolitik sprach; eine alleinerziehende Mutter, die mit den steigenden Mietpreisen in ihrer Favela zu kämpfen hatte; Prostituierte, die aus Bordells vertrieben wurden, weil die Regierung vor den großen internationalen Ereignissen auf soziale „Säuberung“ erpicht war; die Besitzerin eines neuen Geschäfts in Ipanema, der es im Wirtschaftsboom und angesichts zahlreicher Touristen gut ging. Es waren viele mehr. Jede bot einen Blick auf eine Facette des sich rasch und mit enormen Auswirkungen verändernden Rio.

Reporter ohne Grenzen zufolge ist Brasilien das Land der 30 Berlusconi. Wie spiegeln sich die Proteste in den Medien? Welche Rolle spielen BürgerjournalistInnen wie *Midia Ninjas*?

Die Proteste der beiden letzten Jahre in Brasilien hatten sehr unterschiedliche Ursachen und haben verschiedene Teile der

Bevölkerung mobilisiert. Sie wurden von den Medien, die in Rio besonders konservativ sind, auch ganz unterschiedlich aufgenommen. BürgerjournalistInnen wie *Midia Ninja*, aber auch *Voz da Comunidade*, eine vom Verband der Alemão-Favelas herausgegebene Zeitung, trugen zur besseren Wahrnehmung bei und brachten andere Stimmen in die öffentliche Diskussion. Insgesamt war es interessant zu sehen, wie sich Favela-Bewohner besser organisierten und aktiver am Widerstand gegen die Umsiedlung teilnahmen, wobei sie oft soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram nutzten, um ihre Berichte darüber, was mit ihnen und ihrer Stadt geschah, zu verbreiten.

und wirtschaftlicher Bedingungen erleben – und das ist hier die wirkliche Tragödie.

Wie wird Rio in zehn Jahren aussehen?

Unglücklicherweise haben viele der Änderungen, die in Rio im Vorfeld der Fußball-WM und der Olympischen Spiele vorgenommen wurden, Strukturen geschaffen, die in der ganzen Stadt zu mehr Ungleichheit führen werden. Die neuen Transitverbindungen, der Mangel an Dienstleistungen für die Ärmsten und die riesigen Investitionen in unnötige Sportstätten zeigen, dass eine Gelegenheit für positiven Wandel versäumt wurde.



Complexo Alemão, eine von Rios größten Favelas

Was muss geschehen, um die Lage der Bevölkerung zu verbessern?

Wir haben es, wie erwähnt, leider mit einer versäumten Gelegenheit zu tun. Jetzt ist die Wirtschaft in Brasilien, besonders aber in Rio, in der Krise. Der Staat war stark von den Öleinnahmen abhängig, die angesichts der niedrigen Ölpreise und der Verwicklung der nationalen Ölgesellschaft in den Korruptionsskandal enorm gesunken sind. Das bedeutet weniger Geld für Grundlegendes wie Gesundheit und Erziehung. Rio wird nicht so bald wieder einen Moment vielversprechender politischer

Schlimmer: Es wurde die Grundlage für ein ökologisch nicht nachhaltiges Wachstum gelegt, das zu noch größeren Verkehrsproblemen führen wird. Die Stadt, die uns die Olympischen Spiele hinterlassen werden, wird weit weniger lebenswert sein als jene, die wir uns erhofft hatten. ■

Übernommen aus *Frauen*Solidarität* 2/16;
Übersetzung des Interviews aus dem Englischen:
Hermann Klosius

SCHÜSSE IN DER PRÄRIE, FLÄCHENBRAND IN MEXIKO

Mexikanische Polizei verübt Massaker in Nochixtlán, Oaxaca

Das am 19. Juni durch mexikanische Polizisten verübte Massaker an protestierenden LehrerInnen hat in Mexiko und auf internationaler Ebene eine Welle der Empörung, aber auch Solidarität ausgelöst. Auch wenn sich die Regierung inzwischen zu Verhandlungen herabgelassen hat, ist es fraglich, ob sie in der Lage sein wird, den drohenden Flächenbrand ohne substanzielle Zugeständnisse einzudämmen.

Von Philipp Gerber, Oaxaca

Am Sonntag frühmorgens kam die Polizei und begann uns sofort mit Tränengas anzugreifen, ohne uns eine Frist zu geben, wir waren nicht viele und sind erst davongerannt“, berichtet sichtlich empört eine mixtekische Lehrerin von der Barrikade in Nochixtlán. Doch nachdem die rund 800 Polizisten die Blockade auf der einzigen Zufahrtsstraße von Puebla nach Oaxaca Stadt überrannt hatten, folgte eine achtstündige Schlacht.

Sonntag ist Markttag in der Kleinstadt Nochixtlán, die das Handelszentrum der staubtrockenen, prärieartigen Mixteca ist. An diesem Sonntag, den 19. Juni, schlugen die Kirchenglocken Alarm und die umliegenden Gemeinden unterstützten den Widerstand der Lehrerinnen und Lehrer. Schon in den Morgenstunden waren viele Verletzte auf beiden Seiten und ein ziviles Todesopfer zu beklagen.

Doch als die Polizei einsehen musste, dass nur der Rückzug blieb, beging sie den entscheidenden Fehler: Mehrere Polizisten eröffneten das Feuer auf die nur mit Steinen bewaffneten Protestierenden. Schnellfeuer, Pistolenschüsse, die Leute ducken sich minutenlang weg, wie Videoaufnahmen dokumentieren. Der Behauptung der Polizisten, sie hätten mehrere Schussverletzte auf ihrer Seite gehabt und dieses Feuer bloß erwidert, widersprachen Demonstrierende und renommierte Journalisten. Acht tote Demonstranten und 45 Schussverletzte ist die vorläufige traurige Bilanz.¹ Aber auch ein Flächenbrand der Empörung, der sich von Nochixtlán aus im ganzen Land ausbreitet.

Seit Mitte Mai eskalierte der Konflikt mit der Lehrgewerkschaft CNTE, der oppositionellen Strömung innerhalb der gelben Einheitsgewerkschaft SNTE. Die zirka 200.000 LehrerInnen der CNTE befinden sich in den vier Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca, Guerrero und Michoacan seit dem 15. Mai in einem wilden Streik gegen die Bildungsreform, aber auch um gegen die Verhaftungen von Gewerkschaftern zu protestieren. Tausende Polizisten sind seither im Einsatz, griffen insbesondere Lehrerdemonstrationen in Chiapas an, wo sich ebenfalls große Teile der Bevölkerung mit ihren *maestros* solidarisieren.

In Oaxaca ließen die Verhaftungen der führenden Gewerkschafter der Sektion 22 der CNTE das Fass überlaufen. Als der Generalsekretär Rubén Núñez und sein Vize Francisco Villalobos am 11. Juni wegen angeblicher Geldwäsche festgenommen wurden, richteten LehrerInnen mit Unterstützung von Eltern, sozialen Bewegungen und indigenen Gemeinden auf Überlandstraßen an die 50 Blockaden ein und legten so die Ökonomie des Bundesstaates lahm.

Repression, das Rezept der Regierung

Statt nach den seit drei Jahren andauernden Protesten endlich in einen Dialog mit den streikenden LehrerInnen einzutreten, sandte die Regierung immer mehr Polizei in die südlichen Provinzen. Diese Polizeieinheiten konnten jedoch aufgrund der Blockaden nicht mehr auf dem Landweg nach Oaxaca gelangen. Das Innenministerium unter Führung von Osorio Chong kündigte Tage vor dem schwarzen Sonntag von Nochixtlán an, Straßenblockaden würden nicht mehr toleriert und wo nötig werde „moderater Gebrauch der Staatsgewalt“ gegen Demonstrierende angewandt.

Was „moderate Staatsgewalt“ für die Regierung bedeutet, zeigten dann die nächsten Tage. Am 17. Juni drangen zirka 1.000 Polizisten aus Chiapas kommend in den Isthmus ein und räumten unter massivstem Tränengaseinsatz mehrere Straßenblockaden, erst in Zanatepec, anschließend in den Ortschaften Ciudad Ixtepec, Mixtequilla, Tehuantepec. Schließlich stießen sie in den wichtigen Industriehafen Salina Cruz vor und befreiten die Öltraffinerie und Dutzende dort festgesetzte Tanklastwagen. Nach dem Durchzug der marodierenden Polizeikarawane organisierten sich die



Preis der Bildung in Mexiko: Leben und Freiheit

Dörfer neu und besetzten die wichtigsten Kreuzungen erst recht. „Unerhört, absurd und sinnlos“ sei diese Aktion der Bundesregierung, warnte das lokale Menschenrechtszentrum *Tepeyac* tags darauf. Diese repressive, falsche Antwort „ist das Kennzeichen eines Staates, der mit der Logik von Konfrontation und Gewalt den Machterhalt sichern will, statt Verhandlungsräume zu öffnen, in denen diese zerbrochene Demokratie neue Wege finden könnte“, mahnt das auch vom Gemeinde-Menschenrechtsnetzwerk *Redecom* mitunterzeichnete Bulletin.

Die zweite Polizeikarawane, von Puebla kommend, verursachte noch weit mehr Schaden. Auf der Einfahrt nach Nochixtlán verhaftete sie frühmorgens vom Friedhof weg 17 Personen, welche das Grab für ihren tags zuvor verstorbenen Familienangehörigen schaufelten und nichts mit dem Protest zu tun hatten. Auch sechs Prote-



EZLN-Unterstützung für Oaxacas protestierende LehrerInnen

stierende wurden im Verlaufe des Tages festgenommen. Alle Verhafteten waren langen Stunden der Willkür und Folter durch die Polizisten ausgeliefert, bis sie im Morgengrauen des Montags endlich den Justizbehörden übergeben wurden. Die Bewohner einer Ansiedlung von Wellblechhütten, der Colonia 20 de Noviembre, hatten das Pech, dass sie unweit der Autobahnausfahrt wohnen. Sie erwachten an diesem Sonntag mit Tränengasgranaten und Schlägen der Polizei. Die 22 Kinder und 28 Erwachsenen, darunter eine schwangere Frau, mussten fliehen und waren eine Woche lang in einer Notunterkunft in einer Nachbargemeinde untergebracht.

Nach ihrem Abzug aus Nochixtlán, auf dem Weg nach Oaxaca Stadt, zerstreute die Karawane der Bundespolizei und der neuen Spezialeinheit Gendarmerie immer wieder mit Tränengas und Schüssen weitere Protestierende. Um 17 Uhr Nachmittag bei der Autobahnausfahrt von Oaxaca Stadt angekommen, trafen sie auf einen Wirrwarr von an die 50 Barrikaden und eine Bevölkerung, die durch Tränengaseinsätze aus Helikoptern aufgeheizt war. Während mehrerer Stunden lieferten sich die Jugendlichen der pauperisierten Vorortgemeinden eine heftige Straßenschlacht mit den Polizisten, die auch hier wieder Schüsse einsetzten: Der 18-jährige Jovan Azarael Galán Mendoza kam durch einen Bauchschuss ums Leben. Gegen zehn Uhr, nach einem 15-stündigen Einsatz mit katastrophalen Konsequenzen, stellte die Polizei ihre Angriffe ein. Das Zentrum des Protests, den Hauptplatz von Oaxaca Stadt mit dem Camp der LehrerInnen, hatte sie jedoch nicht erreicht.

Trauer, Wut, Solidarität

Nach dem blutigen Wochenende ist die Gesellschaft Oaxacas aufgewühlt wie seit langem nicht mehr. In Nochixtlán herrschen Trauer und immense Wut, an allen Eingängen bewachen die Mixteco-Indigenen auf Barrikaden ihr Städtchen. Im Zuge der Auseinandersetzungen wurden auch PRI-nahe

Kreise der Zusammenarbeit mit dem Polizeikonvoy bezichtigt, das Gemeindehaus und ein Hotel gingen in Flammen auf, der Gemeindepräsident nahm Reißaus. Am Sonntagabend kursierten Gerüchte, dass ein Militäreinsatz drohe, am Montag war das Städtchen wie ausgestorben. In den Tagen nach dem Massaker zeigten sich immer mehr Organisationen solidarisch, besuchten beispielsweise Repressionsopfer in der Region. Darunter auch die NGO *Codigo DH*, welche insbesondere Folteropfer betreut. Deren Repräsentantin Sara Méndez kommentiert die Situation nach einer intensiven Woche der Begleitung: „Diese Repression war ein heftiger Schlag für die Gemeinde, mit einem solch gewalttätigen Polizeieinsatz hat niemand gerechnet. Aber nach der Wut und trotz der kollektiven Angst, die unter anderem auch die medizinische Versorgung der Verletzten erschwerte, hat die Gemeinde erste Schritte unternommen, um ihr kommunitäres Leben neu zu organisieren“. So wählten in einer Gemeindeversammlung am Freitag nach dem Massaker die Bewohner einen Stadtrat, der den geflohenen Präsidenten ersetzen soll.

Forderung nach Politikwechsel

Ironie der Geschichte: Just in derselben Woche des Massakers gedachten die sozialen Organisationen Oaxacas des Volksaufstands gegen Ulises Ruiz, der am 14. Juni 2006 mit einer missratenen Räumung des Lehrercamps begonnen hatte. Aber zehn Jahre später sind die Rahmenbedingungen andere: Der vermeintliche Politikwechsel weg von der PRI misslang auf lokaler und nationaler Ebene. Am 5. Juni 2016 wurde der neue Gouverneur von

Oaxaca gewählt. Mit nur 30% der Stimmen bekam Alejandro Murat am meisten Unterstützung. Er ist der Sohn des ehemaligen PRI-Gouverneurs José Murat, der Ulises Ruiz voranging. Vater José Murat war der Architekt des verhassten „Pakts für Mexiko“ der Parteien PRI-PRD-PAN, der die Strukturanpassungsmaßnahmen durch das Parlament brachte, darunter die Bildungsreform, die keine Verbesserungen der Bildung anpeilt, aber die Gewerkschaften aushebelt und das Lehrpersonal über periodische Evaluierungen prekariert.

Letztlich, darin sind sich alle BeobachterInnen einig, richtet sich der immer breitere und radikalere Protest gegen die Politikermafia und gegen die neoliberale Politik. Der Gesundheitssektor führt in Solidarität mit den LehrerInnen, aber auch gegen die Strukturanpassung in diesem Sektor, Warnstreiks durch. Die Dörfer verschiedener Regionen wie der Sierra Norte und der Region Mixe marschieren durch Dörfer und Städte. Dutzende Gemeindepräsidenten geloben mit Stempel und Unterschrift die LehrerInnen zu unterstützen und rufen zu einem Treffen in Nochixtlán auf, um den Widerstand besser zu vernetzen. Die Prärie brennt.

Ob es der Regierung gelingt, dieser Entrüstung den Schwung zu nehmen, werden die nächsten Wochen zeigen. Nach den Toten und nach den weltweiten Protesten hat sich das Innenministerium nun doch bereit erklärt, in einen Dialog mit den dissidenten LehrerInnen einzutreten.² Auch werden die Polizisten verhört, 100 von ihnen sollen am Tag des Massakers mit einer Schusswaffe im Einsatz gewesen sein. Doch die Behörden verfolgen ein doppeltes Spiel, denn gleichzeitig wird in staatsnahen Medien gegen sogenannte „radikale Elemente“ eine Kampagne gefahren, die hinter dem Aufstand der CNTE und den Ereignissen in Nochixtlán stehen sollen. Als Drahtzieher werden soziale Bewegungen, ja gar die Guerilla genannt. Einmal mehr wird die soziale Unrast in Mexiko nicht als politisches Problem erkannt und dementsprechend behandelt, sondern kriminalisiert.■

¹ In anderen Angaben ist von bis zu 12 Toten die Rede. Die UNO hat inzwischen eine Untersuchung des Massakers gefordert.

² Nach nur zwei Sitzungen setzte Innenminister Miguel Osorio Chong den Dialog aus und forderte ultimativ ein Ende der Straßenblockaden. Am 11.7. wurde schließlich die Wiederaufnahme des Dialogs vereinbart.

KOLUMBIEN FEIERT WAFFENSTILLSTAND

Das Abkommen zwischen Farc-Guerilla und der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos über einen bilateralen Waffenstillstand ist in Kolumbien mit großer Freude aufgenommen worden. Zugleich betonten VertreterInnen sozialer Organisationen und politischer Bewegungen, dass es sich nur um einen ersten Schritt hin zu einem „umfassenden Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“ handle. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc) und die Regierung haben sich nach fast dreijährigen Verhandlungen am 22. Juni auf die Niederlegung der Waffen und Sicherheitsgarantien für oppositionelle Kräfte geeinigt.

Von Eva Haule

Für das Linksbündnis *Marcha Patriótica* erklärte David Flórez, das Abkommen bedeute, „dass wir endlich mit dem Aufbau des Friedens anfangen werden, wie wir ihn verstehen: ein demokratischeres, gerechteres Land“. Die Bauernorganisation des Departements Catatumbo (*Cisca*) sieht in der Vereinbarung einen Aufruf „zur Ausweitung und Stärkung der sozialen Prozesse, um weiter die Wege zu bahnen, die dieses leidende Kolumbien zu einer Gesellschaft des Guten Lebens führen.“

VertreterInnen antimilitaristischer Gruppen betonten, die Gesellschaft müsse „Wege der Versöhnung, der Wahrheit und der Überwindung der Armut gehen“, um den Krieg zu beenden. Für den Frieden sei zudem der Kampf gegen Kriminalität und Paramilitarismus in den Städten notwendig, fügte Teresa Muñoz vom Nationalen Bündnis für Frieden (*Fenepaz*) hinzu.

Die landesweite Bewegung „Kongress der Völker“ begrüßte die Einigung „mit Begeisterung“ und hob vor allem die Vereinbarung über die Maßnahmen hervor, die

der Staat gegen „kriminelle Strukturen der extremen Rechten ergreifen muss, die sich gegen Frieden und Demokratie verschworen haben“. Zugleich fordert sie die Aufnahme offizieller Friedensgespräche mit der zweitgrößten Guerilla des Landes, der Nationalen Befreiungsarmee (ELN). Die Regierung müsse zudem die beim jüngsten landesweiten Agrarstreik getroffenen Absprachen umsetzen.

für wurden 23 Zonen in ländlichen Gebieten und acht Lager der Farc festgelegt, in denen sich die Guerilleros sammeln. Dort sollen sie auch auf die Wiedereingliederung in das Zivilleben vorbereitet werden. Die Zonen werden besonders geschützt und von den Vereinten Nationen mit überwacht.

Ein weiterer Punkt ist die Verpflichtung des Staates, die paramilitärischen Strukturen zu bekämpfen. In jüngster Zeit haben Aktivitäten der Paramilitärs wieder stark zugenommen. Die Regierung verpflichtet sich zudem, linke AktivistInnen und PolitikerInnen zu schützen. Dafür wurde unter anderem die Bildung einer gemischten Einheit für den Personenschutz ehemaliger Farc-Angehöriger vereinbart, die aus staatlichen Sicherheitskräften und bewaffneten Ex-Guerilleros bestehen wird.

Die Sicherheitsgarantien sind vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrung der Partei *Unión Patriótica* (UP) von Bedeutung: Sie war 1984 als Ergebnis der Friedensverhandlungen zwischen den Farc und der damaligen Regierung entstanden und hatte mit wachsendem Erfolg an Wahlen teilgenommen. Ab den späten 80er Jahren begann die systematische Ermordung von circa 5.000 UP-Mitgliedern. Der Oberste Gerichtshof Kolumbiens erkannte dies als Genozid an, an dem neben Paramilitärs auch Polizei und Militär massiv beteiligt waren.

Gegenüber der Presse sagte Farc-Delegationsleiter Iván Márquez, man hoffe nun auf eine baldige Einigung bei der Frage der gesellschaftlichen und rechtlichen Verankerung des Friedensvertrages. Während die Regierung Santos ein Referendum plant, sollen nach dem Willen der Farc die Vereinbarungen in einer verfassungsgebenden Versammlung diskutiert und beschlossen werden. Vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages stehen zudem noch Fragen der Umsetzung und Überprüfung der Absprachen an.

Während das Abkommen auch international – vom US-Präsidenten bis zum Papst – auf breite Unterstützung stößt, bezeichnete Kolumbiens Ex-Präsident und aktueller Senator Álvaro Uribe es als „Beleidigung für den Frieden“ und „Kapitulation vor dem Terrorismus“. Seine AnhängerInnen rief er auf, sich einem Friedensvertrag weiter zu widersetzen. ■

Übernommen aus der Nr. 1201 des Nachrichtendienstes poolal



Iván Márquez, Chefverhandler der FARC in Havanna

In Medellín feierten Frauen- und Friedensgruppen sowie Organisationen wie die Koalition sozialer Bewegungen Kolumbiens (*Comosoc*) auf der Plaza Botero. Auch hier verwiesen AktivistInnen darauf, dass der Waffenstillstand nur ein erster Schritt beim Aufbau des Friedens sei. Sol Ángela Hoyos von *Comosoc* sagte gegenüber *Colombia Informa*, es müssten Lösungen für die Ursachen des Krieges gefunden werden: „Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Recht auf Land und Recht auf Stadt“.

Entwaffnung und Schutz der Guerilleros

In dem am 23. Juni unterzeichneten Abkommen haben beide Seiten einen Ablaufplan festgelegt, nach dem die Waffen niederlegung spätestens 180 Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages abgeschlossen sein soll. Die Farc verpflichteten sich, ihre Waffen einem internationalen Kontrollkomitee unter der Aufsicht der Vereinten Nationen und der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (*Celac*) zu übergeben. Hier-

DER „SCHWARZE TOD“ IN DER GUAJIRA

In der Guajira, der kolumbianischen, nach Venezuela hineinstechenden Halbinsel an der Karibik, schleicht „la muerte negra“, der schwarze Tod, herum. So benennen die Wayúu-Indianer das langsame Auslöschen ihrer halbnomadischen Kultur, wozu die unbarmherzige Dürre der letzten Jahre ebenso beiträgt wie die endemische Korruption der lokalen Bürokratie, aber vor allem auch die Auswirkungen des großindustriellen Abbaus der dortigen Steinkohle-Lager.

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Guajira – eine der letzten magischen Landschaften Südamerikas, bewohnt von einer Streubevölkerung, den Wayúus, die mit Fischfang, Meeresfrüchten, Jagd, Gemüsegärten, Ziegen, Rindern, Pferden, Kakteenfrüchten und immer auch Schmuggel (die nationalstaatliche Grenze zu Venezuela spielt für sie keine Rolle) der auf den ersten Blick unwirtlichen Wüstenlandschaft eine seit Jahrhunderten viable Existenz abtrotzen.

Die Frauen, matrilinear stark, in farbprächtigen, selbst gewebten wallenden Kleidern, die Männer auch heute noch gelegentlich nackt, nur mit einer Art Lendenschurz. Ebenso prächtige – geflochtene – Hängematten bilden das eigentliche Mobiliar in den improvisierten Hütten, immer um die jeweilige Clangemeinschaft errichtet.

Beide Möglichkeiten erschöpften sich, denn die Muschelbänke sind leer und die Salzgewinnung wurde neuerdings mechanisiert. Angebote der kolumbianischen Drogenmafia, Transportdienste zu leisten, wurden immer abgelehnt.

Modernisierungen, wir wissen es, bedrohten immer indianische Rückzugsgebiete. Als besonders desaströs sollte sich in der Guajira das mit Fanfaren eröffnete Projekt *El Cerrejón* erweisen, die riesigen Lagerstätten an Steinkohle, erschlossen in den frühen 1980ern von einem australisch-südafrikanisch-schweizerischen Konsortium. Nach dem Erdöl stehen für Kolumbien die Gewinne aus der Steinkohle an zweiter Stelle der Exporteinnahmen. Riesenlaster sowie eine Eisenbahn, die tags und nachts dröhnend die Kohle zu einem nahen, aus dem Boden gestampften

Am schlimmsten: Die Kohle-Förderung, in den besten Momenten bis 90 Millionen Tonnen jährlich, benötigt Wasser, immer mehr Wasser, das durch Zusammenfassen der spärlichen Bäche aus dem nahen Tairona-Massiv rinnt. Also verloren die Wayús nicht nur Teile ihres Territoriums (über das sie natürlich nie Besitztitel besaßen), sondern vor allem auch das für das Überleben in der sonnenverbrannten Halbwüste unabdingbare Nass.

Katastrophaler Wassermangel

Ein sich früh ausbreitender *El Niño*, mit Höhepunkt Anfang dieses Jahres, hielt den sowieso immer nur spärlichen Regen ab. Derzeit steht die Guajira im vierten Dürrejahr, mit schlimmen Folgen. Nicht nur Rinder und Ziegen verdursten, sondern auch die Menschen leiden. Als in den jüngsten Monaten immer häufiger Wajúu-Kinder sterbensdürr in Kliniken im benachbarten Barranquilla eingeliefert wurden, gab es immerhin einen Aufschrei in Kolumbien. Theoretisch fließen dem Institut für Familienförderung (*Bienestar Familiar*) aus den Schürfrechten der Mine über den Staat jährlich hunderte Millionen Pesos zu. Damit sollten, gesetzlich verpflichtend, vor allem Wajúu-Kinder Nahrung und Wasser erhalten. Am Höhepunkt der Krise stellte sich heraus, dass ein Großteil dieser Gelder von den lokalen Politikern einfach gestohlen worden war.

Präsident Juan Manuel Santos sah sich gezwungen, zur Schadensbegrenzung persönlich in die Guajira aufzubrechen und der Marine das Anpumpen von Trinkwasser zu befehlen. Von den Betreibern der *El Cerrejón*-Mine ist derzeit überhaupt nichts zu erwarten, weil der Verfall der Exportpreise auch für Steinkohle das Konsortium in die Krise treibt. Deswegen bewirkt der Streik der – durchwegs mestizischen – Arbeiter gar nichts. So leidet die Wajúu-Bevölkerung, inzwischen auf etwa 130.000 Mitglieder geschrumpft, schweigend wie immer und schaut ihrem kulturellen Absterben resigniert entgegen. Bleibt als ironische Fußnote, dass inzwischen Windsurfer die einsamen Wüstenstrände mit ihren stetigen Winden entdecken und in Jeeps in der leeren Landschaft herumbrettern. Sie hinterlassen Plastikmüll, den der Wind in das Kakteengestrüpp treibt. ■



Foto: William Usequén

Trockenheit, Armut und Unterernährung gehen in der Guajira Hand in Hand

War Geld, also wirtschaftlicher Überschuss, zwischendurch unabdingbar, tauchten die Frauen nach Perlen oder gingen in die staatlichen Salzminen von Manaure, barfuß und mit rußgeschwärtzten Gesichtern als Schutz gegen die grelle, vom weißen Meersalz reflektierte Sonne.

Exporthafen transportiert, zerreißen die Einsamkeit der Guajira. Unvermeidlich treiben Staubwolken – *la muerte negra* – aus dem Schlund der im Tagbau betriebenen größten Kohlemine der Welt über die Landschaft.

DER DUNKLE GLANZ VON GOLD

Von Caroline Kerschbaumer

Lorenzo Huallasi trägt einen Schutzanzug und eine Atemmaske, um die staubige Luft nicht einzuatmen. Täglich verbringt er Stunde für Stunde viele Meter unter der Erde und baut dort monatlich etwa zwei Tonnen Gesteinsbrocken ab. Aus diesen zwei Tonnen werden bis zu 20 Gramm Gold gewonnen. Er ist krank- und pensionsversichert und erhält ein regelmäßiges Einkommen.

Lorenzo hat Glück. Er arbeitet in der Aurelsa-Goldmine in Peru, einer der ersten Goldminen weltweit, die mit dem Gütesiegel „Fairmined“ zertifiziert sind. Das Label Fairmined setzt sich für verantwortungsvollen Kleinbergbau ein. Es garantiert die Einhaltung verschiedener Menschenrechte beim Goldbergbau.

Ebenfalls ungewöhnlich für Peru: Die Mine wird von einer Frau geleitet, Rosa Reyes. Sie arbeitet seit über zehn Jahren für Aurelsa. Begonnen hat sie als Sekretärin, seit 2012 ist sie die Chefin. Unter ihrer Schirmherrschaft wurde die Mine erstmals Fairmined-zertifiziert, wobei sie Wert darauf legt, dass die Entscheidung zur Zertifizierung von den Bergbauarbeitern gemeinschaftlich getroffen wurde. Der Weg dorthin war alles andere als leicht. Mit insgesamt 22 Arbeitskräften und einer monatlichen Produktion von höchstens zwei Kilo Gold ist Aurelsa eine kleine Mine des sogenannten handwerklichen Kleinbergbaus.

„Um die Fairmined-Standards erfüllen zu können, hatten wir glücklicherweise Unterstützung von Volontären“, so Rosa Reyes. „Nur deswegen schafften wir den Weg zur erstmaligen Zertifizierung in zwölf Monaten. Es ist ein schwieriger Prozess für eine kleine Mine wie unsere. Von Jahr zu Jahr werden die Kriterien für die Zertifizierung, die jedes Jahr erneut vergeben wird, anspruchsvoller. Die Erfüllung der Standards bedeutet viel Arbeit und Kosten vor allem wegen externem Fachpersonal, das wir dazu benötigen.“ Zusätzlich hatte Rosa Reyes als Frau in einer traditionell männerdominierten Branche und in einem Land, wo Frauen kaum in Führungspositionen sind, keinen einfachen Start. Erst durch viel Arbeit konnte sie sich die Wertschätzung ihrer Kollegen verdienen.

Die Mühen haben sich gelohnt. Aurelsa ist selbständiger Direktexporteur des gewonnenen Goldes und benötigt keine Zwischenhändler. Durch die Prämien, die der Käufer als Aufschlag für fair abgebautes Gold zahlt, konnte die Organisation bereits eine Reihe an Verbesserungen durchführen. Mittlerweile ist die Nachfrage nach fairem Gold so hoch, dass bereits im Vorhinein bezahlt wird. Die laufenden Kosten sind dadurch gedeckt und die *mineros* (Bergarbeiter) in Aurelsa können gut arbeiten und verlässlich liefern.

Die Zustände im Goldbergbau sind oft verheerend

Die Geschichte von Aurelsa ist ein Vorzeigebispiel und immer noch ein seltener Ausnahmefall. Die Zustände im Goldbergbau sind oftmals andere: Minenarbeiter im handwerklichen Kleinbergbau werden häufig durch gesetzliche Vorschriften in die Illegalität gedrängt. Dadurch werden unprofessionelle Arbeitsmethoden sowie die Ausbeutung der Arbeiter erleichtert. Für Rosa Reyes ist es „bedauernswert, dass die Regierung Perus den Kleinbergbau nicht als Möglichkeit der Lösung eines großen sozialen und wirtschaftlichen Problems unterstützt, sondern vielmehr Hürden auferlegt, die nur wenige Minenorganisationen erfüllen können.“

Kinderarbeit, Niedrigstlöhne oder überhaupt keine Ausbezahlung der Löhne über längere Zeiträume, fehlende Schutzausrüstungen sowie Arbeitstemperaturen unter Tage von bis zu 50° C stehen an der Tagesordnung. Viele Minenarbeiter sind von schweren Krankheiten durch das Einatmen giftiger Dämpfe und des Staubes betroffen: Etwa ein Viertel aller Minenarbeiter in Südafrika leiden an der potentiell tödlichen Lungenkrankheit Silikose, viele weitere an Tuberkulose. Eine entsprechende Behandlung erhalten sie meist nicht. Auch erhöhte HIV-Raten sind nachgewiesen.

Tödliche Unfälle sind oft die Folge nicht eingehaltener Sicherheitsvorkehrungen. Am Ende eines Monats steigt die Zahl der Todesfälle, denn da wird der Druck auf Minenarbeiter größer: Um die erforderliche Menge Gold zu gewinnen, wird noch tiefer gegraben, es werden noch größere Risiken eingegangen. Im Schnitt stirbt für die Gewinnung von drei Tonnen Gold ein Bergarbeiter. Nach anderen Angaben sterben sogar drei Bergarbeiter pro Tonne ge-

fördertes Gold. Zusätzlich entstehen schwere Umweltschäden durch Gifte, die in Böden und Flüsse gelangen und dadurch die Trinkwasser- und Nahrungsgrundlage ganzer Regionen gefährden. Trotzdem arbeiten weltweit geschätzte zehn Millionen Menschen im Kleinbergbau. Diese haben meist noch Familien zu ernähren, sodass die Lebensgrundlage von insgesamt etwa hundert Millionen Menschen davon abhängt.

Auch im großindustriellen Bergbau herrschen oftmals menschenrechtswidrige Zustände. Menschen werden zwangsumgesiedelt, um Platz für neue Minen zu schaffen. Die Ablösen, die bezahlt werden, sind meist viel zu niedrig. Dass Minenriesen eine Region wirtschaftlich unterstützen, ist ein Irrglaube. Das Geld bleibt bei den Konzernen. Viele der rohstoffreichsten Gegenden, in denen sich große Goldminen angesiedelt haben, gehören zu den ärmsten Regionen.

Für Rosa Reyes hatte Gold vor ihrer Tätigkeit im Kleinbergbau keine besondere Bedeutung, es war nicht mehr als ein schimmerndes Metall. „Erst als ich in einer kleinen Firma im handwerklichen Bergbau im Süden Perus zu arbeiten begann, lernte ich die Kraft und Wichtigkeit von Gold kennen. Nicht als ein Luxusgut, sondern dafür, was es für Tausende von Männern und Frauen bedeutet, die darin eine Möglichkeit sehen, der Armut zu entfliehen und ihre Familien in Würde zu erhalten. Auch mir persönlich gab es die Möglichkeit, zu meiner jetzigen Position zu kommen. Heute fühle ich mich diesem wertvollen Metall verpflichtet, weil es die Möglichkeit bietet, eine nachhaltige Entwicklung für handwerkliche Kleinbergbauern zu erzeugen, die das Gold aus dem Innersten Perus gewinnen.“

Die Alternative: das Fairmined-Gütesiegel

Die *Alliance for Responsible Mining* (ARM) mit Sitz in Kolumbien setzt sich seit vielen Jahren für verantwortungsvollen Kleinbergbau ein. ARM hat den ersten Standard für verantwortungsvollen Gold-Kleinbergbau und in der Folge das Fairmined-Gütesiegel entwickelt. Heute bietet es eine Möglichkeit für Konsumenten wie für Unternehmer, fair gewonnenes Gold zu kaufen. Fair bedeutet die Stärkung und Entwicklung von Kleinbergbauorganisa-

tionen, die Förderung von Arbeitnehmerrechten und sozialer Entwicklung sowie verbessertes Umweltmanagement und Umweltschutz beim Goldabbau.

Konkret werden folgende Standards garantiert: Kinderarbeit für unter 15-Jährige ist ausnahmslos verboten, für Jugendliche bis 18 Jahre gibt es spezielle Schutzvorschriften; auch Frauenrechte werden ausdrücklich respektiert. Die Arbeitsmethoden im Bergbau werden verbessert durch verpflichtende Schutzausrüstungen sowie Schulungen für die *mineros* zum Thema Sicherheit. Mit Chemikalien (Zyanid und Quecksilber) muss verantwortlich umgegangen werden. Das bedeutet eine minimale Verwendung oder, wenn möglich, ein kompletter Verzicht auf diese Stoffe. Die Kleinbergbauorganisationen erhalten einen fixierten Mindestpreis für das gewonnene Gold und zusätzlich eine Prämie in der Höhe von \$ 4.000,- pro Kilo Gold, die für Investitionen in ökonomische, soziale oder ökologische Projekte vorgesehen ist. Es handelt sich dabei um einen Anreiz, die finanziellen Hürden, die mit der Fairmined-Zertifizierung verbunden sind, auf sich zu nehmen. Zudem werden die Organisationen darin gestärkt, unternehmerisch zu agieren und ein Bewusstsein für ihre soziale und ökologische Verantwortung zu entwickeln. Der Fairmined-Standard garantiert außerdem Meinungsfreiheit und andere Arbeitsrechte.

Die Gold-Kleinbergbauorganisationen mit Fairmined-Zertifizierung werden jährlich mehr. Viele sind im Prozess in Richtung Zertifizierung, so die Österreicherin Conny Havel, Marketingkoordinatorin für Fairmined bei ARM. Die ehemalige Niederösterreicherin arbeitet seit über zwei Jahren in Kolumbien bei ARM, um sich dem Gold-Thema im Kleinbergbau intensiver zu widmen. Conny Havel möchte durch ihre Arbeit auch die KonsumentInnen auf ihre Verantwortung aufmerksam machen: „Gold steht für Luxus, Gewinn, Wertschätzung. Mit Gold feiern wir besondere Anlässe, geben unserer Liebe Ausdruck und zeichnen Erfolge aus. Dies sollte nicht auf Kosten anderer oder unserer Umwelt passieren. Mit Fairmined kann man einen positiven Beitrag leisten, mit dieser Sicherheit ist das Gold doppelt so viel wert.“ ARM unterstützt Minen nicht nur konkret im Zertifizierungsprozess, sondern arbeitet auch mit Minen, die von einer Zertifizierung noch weit entfernt sind. „Hier geht es um erste kleine Schritte wie beispielsweise im Projekt *Somos Tesoro*



Arbeiter der Goldmine Aurelsa

Foto: : Alliance for Responsible Mining (ARM)

(„Wir sind ein Schatz“), das sich die Reduzierung von Kinderarbeit im kolumbianischen Gold-Kleinbergbau zum Ziel gesetzt hat“, so Conny Havel.

Die Schmuckindustrie hat reagiert. International arbeiten viele Goldschmiede und Juweliere bereits mit fairem Gold. Dies nicht nur mit dem Fairmined-Gütesiegel, die *Fairtrade Foundation* hat ein ähnliches Gütesiegel für Gold entwickelt. Die Marke *Chopard* hat mit der *Green Carpet Collection* ein Umdenken in Richtung Nachhaltigkeit auch im Luxusbereich eingeleitet und Fairmined-Schmuck nicht nur salon- sondern sogar roten-Teppichfähig gemacht. Aus der Aurelsa-Mine stammt auch die erste faire Goldmünze, die 2014 von der Luxemburger Zentralbank geprägt wurde.

Österreich trägt vor allem durch die Münzproduktion der Münze Österreich eine entscheidende Verantwortung im Bereich des Goldbergbaus – bis zu 3% der Weltgoldproduktion fließen in unser kleines Land. Der in Wien ansässige Verein *Association for Fair and Responsible Gold*, der als Folge einer Initiative der Autorin entstanden ist, unterstützt das Thema und setzt sich für unbelastetes Gold ein. Seit März 2016 ist die *Ögussa*, Österreichs wichtigster Goldlieferant für Goldschmiede, Fairmined-zertifiziert. Und wieder ist ein kleiner Schritt getan – ein Schritt in die richtige Richtung. ■

Die Autorin ist Goldschmiedin und Menschenrechtsjuristin. Seit vielen Jahren engagiert sie sich für faires Gold. www.carolinekerschbaumer.at

BERGWERK PERU – REICHTUM GEHT, ARMUT BLEIBT

Angesichts geteilter Meinungen zum Thema „faires Gold“ in der Reaktion bringen wir neben obigem Beitrag auch einen Offenen Brief der Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“ aus Deutschland in Auszügen:

Die Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“ unterstützt ausdrücklich Bemühungen, die den fairen Handel fördern, aber erhebt Bedenken gegen die Einführung von sogen. „fairem Gold“, denn:

1. Das Fairtrade-Siegel erhalten auch Minen, die (bis auf singuläre Ausnahmen) auch mit Zyanid oder Quecksilber arbeiten; wir halten dies ökologisch und gesundheitlich für hoch problematisch – überdies ist dieses

Fairtrade-Siegel insofern eine Irreführung, als deutsche Käufer meist denken, dass Fairtrade zugleich auch ökologisch unbedenklich bedeute.

2. Bei der Bezeichnung „faires Gold“ schwingt mit, dass man etwas Gutes tue für die Menschen in Ländern des Südens; wir bezweifeln, dass es sinnvoll ist, Menschen Goldabbau als Perspektive zum Lebensunterhalt attraktiv zu machen, statt wirklich nachhaltiger und ökologisch und gesundheitlich unbedenklicher Tätigkeiten.

3. Das Angebot sogenannten „fairen“ Goldes lenkt ab von der Problematik des Goldabbaus generell und löst das Problem nur scheinbar:

⇒ von Seite 25: BERGWERK PERU

– Zum einen folgt auch dieses dem asymmetrischen ökonomischen Muster des Extraktivismus (Rohstoffe aus Ländern des globalen Südens werden ausschließlich im Norden weiterverarbeitet – mit dem entsprechenden Mehrwert dort; gleichzeitig werden die Rohstoffpreise ebenfalls vom Norden diktiert, hier von einer Handvoll Banken beim Londoner Goldpreis-Fixing – mit entsprechenden Manipulationsvorwürfen, etwa von US-Behörden gegen die Deutsche Bank);

– zum anderen meinen wir, dass es sofort möglich ist, grundsätzlich auf Goldabbau zu verzichten, weil bereits jetzt mehr als die Hälfte der Menge geförderten Goldes durch Recycling gewonnen wird. Zudem werden nur (noch) 10 % des geförderten Goldes technisch benötigt, und es wurden ohnehin schon 170.000 t Gold bis heute an die Erdoberfläche befördert, teils nutzlos in Tresoren gehortet.

4. Ein Angebot von Goldmünzen oder Barren aus „fairem Gold“ sowie jede Preisgestaltung übergeht die Tatsache, dass der Wert des Goldes weitgehend ein fiktiver bzw. spekulativer ist, denn seit 1971 (Ende des Bretton-Woods-Systems mit der Gold-Dollar-Parität) hat Gold seine Rolle im Weltwährungssystem verloren.

5. Es ist zu befürchten, dass das Angebot „fairen Goldes“ sogar dem Image des Fairtrade-Siegels und der Idee fairen Handels schadet. Bei allem Anerkennen des Bemühens um gerechte Handelsstrukturen und begleitende Sozialprojekte: Gold steht symbolisch wie kein zweites Produkt für eine koloniale Wirtschaft des Raubs und der gewaltsamen Ausplünderung. Auch „fares Gold“ bedient vor allem das Schmuckbedürfnis im reichen Norden oder gar Spekulant/innen und ist letztlich nur ein weichgespültes neokoloniale Modell auf Kosten der Menschen im globalen Süden. Ein bloßes Switchen von schmutzigem auf „fares“ Gold beseitigt die Probleme nicht, verdeckt sie allenfalls.

Aus all diesen Gründen lehnen wir die Einführung von „fairem Gold“ ab. Wo Gold wirklich nicht ersetzbar ist, verweisen wir auf Recycling-Gold.

Koordinationssteam der Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“, im März 2016, gez. Dr. Hartmut Heidenreich, gez. Michael Schrick, gez. Heinz Schulze
Weitere Infos: www.kampagne-bergwerk-peru.de

B
O
L
I
V
I
E
N

SEX, LÜGEN – UND KEIN HIJO

Lügendegebäude im Fall Zapata bricht zusammen

Sie dürfte Präsident Evo Morales die entscheidenden 1,3 Prozentpunkte im Wiederwahlreferendum vom 21. Februar gekostet haben. Doch die Story des „Enthüllungsjournalisten“ Carlos Valverde über einen angeblichen Morales-Sohn mit der blondierten Managerin Gabriela Zapata ist in sich zusammengebrochen.



Evo Morales mit Gabriela Zapata

Der Präsident hatte stets behauptet, man habe ihm nach Beendigung der Beziehung gesagt, das Kind sei gestorben. Dies ist neuerdings auch die Version der inhaftierten Mutter: nach zwei Jahren und acht Monaten, sagt sie. Zuvor hatte die Wortführerin der Familie in der Sache, die Tante der Mutter, bereits dementiert: Es gebe gar kein Kind. Der Generalstaatsanwalt hat eine Quittung gefunden, nach der diese Tante zusammen mit der Vermieterin von Frau Zapata einer Familie 5.000 USD gezahlt habe, damit diese ihren Sohn als den von Zapata und Morales ausgibt. Dazu kam es dann erst gar nicht, und es wäre sowieso nicht gut gegangen, denn der Präsident hatte sich unterdessen einem DNA-Test unterzogen.

Zudem konnte keinerlei behördliche Beurkundung der Existenz des Kindes gefunden werden. Auch keine Grabstätte. Der ebenfalls inhaftierte Anwalt von Frau Zapata, Eduardo León, bezeichnet diese inzwischen als krankhafte Lügnerin, die in psychiatrische Behandlung gehöre. Die Familie wiederum bezeichnet ihn als Drahtzieher der Geschichte. Carlos Valverde, der Journalist aus dem Umfeld des Morales-Widersachers und Präfekten des Departements Santa Cruz, Rubén Costas, hat sich nach Buenos Aires abgesetzt.

Ein moralischer Sieg auf der ganzen Linie? Es sieht so aus. Die Frage ist nur: Was ist er wert? Das Referendum ist und bleibt verloren. Und es bleiben die Korruptionsvorwürfe gegen Frau Zapata und das *Ministerio de la Presidencia* zu klären. Es geht dabei um Regierungsaufträge in Höhe von 500 Millionen USD, die Zapata als Geschäftsführerin einer chinesischen Firma requiriert haben soll. Und: cui bono? Aus welchem Grund tischt eine erfolgreiche junge Geschäftsfrau ihrem Land eine

solche Geschichte auf? Ungeachtet der Frage, ob sie wirklich psychisch krank ist, oder inwieweit es sich um einen Coup der Opposition gehandelt hat, war dies deren größter Erfolg in den vergangenen zehn Jahren. Dass der nicht auf substanziellem politischem Handeln beruht, sondern auf einer Intrige, spricht Bände.

Schon fordern soziale Bewegungen eine Wiederholung des Referendums. Der Präsident winkt ab: Das stehe nicht zur Debatte – einstweilen. Jedenfalls wäre es als Antwort auf die Niederlage im Referendum weder angemessen noch ausreichend. Denn hinter dem Einbruch um 20 Prozent gegenüber dem Wahlziel und mindestens 10 Prozent gegenüber den letzten Ergebnissen steckt ein profunder Erosionsprozess. Morales und seine MAS müssen eine durch Korruptionsskandale und widersprüchliche Diskurse verlorene Glaubwürdigkeit wieder herstellen. Und sie müssen den *Proceso de Cambio* auf eine breitere Basis stellen. Die Rahmenbedingungen dafür sind zuletzt nicht besser geworden. Die Konjunktur der hohen Rohstoffpreise ist zusammengebrochen und man ist nicht mehr uneingeschränkt von befreundeten Nachbarn umgeben.

Der bolivianische Soziologe Fernando Mayorga sieht die Niederlage der MAS im Referendum als Herausforderung. Bis zur Präsidentschaftswahl 2019 müsse es um die „Institutionalisierung der Bewegung(en) jenseits einer personalisierten Führung“ gehen; um die Bewahrung der Umverteilungspolitik unter schlechteren internationalen Konjunkturen und um die Institutionalisierung des „plurinationalen Staates“ durch eine Dezentralisierung mit Autonomien.

Robert Lessmann

IM ROLLSTUHL NACH LA PAZ

Seit Jahresbeginn finden in ganz Bolivien Protestaktionen von Behinderten statt, die von der Regierung eine monatliche Unterstützung verlangen. Im April marschierten sie in die Hauptstadt, wo sie von einem Polizeikordon und Pfefferspray empfangen wurden. Ein Augenzeugenbericht

von Ralf Leonhard

Es ist ein bunter Haufen, der da durch die Hauptstraßen von La Paz zieht. Hochlandindios im Rollstuhl, Männer und Frauen, die einbeinig an der Krücke über den Asphalt humpeln, geistig behinderte Kinder, die von einem Elternteil geschoben werden. Seit Wochen demonstrieren Boliviens Behindertenverbände fast jeden Tag. Marcelo Vásquez aus der Hauptstadt Sucre, der seinen Rollstuhl mit den Händen vorantreibt, führt den Marsch an. Um den Hals hat er die rot-gelb-grüne Fahne Boliviens gebunden, auf dem Kopf trägt er einen breitrempigen Lederhut. „Wir lassen uns nicht vertreiben und nicht einschüchtern“, versichert er – auch wenn der Protest lebensgefährlich ist. Drei Kameraden seien seit Beginn der Proteste bereits gestorben, an der Kälte oder nicht behandelten Krankheiten. Zwei wurden von einer betrunkenen Autofahrerin in der Stadt Cochabamba – offenbar absichtlich – niedergemäht.

Die Plaza Murillo, der prächtige Hauptplatz der bolivianischen Metropole La Paz, ist an allen Zugängen abgeriegelt. Dutzende Polizisten, die ihre Helme und Schilde parat haben, wachen darüber, dass keine Gruppen vor den Amtssitz des Präsidenten vordringen können. Nicht einmal gegen Proteste der weit mobileren Bergarbeiter wurde der Platz derart hermetisch verbarrikadiert. Die Indaburo-Straße und Teile der Querstraße Calle Junín, nur zwei Häuserblocks weiter, sind mit Iglu-Zelten gesäumt, wie man sie auf jedem Campingplatz sehen kann. Vor einem sitzt Feliza Ali in ihrem Rollstuhl. Sie ist Vorsitzende der Behindertenorganisation COBOPDI.

Seit 25. April campieren um die 200 Behinderte an diesem Straßeneck. Die Hoffnung, dass Präsident Evo Morales sie empfangen würde, hat sich schnell zer schlagen. „Wir wurden von einem Polizeikordon und Pfefferspray empfangen“, er-

zählt Feliza. Die Polizisten hätten den Helfern, die die Rollstühle schieben, das Pfefferspray direkt ins Gesicht gesprüht. Die hätten die Rollstühle losgelassen. „Einige von uns sind dann die steilen Straßen hinuntergerollt und gegen die Schutzgitter geprallt“. Es habe mehrere Verletzte gegeben.

Regierung stellt sich taub

Feliza Ali teilt das Schicksal tausender Männer und Frauen in Bolivien. Die gelernte Sozialarbeiterin war vor 19 Jahren mit dem Bus in die Stadt Potosí unterwegs, als der Fahrer auf einer kurvigen Strecke offenbar einschlieft. Der Bus stürzte 70 Meter ab, sechs Passagiere überlebten den Unfall nicht. Feliza brach sich mehrere Rückenwirbel. Seither sitzt sie im Rollstuhl. „Das Schlimmste ist, dass dich plötzlich alle wie ein Kind behandeln“, sagt die 47jährige Frau, die den Job im Staatsdienst aufgeben musste. Man wollte ihr nur mehr Schreibarbeiten überantworten. „Ich bin keine Schreibkraft. Ich bin akademisch ausgebildet“, protestiert die Frau, die ihr Schicksal nicht so einfach hinnehmen wollte. Sie gründete eine

Behindertenorganisation, die menschenwürdige Lebensbedingungen fordert.

Behindertenorganisationen im ganzen Land protestieren seit Jahresbeginn. Sie wollten eine monatliche Rente von 500 Bolivianos durchsetzen. Das sind etwa 65 Euro. Zermürbt von der Abwehrhaltung der Regierung würden sie sich inzwischen mit der Hälfte bescheiden. Bisher bekommen Personen, denen eine Behinderung von mehr als 50 Prozent attestiert wird, jährlich einen Bonus von 1000 Bolivianos, Blinde bekommen 5000. Als die Regierung sich stur stellte, begannen 350 Behinderte aus allen Landesteilen am 21. März von der Stadt Cochabamba einen Marsch ins 384 Straßenkilometer entfernte und 3600 Meter hoch gelegene La Paz. Unterwegs hätten sie viel Solidarität erfahren, so Feliza Ali. Leute hätten ihnen Obst und Wasser gereicht. Sie durften in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen übernachten. Von der Präsident-

schaft erging darauf eine Instruktion an die indianischen Organisationen, den Behinderten Kost und Quartier zu verweigern.

Als Evo Morales 2006 die Präsidentschaft antrat, hegten alle Minderheiten im Land Hoffnung, auch die Behinderten. Gleich im ersten Amtsjahr wurde denn auch ein Nationaler Plan für Gleichheit und Chancengleichheit (PNIEO) verabschiedet. 2008 widmete die Regierung 40 Millionen Bolivianos für die Umsetzung von zehn großen Programmen. Doch davon wurde kaum etwas durchgeführt. Also organisierten die Behindertenverbände 2012 eine große Karawane. Schließlich wurden sieben Millionen Bolivianos für 22



Feliza Ali ergibt sich nicht passiv in ihr Schicksal

Produktionsprojekte wie Schusterwerkstätten ausgegeben. 600 Personen profitierten davon. Erst 2015 wurden 20 Millionen Bolivianos für 20.000 Behinderte ausgeschüttet. Damals waren 22.112 Personen als schwer behindert registriert.

Die Regierung weist die Forderung nach einer monatlichen Rente von 500 Bolivianos mit dem Argument zurück, ihre Politik setze auf Inklusion, nicht auf Mildtätigkeit. „Diese Rente hat mit Mildtätigkeit nichts zu tun“, wehrt sich Feliza Ali, „sie schließt gerade einmal die Kluft zur nicht behinderten Bevölkerung. Denn Behinderte müssen für Transport und Medikamente mehr ausgeben als andere. Marcelo Vásquez hat einen drastischen Vergleich: „Die 1000 Bolivianos, die wir jährlich bekommen, reichen gerade für eine Windel täglich“. Die meisten Querschnittgelähmten können ihre Schließmuskeln nicht kontrollieren und sind auf Windeln angewiesen. ■

BASISNAHE UND LEISTBARE INKLUSION BEHINDERTER

Die Lage Behinderter in Bolivien ist schwierig, auch wenn sich die Regierung zu ihrer Inklusion bekennt. Die österreichische Hilfsorganisation *Licht für die Welt* unterstützt beispielhafte Projekte basisnaher Therapie.

Von Ralf Leonhard

Gustavo Andrés hat Schuhgröße 26 und trägt die Kleidung eines Fünfjährigen. Er passt in einen Kinderwagen und bringt 13 Kilo auf die Waage. Alle nennen den jungen Mann, der mit seiner Mutter in einem Außenbezirk von Boliviens größter Stadt Santa Cruz lebt, Gustavito. Niemand würde vermuten, dass im Körper dieses hilflosen Kindes ein Achtzehnjähriger steckt. Die fragilen faltigen Händchen klammern sich oft an die Finger seiner Mutter Victoria Lili. Die Augen flackern unruhig hin und her. Das eine ist völlig blind, mit dem anderen kann Gustavito Lichtimpulse wahrnehmen.

Gustavito kam als Siebenmonatskind, aber völlig normal auf die Welt, erzählt seine Mutter. Dann hätten ihm die Ärzte eine Injektion verabreicht, die ihn stärken sollte. Das Gegenteil war der Fall. Er drohte den Medizinerinnen unter den Händen wegzusterben. Mit einer weiteren Injektion retteten sie sein Leben. Aber schon damals konnten sie der Mutter voraussagen: Dieses Kind wird nicht wachsen. Zerebralparese – Gehirnlähmung – lautete die Diagnose. Victoria Lili war damals 34 Jahre alt und hatte schon vier Kinder in die Welt gesetzt. Ihr Ehemann machte sich bald aus dem Staub. „Er hatte schon damals eine andere und lässt sich bei seinen Kindern nicht mehr blicken“, sagt Victoria Lili. Vier Enkel wohnen bei ihr im Haus. Der dreijährige Andrés wuselt aufgeregt herum. Die Cousinen Cecilia und Mary Laura, zwölf und elf Jahre alt, halten sich schüchtern im Hintergrund. Der 13jährige Carlos Jesiel taucht erst später auf.

Gustavito hat Besuch vom Team der Organisation *Cenaid*, die sich in Santa Cruz und einigen umliegenden Gemeinden für Rechte von Behinderten und gemeindenaher Rehabilitation einsetzt. Patienten müssen nicht mehr in eine zentrale Klinik fahren, sondern können in ihrem Wohnbezirk betreut werden. Die Betroffenen sparen Zeit und Transportkosten, was bei den

geringen staatlichen Leistungen eine entscheidende Erleichterung darstellt. Die Schulungen des Gesundheitspersonals macht *Cenaid*, die von der Behindertenrechtsorganisation *Licht für die Welt* unterstützt wird. Die Therapeuten werden dann vom Staat bezahlt.

Die meisten Paarbeziehungen halten der Belastung nicht stand, weiß der Psychologe César David Flores, der mit behinderten Kindern und deren Eltern arbeitet. In den allermeisten Fällen ist es der Vater, der die Familie verlässt. Selten, aber doch bleibt der Vater mit dem Pflegefall zurück, etwa wenn die Mutter stirbt. Es dauert zwei Jahre oder länger, bis die Eltern es akzeptieren können, dass sie den Rest ihres Lebens für ein schwer behindertes Kind da sein müssen. „Das ist wie die Trauerzeit nach einem Todesfall. Alles, was über zwei Jahre hinausgeht, ist pathologisch“, so Flores.

Victoria Lili war die ersten Jahre sehr allein mit ihrem Kind, das nicht wachsen wollte und nicht sehen konnte. Sie musste ihren Frisiersalon verkaufen und einen Kredit aufnehmen, um die Last zu schultern. Jetzt kann sie immerhin halbtags als Angestellte in einem Salon arbeiten. Gustavito schläft oft den Tag durch. So kann sie ihn in die Arbeit mitnehmen. Von *Cenaid* hat sie gelernt, wie sie Gustavitos Finger massieren muss.

Ganzheitliche Therapie

Obwohl sich in den vergangenen Jahren die Gesetzeslage für Behinderte verbessert hat, besuchen in Bolivien nur drei Prozent der Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung regelmäßig die Regelschule. Weitere vier Prozent werden in Sonderschulen betreut. Die Arbeitslosenrate von behinderten Menschen wird auf 90 Prozent geschätzt. Wie im Fall von Gustavito ist oft die unzureichende oder falsche medizinische Versorgung schon bei der Geburt Ursache für Behinderungen.

Verkehrs- und Arbeitsunfälle sind häufig. Programme für Prävention, Früherkennung und Rehabilitation sind rar. Früher hat *Cenaid* einfach einzelne Kinder betreut. Seit *Licht für die Welt* sie mit der ganzheitlichen gemeindebasierten Therapie vertraut gemacht habe, so Elisa Salgado, Gründerin und Direktorin der Organisation, und Personal, sogenannte *habilitadores*, ausgebildet wird, habe sich die Effektivität der Arbeit vervielfacht.



Foto: Ralf Leonhard

Eine falsche Injektion machte Gustavito zum Pflegefall

Licht für die Welt setzt sich auch in den Gemeinden Concepción und San Ignacio für basisnahe Betreuung und Inklusion ein. In der Stadt San Ignacio, einer Gründung des Jesuitenordens mit kolonialem Charme, hat sich die Partnerorganisation *FASSIV (Fundación de Ayuda Social de San Ignacio de Velasco)* um die Inklusion verdient gemacht. Sie hat ein Jugendorchester gegründet, in dem behinderte und nicht behinderte Kinder an Instrumenten ausgebildet werden und miteinander musizieren. Kinder wie die blinde Victoria oder die schwer sehbehinderte Ana Gabriela gehen in Regelklassen und bekommen am Nachmittag bei *FASSIV* Förderunterricht. Die Schulkameraden seien sehr hilfsbereit, sagt Netty de Ardaya, die Direktorin des *Instituto Austria*. Die Lehrerinnen und Lehrer werden durch ein neues Gesetz angehalten, Braille oder Gebärdensprache zu lernen. Denn die Inklusion, die lange Zeit von wenigen Organisationen gefordert wurde, ist inzwischen auch ein staatliches Ziel. ■

Der Autor hat im Mai auf Einladung von *Licht für die Welt* Bolivien besucht.

HUMANITÄRER ENTWICKLUNGSPLAN IN DER WARTESCHLEIFE

Autonomie und Solidarwirtschaft bei den indigenen Völkern an der Pazifikseite Nicaraguas

Bereits zum zweiten Mal fühlen sich die ca. 330.000 Indígenas, die weit verstreut auf der Pazifikseite, im Zentrum und im Norden Nicaraguas leben, von der Regierung Daniel Ortegas übergangen. War es 2012 ein von der zuständigen Parlamentskommission für sie eingebrachtes Autonomiegesetz, das niemals auf die Tagesordnung der *Asamblea Nacional* gesetzt wurde, so ist es heute ein mit Unterstützung der österreichischen ADA und der dänischen IBIS von ihnen erarbeiteter *Plan de Desarrollo Humano* (Humanitärer Entwicklungsplan), der seit einem halben Jahr auf seine Umsetzung wartet. In beiden Fällen war der Schreiber dieser Zeilen am Zustandekommen der Projekte maßgeblich beteiligt.

Von Leo Gabriel



Treffen der autoridades indígenas in Sebaco, Herbst 2015

Es war vor fast genau acht Jahren, als sich an einem bewölkten Augusttag des Jahres 2008 etwa zwei Dutzend der *autoridades indígenas* aus den verschiedensten Teilen der Pazifik-, Zentrums- und Nordregion Nicaraguas in einer nicht allzu großen Scheune an der Landstraße von Masaya nach Granada versammelten. Sie waren gekommen, um ihr Wissen im Rahmen eines von der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit finanzierten Projekts zur Entwicklung der *medicina tradicional* auszutauschen, jener Medizin, die bis heute von Hebammen (*parteras*), Kräutersammlern (*hierberos*), Knochenmassagisten (*sobadores*) und Spezialisten gegen Schlangenbisse ausgeübt wird.

Aber ihr wirkliches Anliegen war ein anderes. Sie wollten vor allem ihr Leid loswerden, indem sie einander erzählten, wie ihre Gemeinden immer wieder von Grundbesitzern, Politikern jedweder Couleur und transnationalen Unternehmen überrannt wurden – „so als würden wir gar nicht existieren“. Tatsächlich wissen auch heute noch die wenigsten NicaraguanerInnen, dass es an der dem Pazifik zugewandten Seite überhaupt Indígenas gibt.

Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere auch noch, dass die Septemberrevolte im Jahr 1978 in Monimbó, dem indianischen Stadtteil von Masaya 30 km von der Hauptstadt entfernt, begonnen hatte, vielleicht auch, dass die indigenen *Sutiavas* in der ehemaligen Hauptstadt

León ein besonders kämpferisches Völkchen waren, das gegen die Schergen Somozas heftigen Widerstand geleistet hatte.

Die unsichtbaren Völker

Aber davon, dass es in den nördlichen und nordöstlichen Departements Chinandega, Madriz, Nueva Segovia, Jinotega und Matagalpa 166.000 Abkömmlinge der *Chorotegas* gibt, die in 405 Gemeinden leben; dass bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts die aus El Salvador zugewanderten *Cacaoperas* in Matagalpa und Jinotega regelrechte Volksaufstände inszeniert hatten; dass die *Xiú*, zu denen auch die *Sutiavas* gehören, bis heute in der Gegend von León und Chinandega leben; und dass schließlich im südlichen Departement Rivas nahe der Grenze zu Costa Rica etwa 20.000 aus Mexiko stammende *Nahoas* überlebt haben – daran erinnerten sich in Nicaragua nicht einmal die Anthropologen.

Es ist mehr als bezeichnend, dass im Unterschied zu den Indigenen an der Karibikküste Nicaraguas keines dieser Völker mehr seine ursprüngliche Sprache spricht – wenn man von wenigen Experten absieht, die heute versuchen, diese Sprachen wieder zu erlernen.

All das schwang an jenem denkwürdigen Augusttag mit, an dem sich die *autoridades indígenas* versammelt hatten, von denen einige zu Obmännern ihrer so genannten *juntas directivas* gewählt worden waren und andere wieder die *consejos de ancianos* (Altenräte) oder die so genannten *monexicos* (monoethnische Territorien) vertraten.

Zunächst klagten einander diese indigenen Autoritäten stundenlang ihr Leid, wie etwa die Vertreterin von Salinas de Nahualapa im Departement Rivas, wo ein mit Daniel Ortega persönlich bekannter US-Amerikaner namens Christopher regelmäßig mit einem Luftdruckgewehr auf die Indígenas schoss; oder jener des relativ wohlhabenden Sebaco, wo auf Betreiben der *Compania Arrozera*, im Eigentum von Familienangehörigen des Sandinistenkommandanten Bayardo Arce, dem demokratisch gewählten Vorstand der Indígena-Gemeinde die Rechtspersönlichkeit

⇒ von Seite 29: NICARAGUA/HUMANITÄRE ENTWICKLUNGSPLAN ...

kurzerhand abgesprochen wurde; oder im Fall des Sees von Apanas, den eine spanisch-nicaraguanische Elektrizitätsgesellschaft als ihr Eigentum betrachtete, ohne den Indianergemeinden auch nur einen Cent an Pachtzins zu bezahlen.

„Es genügt nicht zu jammern, wir müssen etwas unternehmen, und zwar relativ rasch“, sagte schließlich der indigene Führer von Jinotega, Miguel Angel Gómez: „Was wir brauchen, ist eine *Autonomie!* So wie unsere Brüder und Schwester an der Atlantikküste“.

Der Kampf um Anerkennung der Autonomie

Dabei war es klar, dass angesichts des Umstandes, dass es sich bei der *Red de los Pueblos indígenas del Pacífico, Centro y Norte de Nicaragua* (Red PCN – Netzwerk der indigenen Völker der Pazifik-, Zentrums- und Nordregion Nicaraguas) im Unterschied zur Atlantikküstenregion nicht um ein zusammenhängendes Territorium handelte, sondern um ein weit verzweigtes Netzwerk oft auch voneinander isolierter Gemeinden. Es musste also eine Form gefunden werden, die diesem komplexen Gefüge auch entsprach.

Um diese Form eines interkulturellen Netzwerks von 22 Indígena-Völkern auch juristisch abzusichern, bedurfte es eines eigenen Autonomiegesetzes, das sich sowohl auf bestimmte Artikel in der nicaraguanschen Verfassung als auch auf gewisse internationale Instrumente stützt, wie das seit langem unterschriebene, aber erst vor etwas mehr als einem Jahr ratifizierte Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO oder die (gesetzlich bindende) Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker aus dem Jahr 2007.

Letztendlich war es dann in den ersten Apriltagen des Jahres 2011 so weit, dass der Entwurf in einer Generalversammlung der *Red PCN* Paragraph um Paragraph noch einmal diskutiert und konsensual zur Abstimmung gebracht wurde. Trotzdem dauerte es aber bis Juni 2012, bis ihn die mit diesem Gesetzesentwurf befasste und vom bekannten Anführer der Miskitoindianer Brooklyn Rivera geleitete *Comisión de Asuntos Étnicos, Regímenes Autónomos y Comunidades Indígenas* (CAERACI) der nicaraguanischen Nationalversammlung an das Parlamentsplenum wei-



terreichen konnte, wo er bis heute darauf wartet, auf die Tagesordnung gesetzt zu werden.

Entwicklungsplan wartet auf seine Umsetzung

Aber die Autonomie ist viel mehr als ein Gesetz, geht es doch bei ihr darum, die vom Staat den Indígena-Gemeinden zugestandenen Entscheidungskompetenzen auch tatsächlich wahrzunehmen und die damit verbundenen Rechte der indigenen Völker auch umzusetzen. Vor allem geht es den Indígenas um die Schaffung einer ihrer eigenen Kultur angepassten Lebensgrundlage, die ihnen im Verlauf der über 500-jährigen Kolonial- und Postkolonialgeschichte von den Grundbesitzern und Neusiedlern, unter denen sich auch viele der *Ex-compas* (ehemalige sandinistische Kämpfer) und *Ex-contras* (Konterrevolutionäre, die gegen die Sandinisten gekämpft hatten) befinden, entzogen wurde.

Aus diesem Grund schlug niemand geringerer als Präsident Daniel Ortega bei einem Treffen im Juli 2014 dem Schreiber dieser Zeilen vor, dass die Indígenas einen so genannten „Humanitären Entwicklungsplan“ (*Plan de Desarrollo Humano de los Indígenas PCN*) erarbeiten, den dann die staatlichen Institutionen mit Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit umsetzen würden.

Um dies zu bewerkstelligen, wurden innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren (2014–2016) im Rahmen eines von der ADA und IBIS kofinanzierten Entwicklungsprojekts mit dem Titel: „Stärkung solidarökonomischer Strukturen der Indígena-Gemeinden an der Pazifikseite, im Zentrum und Norden Nicaraguas“ über 30, überwiegend jüngere, Angehörige aller der Red PCN angeschlossenen Indígena-Gemeinden in drei Fach- und Sachgebieten ausgebildet: Grundlagen der sozialanthropologischen Forschung; lokale Entwicklung und interkulturelles Management

(Ökonomie und Ökologie); audiovisuelle und Radiokommunikation*).

Nach einer ziemlich aufwendigen Forschungstätigkeit, die von der sozioökonomischen Selbstdiagnose der einzelnen Gemeinden bis zur Ausarbeitung von regionalen Pilotprojekten reichte, wurde im November vergangenen Jahres schließlich der Humanitäre Entwicklungsplan von den einzelnen Indio-völkern in insgesamt sieben *asambleas territoriales* (regionale Indígena-Versammlungen) diskutiert und fertiggestellt.

Der Plan beinhaltet u.a. die Sanierung der Wasserressourcen in den von der Trockenheit auf Grund des Klimawandels besonders betroffenen Regionen; eine Kampagne zur Wiederaufforstung der verlorengegangenen Waldbestände in der Region Matagalpa und Jinotega; die Einführung eines Netzwerks von „Indianerpfeifen“ in der Region Rivas und auf der Insel Ometepe sowie die Belebung des Handels mit landwirtschaftlichen und kunstgewerblichen Produkten durch die Schaffung lokaler Märkte.

Ein besonderer Stellenwert kommt der Weiterentwicklung der so genannten *medicina tradicional* zu. Denn ursprünglich hatten sich die Indígena-Gemeinden auf Grund eines von der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Projekts zusammengeschlossen, das die Organisation und staatliche Anerkennung von *terapeutas de medicina tradicional* beinhaltete, zu denen Hebammen und Heilpflanzenexperten ebenso zählen wie Heilmasseur und Schamanen, die sich auf die Behandlung von Schlangenbissen verstehen.

Obwohl dieser Humanitäre Entwicklungsplan auch bei verschiedenen staatlichen Institutionen wie dem Ministerium für Familien- und Solidarwirtschaft MEFFCA und dem beim Außenministerium angesiedelten Vizeministerium für indigene Angelegenheiten auf großes Interesse gestoßen ist, lässt die Umsetzung auf sich warten. Denn wie immer im sandinistischen Nicaragua wartet jeder auf das berühmte „grüne Licht“ der Präsidentschaftskanzlei. Und das gibt es bisher nicht. Denn in einem Wahljahr wie diesem haben Daniel Ortega und sein Gefolge Wichtigeres zu tun, als sich um die 330.000 Indígenas der Pazifik-, Zentrum und Nordregion zu kümmern, die ja das Warten seit über 500 Jahren gewohnt sind. ■

*) siehe www.pueblosindigenaspcn.net

ALFREDO BAUER IST GESTORBEN

Erinnerungen an einen antifaschistischen Schriftsteller und engagierten Arzt in Buenos Aires

Von Raina Zimmering

1989 war ich während eines Studienaufenthaltes das erste Mal in Buenos Aires. Damals bestand noch die DDR, aber Honecker war bereits zurückgetreten. Mein Freund Pieter Siemsen hatte mir in Berlin im Vorfeld meiner Reise mehrere Adressen von seiner Familie und Freunden aus der Zeit seiner Emigration in Argentinien gegeben, die ich aufsuchen sollte. Darunter war auch Alfredo Bauer, der Arzt und Schriftsteller, mit dem ihn eine tiefe, oft widerspruchsvolle Freundschaft verband. Sie stammte aus seiner Zeit in der argentinischen Emigration während der 1940er Jahre, als sein Vater August Siemsen in Argentinien im Verein *Vorwärts* arbeitete und die Zeitschrift *Das andere Deutschland* gründete.

In Buenos Aires angekommen, wendete ich mich nur zögerlich an die Freunde von Pieter, denn schließlich kannte ich diese Leute nicht und sie mich ebenso wenig. Ich wollte sie nicht stören. Schließlich fasste ich mir ein Herz und rief Alfredo Bauer an. Schon am Telefon begrüßte mich eine sehr freundliche Stimme und zerstreute all meine Bedenken. Alfredo freute sich riesig, von seinem Freund Pieter zu hören, und lud mich sehr herzlich zu sich nach Hause ein. Ich nahm an. Als ich zu ihm kam, war der Tisch in der Veranda gedeckt. Er hatte eine zugewandte und lustige Art zu sprechen. Seine österreichische Liebesswürdigkeit und sein jüdischer Witz amüsierten mich vom ersten Augenblick an. Man musste ihn einfach gern haben. Alfredo stellte mir seine Frau Gerti vor, die ebenso freundlich wie er war und sich trotz ihres Alters sehr grazil bewegte. Sie war Tänzerin. Später kam noch sein ältester Sohn.

Alfredo erzählte mir von seinem Leben und seinen Büchern. Wir diskutierten viel, besonders über die Ereignisse in der DDR. Er wollte meine Meinung zu den politischen Prozessen damals im Herbst 1989 wissen. Ihn überraschten die Ereignisse in der DDR einerseits, doch andererseits war er weniger überrascht als ich, da er mit seinem kritischen Fernblick schon einiges geahnt hatte. Alfredo war zwar traurig, aber nicht deprimiert, sondern sah, entsprechend seinem unschlagbaren Optimis-

mus, eine Herausforderung in dem Geschehenen: Bei der nächsten Revolution sind wir klüger und dann klappt es bestimmt. Nach dem Treffen bei Alfredo entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft zwischen uns, die sich in mehreren Besuchen dort wie hier in Deutschland fortsetzte.



Damals nach dem ersten Besuch bei Alfredo in Buenos Aires 1989 organisierte er ein Treffen mit dem *Ateneo Argentino Alejandro Humboldt*, einer Organisation deutscher in Argentinien lebender Emigranten, die wegen rassistischer und politischer Verfolgung durch die Nazis nach Argentinien gekommen waren und geblieben sind. Alfredo Bauer leitete diese Organisation, die sich besonders dem Kulturaustausch mit der DDR widmete. Im *Ateneo Humboldt* sollte ich über die Ereignisse in der DDR sprechen und diese erklären. Alfredo saß im Präsidium neben mir, und das beruhigte mich sehr, denn oftmals konnte ich die Fragen der zahlreich erschienen Anwesenden nicht beantworten, da sich die Ereignisse während meines Aufenthalts in Argentinien überschlugen. Inzwischen war die Mauer gefallen und man wollte von mir umfassende Begrün-

dungen. Doch auch ich war überrollt wie die argentinischen Freunde und wusste nicht viel mehr als jene, die jahrzehntlang weit weg von Deutschland waren.

Alfredo stellte schließlich die grundsätzliche Frage, was man vom Sozialismus erwarte und wie diese Frage mit den Ereignissen in der DDR zusammenhängen könnte. Sein unschlagbarer Optimismus rettete mich. Immer wieder, wenn ich über das Ende der DDR nachdenke, erinnere ich mich an diese Diskussion im *Ateneo* und an Alfredo Bauer in Buenos Aires, weit weg von zu Hause, doch schon damals sehr aufschlussreich aus der Ferne, mit so viel Verständnis und Weisheit.

Nun erreichte mich die Nachricht vom Tod von Alfredo Bauer, nachdem ich eine Weile nichts mehr von ihm gehört hatte. Er ist am 21. Mai in einer Herzklirik in Buenos Aires im Alter von 91 Jahren gestorben. Ein arbeitsames und ausgesprochen kreatives Leben ist zu Ende gegangen. Alfredo Bauer hat uns ein reiches Erbe hinterlassen, und diejenigen, die ihn kennen, werden sein Bild immer mit sich und seine Bücher im Herzen tragen. Alfredo war Arzt, Schriftsteller und politischer Aktivist. Er praktizierte noch damals, als ich ihn kennen lernte und er schon in einem Alter war, in dem sich andere zur Ruhe setzen. Ruhe passte nicht zu ihm. Er praktizierte noch bis ins hohe Alter und schrieb bis zu seinem 91. Lebensjahr.

Alfredo Bauer wurde am 14. November 1924 in Wien in einer jüdischen Familie, als Sohn eines Kaufmanns und einer Pharmazeutin geboren und besuchte dort die Volks- und Mittelschule. Schon in der Schule erlebte er Diskriminierungen. Als 14-jähriger floh er 1938, kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland, zusammen mit seiner Familie nach Argentinien. Eine Tante ermöglichte der Familie die Einreise. Immer wieder betonte Alfredo Bauer, dass er nicht von Österreich vertrieben wurde, sondern von den Feinden Österreichs. In Buenos Aires besuchte er die deutschsprachige antifaschistische Pestalozzi-Schule, die 1935 von Dr. Ernesto Alemán, dem Besitzer des liberalen *Argentinischen Tageblatts*, als unabhängige Schule gegründet wurde. Es war

Foto: wina-magazin.at, 2012

⇒ von Seite 31: ALFREDO BAUER, NACHRUF

eine Art Gegenmodell zu den anderen 20 deutschen Schulen in Buenos Aires, die von der nazideutschen Botschaft gleichgeschaltet waren. Die Pestalozzi-Schule entwickelte sich mit dem Zulauf antifaschistischer Lehrer, die nach Argentinien migrierten, zu einem Zentrum antifaschistischer humanistischer Kultur. Ein Lehrer beeindruckte Alfredo Bauer durch seine Literatur- und Philosophiekenntnisse besonders. Es war August Siemsen, der ebenfalls wegen seiner Einstellung als linker Sozialdemokrat nach Argentinien vor den Nazis geflohen war. Siemsen vermittelte Alfredo Bauer ein materialistisch-historisches Gesellschaftsverständnis.

Nach Beendigung der Pestalozzi-Schule studierte Alfredo Bauer in Buenos Aires Medizin, promovierte zum Thema der „Schmerzarmen Geburt“ und praktizierte zuerst als Kinderarzt und später als Frauenarzt. Geburtsmedizin war sein Spezialgebiet, und ich vermute, dass gerade das seinen großen Optimismus begründete. Alfredo Bauer wurde 1941 Mitglied in der Jugendgruppe der antifaschistischen österreichischen Exilorganisation *Austria Libre*, die 2000 Mitglieder hatte, und er schrieb für deren Zeitschrift *Nueva Austria*. Auch trat er der jüdischen Organisation *Blau-Weiß* bei. 1946 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei Argentiniens. Alfredo Bauer arbeitete, seinen sozialistischen Intentionen folgend, mit dem antifaschistischen Verein *Vorwärts* zusammen, der 1882 von deutschen Sozialisten gegründet wurde, die wegen der Sozialistengesetze unter Bismarck nach Argentinien geflohen waren. Auch schrieb er für die Zeitung *Das andere Deutschland*, die von August Siemsen geleitet wurde. Die politischen Aktivisten im Umfeld des *Vorwärts* setzten sich kritisch mit dem Hitler-Stalin-Pakt auseinander und überwarfen sich mit anderen linken Emigrantengruppen und der III. Internationale. In diesem Zusammenhang lernte Alfredo Bauer auch Pieter, den gleichaltrigen Sohn von August Siemsen, kennen, der seinem Vater in die argentinische Emigration gefolgt war. Obwohl Alfredo Bauer sich frühzeitig nach seiner Ankunft gesellschaftlich und politisch im argentinischen Exil integrierte, brauchte er nach seinen eigenen Aussagen, 30 Jahre, um sich kulturell zu integrieren.

Die ersten literarischen Arbeiten von Alfredo Bauer waren 1944 Kleintheaterstücke für das von Walter Jacob gegründete deutschsprachige Theater *Freie Deutsche Bühne*, das überwiegend von Emigranten bespielt und besucht wurde. In dieser Zeit schrieb er auch für das *Argentinische Tageblatt*. Als ihm das Tagebuch seines Großvaters, der 1848 in der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland gekämpft hatte, in die Hände fiel, beschloss er größere Dinge zu schreiben. Die Ereignisse um das Tagebuch waren so einzigartig, dass er das Schreiben als eine neue Berufung empfand. Eine Tante, die dieses Tagebuch besaß, wurde ins KZ von Theresienstadt verschleppt, konnte das Tagebuch aber vorher noch verstecken. Sie überlebte das KZ und übergab das Tagebuch nach dem Krieg Alfredo Bauer. Aus diesem Tagebuch entstand der Stoff für sein erstes Buch, das er in Spanisch für die Argentinier schrieb. Er nahm an, dass die Europäer die europäische Geschichte sowieso kennen. Als er nach seinen ersten Besuchen in Europa mitbekam, dass nichts davon bekannt war, begann er sein zweites Buch zu schreiben: „*Die kritische Geschichte der Juden*“ und dieses Mal in Deutsch für die Deutschen und Österreicher.

An seinem Familienroman, der durch das Tagebuch des Großvaters ausgelöst wurde, schrieb er jedoch immer weiter, so dass daraus fünf Teile entstanden. Er verband in ihnen die Geschichte seiner jüdischen Familie mit den historischen Ereignissen der Zeit von 1838 bis 1938. Den Roman nannte er „*Los Compañeros Antepasados*“. Er erschien nach und nach in den 1970er und 1980er Jahren in Argentinien auf Spanisch. Die ersten beiden Bände wurden dann 1986 in der DDR ins Deutsche übersetzt publiziert und erst 2012 wurden alle fünf Teile unter dem Titel „*Die Vorgänger. Romanzyklus*“ von der Theodor Kramer Gesellschaft in Österreich in Deutsch herausgegeben. 2004 erschien seine heftig umstrittene „*Kritische Geschichte der Juden*“ in Deutsch. 2014 wurde das Buch „*Der sanfte Rebell. Bibelszenen*“ in Deutsch herausgegeben. Sein literarisches Werk umfasst mindestens 30 Werke, Romane, Essays, Erzählungen, Biographien, Gedichte, Reiseberichte, wissenschaftliche und politische Artikel.

Alfredo Bauer schrieb auch Theaterstücke und ein Opernlibretto für die Wiener Kammeroper zu einer Stefan Zweig-Oper. Er veröffentlichte Fachliteratur zur

Frauenheilkunde, Geburtsmedizin und sexologischen Themen. Er betätigte sich auch als Übersetzer, übersetzte Werke von Goethe, Heinrich Heine, Berthold Brecht, Peter Hacks, Jura Soyfer und Felix Mitterer ins Spanische und das argentinische Nationalepos „*Martin Fierro*“ von José Hernández ins Deutsche. Er trat auch regelmäßig in einem Radioprogramm auf, das er mit Gleichgesinnten jede Woche durchführte. Die meisten Bücher von ihm wurden in Argentinien und in der DDR, ab den 2000er Jahren dann verstärkt in Österreich veröffentlicht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dachte Alfredo Bauer mehrmals darüber nach, nach Europa zurück zu gehen. Er nahm mit Selbstverständlichkeit an, dass in Österreich und Deutschland die sozialistische Idee nach der Katastrophe der Nazi-Barbarei Fuß fassen würde. Doch mit der Zeit sah er, dass sich eine andere Entwicklung auftut und zögerte. Auch hatte er sich inzwischen familiär gebunden. 1952 heiratete er die aus Österreich stammende Kitty Eggerer, mit der er drei Kinder hatte. Seine Frau Kitty starb 1984. 1988 heiratete Alfredo zum zweiten Mal. Seine Frau wurde die ebenfalls aus Österreich stammende Tänzerin Gerti Neumann. Als Jude nach Israel zu gehen, kam ihm nie in den Sinn. Er sagte 2014 in einem Interview: „Ich war selbstverständlich für die Gründung Israels als Exil für die Entwurzelten, aber der Zionismus als Idee war mir nicht nur fremd, sondern – im ideologischen Sinne und ohne Hass gegen diejenigen, die dieser Idee anhängen – immer eine feindliche Strömung für mich.“¹

Zwischen 1976 und 1983 erlebte Alfredo Bauer das zweite Mal in seinem Leben eine Diktatur, dieses Mal die argentinische Militärdiktatur. Obwohl er durch seine guten Beziehungen zur DDR-Botschaft einigermaßen geschützt war, musste er um das Schicksal seiner Kinder bangen, denn in dieser Zeit war jung zu sein allein schon ein „Verbrechen“. Im Zusammenhang mit der Militärdiktatur kamen erneut Gedanken über eine Rückkehr nach Europa, obwohl es nun schon kaum eine Rückkehr sondern eher eine Emigration in umgekehrter Richtung gewesen wäre. Die Sorge um seine Kinder und die familiären und Freundes-Bindungen bewogen ihn schließlich zum Bleiben.



Foto: Herbert Neubauer, November 2014

Alfredo Bauer seit 1987 verbunden war. Es freute Alfredo Bauer sehr, dass er, besonders durch die Unterstützung von Erich Hackl, in den letzten zwei Jahrzehnten in Österreich als Schriftsteller und speziell Exilschriftsteller stärker wahrgenommen wurde. Eine Reihe seiner Bücher wurden von der Theodor Kramer Gesellschaft herausgegeben, er erhielt den Kramer-Preis und wurde zu Gesprächen in Schulen und verschiedene österreichische Organisationen eingeladen.

Alfredo Bauer schöpfte mit den sozialen Protesten 2001 und 2002 in Argentinien und der Regierungsübernahme durch demokratische Regierungen in Argentinien und den südamerikanischen Nachbarländern neue Hoffnungen. Besonders Cristina Kirchner verehrte er sehr. Er hatte die Erwartung, dass sich die neuen südamerikanischen Demokratien zusammenschließen und auf diese Weise gerechtere Gesellschaften errichten könnten.

Gegenüber seinem Heimatland Österreich hatte Alfredo Bauer ein gespaltenes Verhältnis. 1957 besuchte er das erste Mal nach dem Krieg wieder seine Heimatstadt Wien. Er wurde dort kaum wahrgenommen. Später wurde Alfredo Bauer wegen seiner Kritik an Heinrich Rüdiger Starhemberg in Österreich wegen Verleumdung vom Landesgericht St. Pölten verklagt. Heinrich Rüdiger von Starhemberg war Sohn des Fürsten Ernst Rüdiger von Starhemberg aus Oberösterreich, der Führer der austrofaschistischen „Heimwehrbewegung“ gewesen war.² Heinrich Rüdiger von Starhemberg verteidigte nach dem Krieg konservative Ideen und auf einer Veranstaltung in Argentinien verurteilte er die Enteignungsmaßnahmen des Großgrundbesitzes seiner Familie in herabwürdigender Weise. Alfredo Bauer schrieb einen Gegenartikel im *Argentinischen Tageblatt*, der dann vom *Standard* in Österreich nachgedruckt wurde. Und nun verklagte Starhemberg den *Standard* und Bauer wegen Verleum-

dung. Wegen Verleumdung kann man in Österreich zu einer Monate oder gar Jahre langen Freiheitsstrafe verurteilt werden.

Alfredo Bauer schrieb dem Gericht, dass er zum Prozess kommen würde, wenn ihm der österreichische Staat die Reise bezahlt. Wenn er dann tatsächlich verurteilt und eingesperrt werden sollte, würde er ein Buch über seine Erfahrungen als politischer Gefangener in einem österreichischen Gefängnis schreiben, was sicher ein Bestseller werden könnte. Der Prozess fand schließlich ohne ihn statt.³ Er wurde von der Staatsanwaltschaft freigesprochen, doch der Freispruch war in der ersten Instanz vorerst nicht endgültig, so dass weitere Instanzen folgen würden. Starhemberg legte folgerichtig Berufung ein. Der Kläger verstarb jedoch 1997 und der Freispruch für Alfredo Bauer wurde rechtsgültig. Im Jahre 2000 organisierte Alfredo Bauer über die Künstlergewerkschaft in Buenos Aires vor der österreichischen Botschaft riesige Protestdemonstrationen gegen Jörg Haider. Nach dem Tod von Jörg Haider besorgte ihn noch mehr der FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache.

Die andere Seite des Verhältnisses von Alfredo Bauer zu Österreich war durch Verbindungen zu österreichischen Freunden geprägt, mit denen er einen sehr kreativen und herzlichen Austausch hatte. Dazu gehörte in erster Linie der Schriftsteller Erich Hackl, der u.a. über lateinamerikanische und europäische Diktaturen schreibt, und mit dem

kurz vor seinem Tod waren schmerzvoll enttäuschend für ihn und stellten seinen Optimismus auf eine harte, wenn nicht zu harte Probe: die Angriffe auf die links-demokratische Präsidentin Cristina Kirchner und die Regierungsübernahme des rechtskonservativen Präsidenten Mauricio Macri in Argentinien und der große Zulauf, den der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Österreich 2016 erhielt.

Alfredo Bauer wurde 1982 und 1991 mit der Ehrenschiene *Faja de Honor* des Argentinischen Schriftstellerverbandes ausgezeichnet. Er erhielt 1987 den Jakob-und-Wilhelm-Grimm-Preis der DDR und 2002 den Theodor-Kramer-Preis als Exilliterat. 2010 erhielt er das Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien.

Am 25. Mai 2016 wurde Alfredo Bauer auf einem Friedhof in Buenos Aires beigesetzt. ■

Univ.-Prof. Dr. habil. Raina Zimmering ist Historikerin, Politologin und Soziologin. Sie lebt in Berlin.

¹ Interview mit Gerd Eisenbürger: *Der rassistische Verfolgte hielt sich für minderwertig. In: ila 154. April 1992*

² Großmann, Johannes: *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2014: 364*

³ Interview mit Erhard Stackl am 23. 10.2009

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

Präsident Danilo Medina wiedergewählt

„Das Volk hat gesprochen. Was sich hier ereignet hat, ist ein Sieg des Volkes“, so Präsident Danilo Medina nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 15. Mai, bei denen er laut offiziellen Zahlen der Zentralen Wahlkommission mehr als 60 Prozent der Stimmen erreichte.

Medina, der für die Dominikanische Befreiungspartei PLD (*Partido de la Liberación Dominicana*) kandidierte, behauptete sich gegenüber dem Unternehmer Luis Abinader, der für die Moderne Revolutionspartei PRM (*Partido Revolucionario Moderno*) antrat und 35 Prozent der Stimmen erreichte. Die übrigen sechs KandidInnen, unter denen sich zwei Frauen befanden, kamen gemeinsam auf nicht mehr als 3 Prozent aller Stimmen.

Neben dem Präsidenten und Vizepräsidenten wählten die mehr als 6,7 Millionen WählerInnen auch 32 SenatorInnen und 190 Abgeordnete, sowie 20 Abgeordnete für das Zentralamerikanische Parlament, 158 BürgermeisterInnen und 234 AmtsträgerInnen in den Gemeinden.

Laut Hochrechnungen von Mitte Mai errang die PLD über 24 SenatorInnen und 112 Abgeordnete und somit eine Mehrheit, die es ihr erlaubt, ohne große Schwierigkeiten zu regieren. Auch wenn die Regierungspartei in den meisten Gemeinden gewann, verlor sie in der Hauptstadt Santo Domingo, die in die Hände der PRM fiel und wo somit 14 Jahre Regierungszeit durch die PLD beendet wurden.

Danilo Medina wird am 16. August für ein neues Mandat von vier Jahren vereidigt werden. Allerdings wird er danach nicht erneut für das Präsidentschaftsamt und auch nicht als Vizepräsident kandidieren können. Die Nationalversammlung hatte

im Juni 2015 die Verfassung geändert und die Wiederwahl des Präsidenten auf eine einzige Amtsperiode begrenzt.

Eine der größten Herausforderungen, denen sich Medina stellen muss, ist die Reduzierung der Armut, von der laut der UN-Wirtschafts-

kommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL 35,5 Prozent der Bevölkerung betroffen sind, obwohl die Dominikanische Republik eine der am stärksten wachsenden Wirtschaften der Region ist.

„In den zwei vergangenen Jahrzehnten wurde die Dominikanische Republik zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaften des amerikanischen Kontinents, mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,4 % zwischen 1992 und 2014“, so die Weltbank. „Auch 2014 und 2015 war die Dominikanische Republik die am schnellsten wachsende Wirtschaft in Lateinamerika.“

ExpertInnen wie Pedro Silverio zufolge „zeigten die Anstrengungen zur Senkung der Armut am wenigsten Wirkung“. Das Wirtschaftsmodell habe keine Grundlagen für das Entstehen regulärer Beschäftigung geschaffen, die es der Bevölkerung ermöglichen würde, einen Weg aus der Armut zu finden. Auf der Grundlage von Daten der dominikanischen Zentralbank schätzt der Wirtschaftsexperte Miguel Ceara-Hatton die Arbeitslosenquote auf derzeit etwa 14 Prozent.

Die Migration aus Haiti ist ein weiteres Thema, für das Medina eine Lösung finden muss. Im Jahr 2013 entschied das Verfassungsgericht, dass Kinder von AusländerInnen mit irregulärem Status oder „im Transit“ kein Recht auf die dominikanische Staatsbürgerschaft hätten, auch wenn diese in der Dominikanischen Republik geboren sind. Diese Regelung bezieht sich auf alle Personen, die seit 1929 geboren wurden.

Die Maßnahme des Verfassungsgerichts, die von lokalen und internationalen Organismen stark kritisiert wurde, betraf eine halbe Million Menschen mit haitianischer Herkunft, die Gefahr liefen, abgeschoben zu werden. Laut Ceara-Hatton stammten sieben Prozent der vier Millionen ArbeiterInnen aus Haiti.

Die Regierung Medinas veranlasste daraufhin die Verabschiedung des Gesetzes 169-14, das seit Mai 2014 in Kraft ist und die Geburtsurkunden und Nachweise der Staatsangehörigkeit von Personen, die zwischen 1929 und 2007 auf dem Staatsgebiet der Dominikanischen Republik geboren sind, für gültig erklärt. Das Gesetz sieht ebenso die Schaffung eines Melderegisters für Personen vor, die im Land geboren, aber nicht registriert worden sind. Diese Maßnahmen erlauben es den Betroffenen, ihren rechtlichen Status zu regeln und die dominikanische Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Die CIDH kritisierte, dass Personen, die auf dominikanischem Gebiet geboren wurden und denen die dominikanische Staatsbürgerschaft zusteht, wie „Ausländer“ behandelt werden und sich, um die dominikanische Staatsangehörigkeit wiederzuerlangen, für die Einbürgerung entscheiden müssen.

„Zehntausende Personen und ihre Nachkommen haben noch immer nicht die Staatsangehörigkeit zurückerhalten und erhielten folglich auch keine wirkliche Wiedergutmachung für die willkürliche Aberkennung ihrer Nationalität und die Situation der Heimatlosigkeit, in der sie sich nach dem Urteil befanden“, schreibt die CIDH in einem Bericht, der am 31. Dezember 2015 veröffentlicht wurde.

Die CIDH legt nahe, „innerhalb einer sinnvollen Frist die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jegliche Regelungen verfassungsrechtlicher, gesetzlicher, ordnungs- oder verwaltungsrechtlicher Art sowie jegliche Anwendung, Entscheidung oder Interpretation für ungültig zu erklären, die darauf hinausläuft, dass der irreguläre Aufenthalt ausländischer Eltern dazu führt, dass eine Person, die auf dem Gebiet der Dominikanischen Republik geboren wurde, nicht die dominikanische Staatsangehörigkeit erhält“.

HONDURAS

Erneut Mord an Aktivistin

In Honduras ist erneut eine Aktivistin der Indígena-Organisation COPINH ermordet worden. Am 6. Juli wurde Lesbia Yaneth Urquía in der Nähe einer Abfallhalde in der Gemeinde Marcala (Provinz La Paz) gefunden. Der 49-jährigen dreifachen Mutter war der Schädel zertrümmert worden.

COPINH verurteilte umgehend die Tat: „Lesbia Yaneth war eine glühende Verteidigerin von Community-Rechten und Gegnerin der Privatisierungen der Flüsse in La Paz“. Urquias Ermordung bestätigte, dass es einen Plan gebe, um all jene verschwinden zu lassen, die sich für die Verteidigung der natürlichen Ressourcen einsetzten.

Der Mord an Lesbia Yaneth Urquía ist ein weiterer in einer Serie von Morden an AktivistInnen in Honduras. Am 2. März sorgte die Ermordung der COPINH-Gründerin und Aktivistin Berta Cáceres weltweit für Empörung. Nur zwei Wochen später war mit Nelson García ein weiteres COPINH-Mitglied von honduranischen „Sicherheitskräften“ erschossen worden.

Der jetzige Mord erhält zusätzliche Brisanz, nachdem im Juni mit Rodrigo Cruz ein mittlerweile ins Ausland geflohenes Mitglied einer militärischen Sondereinheit die Existenz einer schwarzen Liste bestätigt hatte, auf der die Namen und Fotos von Dutzenden sozialen und UmweltaktivistInnen stehen, mit dem Befehl, diese zu eliminieren. Cruz bestätigte damit die von Berta Cáceres vor ihrer Ermordung erhobenen Vorwürfe, die honduranischen Sicherheitskräfte seien direkt für die Ermordung von AktivistInnen verantwortlich.

Die Enthüllungen des honduranischen Militärangehörigen schlugen seitdem auch in Washington hohe Wellen. Die Kongressabgeordneten Hank Johnson und John Conyers hatten bereits kurz danach einen Gesetzentwurf ins Repräsentantenhaus eingebracht, der als „Berta Cáceres Human Rights in Honduras Act“ die Suspendierung jeglicher Unterstützung staatlicher honduranischer Stellen verfügen sollte, insbesondere für Militär und Polizei.

Erst im Sommer letzten Jahres war die militärische Spezialeinheit, in der Rodrigo Cruz gedient hatte, als Teil der „Nationalen Interinstitutionellen Sicherheitskräfte“ (FUSINA) von 300 US-Beratern, darunter Militär- und FBI-Angehörige, geschult worden. Allein in diesem Jahr sollen bereits 18 Millionen US-Dollar an die honduranischen „Sicherheitskräfte“ geflossen sein. Somit muss sich die US-Politik erneut mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie habe direkt Todesschwadronen ausgebildet.

Angesichts der Ermordung Lesbia Yaneth Urquías und der „derart elendigen Menschenrechtsbilanz der honduranischen Regierung“ forderten Johnson und Conyers am 8. Juli erneut die Suspendierung der

Hilfen für Militär und Polizei: „Solange die Vereinigten Staaten honduranische Sicherheitskräfte finanzieren, ohne dass sie Gerechtigkeit für die Bedrohten, Gefolterten und Ermordeten einfordern, solange haben wir Blut an unseren Händen“, so die beiden in einem offenen Brief.

Markus Plate, poonal

KOLUMBIEN:

Verhandlungserfolg nach Agrarstreik

Nach zwei Wochen massiver, landesweiter Proteste in Kolumbien sind aufgrund erster Einigungen zwischen der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos und den Organisationen der Protestierenden die Streiks beigelegt worden. Laut Berichten gingen die sozialen Bewegungen gestärkt aus dem Streik hervor und werten die Aktionen als vollen Erfolg. Vor allem Indigene, AfrokolumbianerInnen und KleinbäuerInnen hatten mit teilweise spektakulären Aktionen wie Hafengebäckungen mit Langbooten, Straßen- und Landbesetzungen sowie Massendemonstrationen gegen die neoliberale Umstrukturierung des Landes demonstriert. Zu den Protesten hatte seit dem 30. Mai das landesweite Bündnis „*Cumbre Agraria, Campesina, Étnica y Popular*“ aufgerufen.

Die nun durchgesetzten Verhandlungen sollen auf nationaler Ebene geführt werden. Erste Absprachen betreffen vor allem die Sicherheit der Streikenden und das Recht auf Protest. Der Vertreter der Regierung hat zugesagt, die Rechte der am Streik Beteiligten zu respektieren. Das Innenministerium, das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen und VertreterInnen der Streikenden unterzeichneten ein Dokument, in dem sich die Regierung verpflichtet, „Polizei und Militär konkret anzuweisen, friedliche Proteste nicht zu verhindern, einen vernünftigen Sicherheitsabstand zu den Protesten zu wahren und von illegalen Aktionen abzuhalten“. Die Vereinbarung ist eine Reaktion auf die auch von internationalen Menschenrechtsorganisationen erhobenen Vorwürfe gegenüber der Staatsmacht, in den zwei Wochen zuvor mit brutaler Härte gegen den Protest vorgegangen zu sein.

Bisher wurde von drei Toten und zahllosen Verletzten berichtet. Weiter kam es überall im Land zur Inhaftierung und Verschleppung von Demonstranten. Unter anderem wurden Protestierende einige Tage

in Militärkasernen festgesetzt, während im Departement Cauca von mehreren Verschwundenen berichtet wird. Auch paramilitärische Gruppen bedrohten die Streikenden in verschiedenen Landesteilen und riefen zu Aktionen gegen den Protest auf.

Die neue Einigung zwischen Protestierenden und Regierung soll dazu führen, die Sicherheit der sozialen Bewegungen zu garantieren. Die Repression gegen die politische Opposition hatte in den letzten Jahren zugenommen. SprecherInnen von Gewerkschaften, politischen Organisationen, linke JournalistInnen und Kulturschaffende werden immer öfter Opfer von Mord und Bedrohung. Aus diesem Anlass soll ein Maßnahmenkatalog unter Aufsicht der Vereinten Nationen erarbeitet und eine ständige Kommission für die Sicherheit des sozialen Protests eingerichtet werden.

Die Regierung sagte weiterhin zu, eine öffentliche Erklärung zu verfassen, in der behauptete enge Kontakte zwischen bewaffneter Guerilla und sozialem Protest zurückgenommen wird. Damit soll der Stigmatisierung und Kriminalisierung von politischem Protest entgegen gewirkt werden. Diese Erklärung könnte auch rückwirkend für die Entlastung der in den letzten Jahren festgenommenen und verurteilten Mitglieder von sozialen Bewegungen geltend gemacht werden und möglicherweise zu deren Freilassung führen.

Auch die weiteren Gründe für die Proteste werden auf der Tagesordnung der Verhandlungen stehen. Sprecher des Bündnisses gaben bekannt, dass die Verhandlungen mit der Regierung, insbesondere Innen- und Landwirtschaftsministerium, fortgeführt würden und dabei die thematischen Punkte Landvergabe, kollektiver Landbesitz, nicht erfüllte Zusagen, Menschenrechte und Frieden, Entschädigung der Opfer und Sicherheitsgarantien zur Diskussion stehen werden.

Ani Dießelmann, poonal

PERU

Erleichterung über Wahlausgang, aber keine Freude

Diese zwiespältige Reaktion stellte sich bei vielen WählerInnen ein, die Pedro Pablo Kuczynski (PPK) als „kleinerem Übel“ ihre Stimme gegeben und diesem zu einem denkbar knappen Sieg (50,1%) bei der Stichwahl zum Präsidentenamt am 5. Juni verholfen hatten.



BUCHBESPRECHUNG

RIO – ABSEITS VON ZUCKERHUT UND COPACABANA

Beate C. Kirchner: 111 Orte in Rio de Janeiro, die man gesehen haben muss

Mit Fotografien von Jorge Vasconcellos
Köln, Emons Verlag 2016
240 Seiten, € 17,50

Cidade maravilhosa – wunderbare Stadt, so träumt die Welt von der Stadt an der Copacabana. Wenn man in letzter Zeit allerdings von der brasilianischen Metropole Rio de Janeiro hörte, waren das leider allzu oft negative Schlagzeilen.

Hier seien nur kurz erwähnt: mangelnde Vorbereitungen für die Olympischen Spiele im August 2016, brutale Enteignungen und Häuserdemolierungen in den Favelas für olympische Bauten und Schnellstraßen, mangelnde Gesundheitsversorgung vor allem der ärmeren Bevölkerung, ZIKA-Virus, starke Wasserverschmutzung an manchen Küstenabschnitten, korrupte Behörden, Polizeiwillkür ...

Aber es gibt natürlich auch das andere Rio, das Rio von Copacabana und Zuckerhut, von Karneval und Sambaparaden. So kennen es viele aus den Reiseführern und den Prospekten diverser Reiseveranstalter.

Und doch existiert noch ein weiteres Rio de Janeiro, das selbst Einheimische überrascht und wohin sich selten Touristen verirren. Haben Sie zum Beispiel schon einmal vom Vogelfriedhof auf der Insel Paquetá, wo Haustiere ihre letzte Ruhe finden, gehört? Oder vom alten *Cinematógrafo Soberano*, dem einzigen Jugendstil-Palast der Stadt, der noch vollständig erhalten ist und heute unter dem Namen *Cine Íris* als Pornokino dient? Das mitten im Zentrum in der legendären Rua da Carioca liegende Etablissement befindet sich seit seinem Bestehen nunmehr in der dritten Generation im Besitz derselben Familie. Diese und viele weitere authentische Orte beschreibt die Autorin in kurzweiliger Form in ihrem Band.

Auf jeweils einer Seite werden die Orte kurz und beeindruckend vorgestellt und praktischerweise gibt es auch gleich Tipps für Bars und Restaurants in der Nähe dazu. Sehr schöne Aufnahmen des aus Rio stammenden Fotografen Jorge Vasconcellos ergänzen den jeweils vorgestellten Ort.



Wo legen Top-Djs jeden Samstag ab Mitternacht unter der Brücke einer Schnellstraße auf? Auch hierfür gibt der Band rasch Auskunft: *Baile Charme* heißt das Event unter dem Viadukt einer Schnellstraße im nördlichen Stadtteil Madureira. Seit über 20 Jahren tanzen hier zum Sound der angesagtesten Djs die Cariocas. Ursprünglich kam das Publikum aus der Peripherie und den Favelas im Norden der Stadt. Doch seit auch berühmte ausländische DJs auftreten und seit das Viadukt in einer berühmten *telenovela* eine Hauptrolle spielte, gesellen sich auch Tanzbegeisterte aus den nobleren südlichen Stadtteilen Copacabana und Ipanema hinzu.

In welchem Laden kaufte der legendäre englische Posträuber Ronald Biggs für seine Feste ein, mit denen er sich seinen langjährigen Aufenthalt finanzierte?

Auf welchem Markt findet man alle aromatischen und medizinischen Kräuter und 25 Geschäfte, die sich nur dem spirituellen Leben widmen?

Wo gibt es die besten portugiesischen Tavernen und wo die besten Eintöpfe aus dem Nordosten des Landes?

Antworten darauf und noch viele andere Kuriositäten finden sich in diesem Führer durch das unbekanntere Rio. Am Ende des für Individualtouristen sehr hilfreichen Bandes findet sich ein übersichtlicher Stadtplan, in dem alle beschriebenen Orte verzeichnet sind.

Felix Fexer

BEITRAG ZUR LINKEN DEBATTE

Ulrich Brand (Hg.): Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?

Eine Flugschrift

VSA Verlag, Hamburg 2016

115 Seiten, € 11,-

Um es vorwegzunehmen: Dieses Büchlein, das sich bescheiden als „Flugschrift“ versteht, ist der bisher gelungenste Versuch, die Ursachen der politischen Schubumkehr der – ihrer Selbstdefinition nach – linken (Venezuela, Bolivien, Nicaragua) und linksliberalen (Brasilien, Argentinien, Ecuador) Regierungen aufzudecken. Ohne die Verdienste der populären und meist auch populistisch agierenden PräsidentInnen der angeführten Länder in Bezug auf eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens und der sozialpolitischen Ausrichtung ihrer Regierungen zu schmälern, verweist der deutsche, derzeit in Wien wirkende Politologe Ulrich Brand in seinem 30seitigen Einleitungskapitel auf einen grundlegenden Mangel ihrer Wirtschaftspolitik: Sie alle haben es ausnahmslos verabsäumt, die auf Grund der hohen Rohstoffpreise und der Intensivierung des Welthandels (insbesondere mit China) entstandene Hochkonjunktur der Jahre 2007 bis 2014 zu nutzen, um tiefgreifende Strukturreformen umzusetzen, die zu einer Diversifizierung, aber auch zur Ökologisierung und Vergemeinschaftlichung der Produktion – vor allem in der Landwirtschaft – hätten führen können und sollen.

Auch dass dieser Hang der linken und linksliberalen Regierungen zum Neo-Extraktivismus, der ja in krassem Gegensatz zu ihrem schönfärbenden Diskurs vom *Buen Vivir* und der *Economía Solidaria* steht, nicht von ungefähr kommt, sondern auf dem Wiedererstarken eines zwar postneoliberalen, aber noch immer neokolonialen Staatsverständnisses beruht, wird bei der Lektüre dieses Büchleins deutlich.

In sieben Gesprächen, die Uli Brand mit namhaften SozialwissenschaftlerInnen aus den betroffenen Ländern selbst geführt hat – wie Edgardo Lander (Venezuela), Luis Tapia (Bolivien), Alejandra Santillana (Ecuador), Camila Morena (Brasilien), Maristella Svampa (Argentinien), aber auch die beiden namhaften VertreterInnen der linken Dissidenz, Mónica Baltodano aus Nicaragua und Alberto Acosta –, wer-

den die Fehler und Schwächen von PolitikerInnen deutlich, die, auf der Welle von massiven Volksbewegungen reitend, ursprünglich ausgezogen waren, den US-amerikanischen Imperialismus und die nationalen Oligarchien das Fürchten zu lehren, die aber, auf dem Höhepunkt ihrer Wirksamkeit angelangt, weder dem Druck der Mächtigen noch Versuchungen der Macht widerstehen konnten.

Dabei stellen sich die AutorInnen dieses sehr empfehlenswerten Büchleins, dessen einziger Mangel vielleicht darin besteht, Länder wie Uruguay, Paraguay und Kuba nicht explizit in den Kreis seiner Reflexionen einbezogen zu haben, keineswegs als „Besserwisser“ dar, sondern als Mitdiskutierende in einer sehr grundsätzlichen Debatte, die soeben erst begonnen hat.

Leo Gabriel

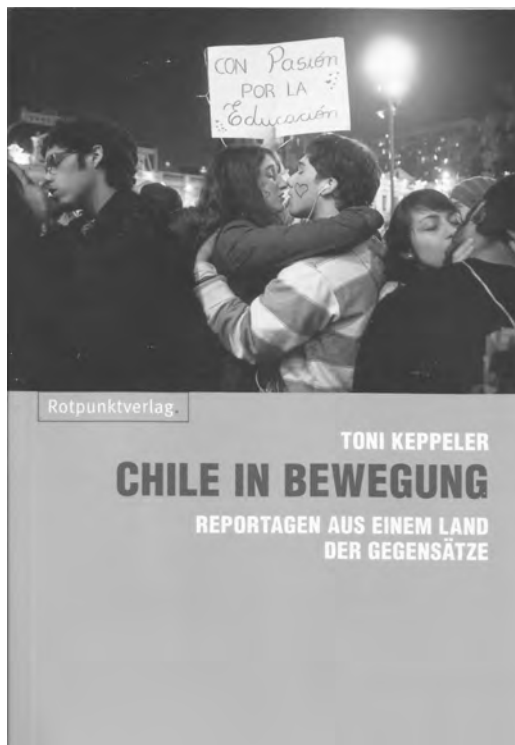
SALPETER UND PUTSCHISTEN

Toni Keppeler: Chile in Bewegung

Rotpunktverlag, Zürich 2016. 202 Seiten, 24 Euro

Die titelgebende Bewegung in Chile geht von den Studentinnen und Studenten aus, die bessere Bildungschancen für alle einfordern und den Staat in die Pflicht nehmen. In keinem anderen Land Lateinamerikas hat die Privatisierungswelle auch das Schulsystem so umfassend erreicht. Ikone der Studentenproteste ist Camila Vallejo, die heute für die Kommunistische Partei im chilenischen Parlament sitzt. Ein ausführliches Interview mit ihr ist Ausgangspunkt des Buches, das mit einer linken politischen Analyse der Jetztzeit beginnt. Der Autor arbeitet sich dann in wenigen Schlaglichtern durch die Geschichte und Ökonomie des Landes und behält dabei das Schema bei, jedes Kapitel an einer Person aufzuhängen. Er erzählt über die Biographie des ehemaligen Minenarbeiters Haroldo Quinteros von der Salpeterwirtschaft, die Chile reich machte und in einen Krieg mit den Nachbarn Peru und Bolivien verwickelte, der heute noch nachwirkt. Der in der Atacama-Wüste lagernde stickstoffreiche Salpeter wurde als Hauptexportprodukt vom Kupfer abgelöst, dessen überproportionale Bedeutung für die Volkswirtschaft das Land den Launen

des Weltmarktes ausliefert. Den Konflikt mit den Mapuche, den im Süden beheimateten Ureinwohnern, erklärt Keppeler anhand der schweizerischen und deutschen Einwanderer, die Ende des 19. Jahrhunderts mit großzügigen Anreizen in Form von Ländereien angelockt wurden. Bis heute hat sich die Regierung der Geschichte nicht gestellt, die die Eroberung des Südens mittels Völkermord komplettierte.



Auch die Jahre der Volksfrontregierung unter dem Sozialisten Salvador Allende, die Erfolge und Misserfolge einer demokratischen Revolution werden über kleine Geschichten erzählt, der Putsch vom 11. September 1973 und die 17 Jahre brutaler Militärdiktatur aus der Erinnerung eines Überlebenden.

Das Erbe der Diktatur, die Chile nicht nur in einen Friedhof für Oppositionelle, sondern auch in ein Labor für neoliberalen Extremismus machte, wiegt schwer. Die Übergangszeit von den bleiernen Jahren der Pinochet-Herrschaft zur Demokratie sieht Keppeler noch nicht abgeschlossen. Der Diktator wurde in seinen letzten Lebensjahren nicht wegen seiner Verantwortung für Folter und Mord an tausenden Menschen zur Unperson, sondern weil zahllose Konten mit Schwarzgeld entdeckt wurden. Chile bleibt unter den OECD-Ländern das mit der ungerechtesten Einkommensverteilung. Die Militärs haben für

ihr eigenes Wohlergehen vorgesorgt und als Individuen und Institution enorme Vermögen angehäuft. Außerdem misstrauten sie offenbar – völlig zurecht – den privaten Rentenfonds, zu deren Zeichnung sie die Zivilisten verpflichteten, und genießen sichere Pensionen aus einem Umlagesystem.

Der Autor hat Erfahrungen und Eindrücke aus 30 Jahren und zahlreichen Reisen gebündelt und vermittelt durch neue

Interviews die notwendige Aktualität. Der in flotter Sprache und durch schöne Farbfotos der Profifotografin und Keppeler-Ehefrau Yvonne Bernardi ergänzte Band gibt einen schnellen Überblick über ein Land, dessen Geschehnisse vor 40 Jahren die Welt gleichermaßen fesselten und in zwei Lager teilten, das aber weitgehend aus den Nachrichten der Tagespresse verschwunden ist. Gerade die Mapuche, die zu neuem Selbstbewusstsein gekommen sind und sich gegen rechtswidrige Projekte von Holzkonzernen, Elektrogesellschaften und Bergbauunternehmen zur Wehr setzen, würden mehr Aufmerksamkeit verdienen. Die Ursachen dieser Konflikte aufzuzeigen, ist eines der unbestreitbaren Verdienste dieses Buches.

Ralf Leonhard

DANCEHALL UND HOMOPHOBIE

Patrick Helber: Dancehall und Homophobie. Postkoloniale Perspektiven auf die Geschichte und Kultur Jamaikas.

Transcript-Verlag, Bielefeld 2015, broschiert, 304 Seiten, € 32,99

Bei einer Buchbesprechung ganz am Anfang anzufangen, ist keine schlechte Idee. Vielleicht nicht die spektakulärste, aber doch eine solide Idee. Also fange ich von vorne an: Ein weißer Mann, heterosexuell, Mitte 50, der Mittelklasse zugehörig, rezensiert ein Buch mit dem Titel „Dancehall und Homophobie. Postkoloniale Perspektiven auf die Geschichte und Kultur Jamaikas.“ Geschrieben hat das Buch ein anderer weißer Mann, Patrick Helber, und das Buch basiert auf seiner Dissertation.

Die Art und Weise, wie er als weißer Wissenschaftler, mit spezifisch deutschen

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: BUCHBESPRECHUNGEN

Perspektiven seine wissenschaftliche Arbeit über die Menschen auf Jamaika und die dortigen kulturellen Praktiken präsentiert und wie dies unvermeidlich zwischen den Zeilen etwas über seine eigene gesellschaftliche Positionierung aussagt, thematisiert Helber gleich zu Beginn seines Buchs. Und das gilt natürlich genauso für den Rezensenten.

„Es geht darum, die multidimensionalen Wirkungen des Kolonialismus und deren Erbe und Fortwirken auf kultureller, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Ebene bis in unsere Zeit aufzuzeigen.“ Unter diesen Prämissen analysiert Helber die mediale Kontroverse um Dancehall-Musik und Homophobie und ordnet sie in den historischen, politischen und kulturellen Kontext des postkolonialen jamaikanischen Staates ein.

Die wohl bekannteste Musikrichtung aus Jamaika ist *Reggae*. Dieser entwickelte sich Ende der 1960er Jahre auf Jamaika aus den Musikstilen *Ska* und *R'n'B*. Der wohl bekannteste Reggae-Musiker weltweit und Jamaikas Nationalheld war der unsterbliche Bob Marley.

Der Begriff „*Dancehall*“ bezeichnete ursprünglich die auf Jamaika stattfindenden Tanzparties der unteren Bevölkerungsschichten. Erst zu Beginn der 1980er Jahre wurde *Dancehall* zum Namen einer Stilrichtung, welche in allen Metropolen dieser Welt Einzug hielt. Gemeinsam haben beide Musikrichtungen, dass sie in den Slums von Jamaikas Hauptstadt Kingston entstanden sind.

Dancehall-Musik beschreibt im Unterschied zum Reggae zumeist die Lebensrealität der GhettobewohnerInnen. Die vorherrschenden Themen sind Gewalt, Armut, Kriminalität, explizite Darstellungen von Heterosexualität und jedenfalls die aggressive Ablehnung von Homosexualität. Das geschieht fast immer aus einer männlichen Perspektive der schwarzen Arbeiterklasse. Wie auch in anderen Ländern, ist diese Klasse in der postkolonialen jamaikanischen Gesellschaft extrem marginalisiert und Dancehall-Musik ist ihre Artikulationsform.

Die homophoben Texte der Lieder sorgten in Jamaika aufgrund der in der Gesellschaft weit verbreiteten anti-homosexuellen Stimmung lange Zeit kaum für Aufsehen. Erst als europäische Schwulen- und Lesbenorganisationen das Thema auf-



griffen und Konzerte von jamaikanischen Dancehall-Künstlern in Europa kritisierten und sogar verhinderten, wurde die Diskussion zurück nach Jamaika getragen. Im Jahr 2004 kam es zu einer ausführlichen Debatte in den Medien, in der es einerseits um Homophobie in der Popmusik, aber andererseits auch um den Umgang mit Homosexualität allgemein ging.

Patrick Helber erforscht mittels einer historischen Diskursanalyse die Debatte aus dem Jahr 2004 in den drei jamaikanischen Tageszeitungen *The Gleaner*, *The Observer* und *The Star*.

Er zeigt auf, wie Homosexuelle als „Fremde“ konstruiert werden und Homosexualität als vom Westen importierte Verhaltensweise dargestellt wird. Er analysiert die Rolle transnationaler Akteurinnen in der Debatte und wie Maskulinität, Identität und Gewalt kolonial und/oder neokolonial bestimmt sind, aber auch die Verknüpfungen zwischen vermeintlichen humanitären Argumentationen aus dem Westen und fortdauerndem kolonialem Rassismus.

Ja, es ist harte wissenschaftliche Kost, die Helber da bietet. Zitate, Quellenangaben, Querverweise in Hülle und Fülle. Und trotzdem ist das Buch spannend zu lesen, unabhängig davon, ob man Dancehall-Musik mag oder nicht. Die internationale Debatte um homophobe Texte hat innerhalb der jamaikanischen Gesellschaft zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Homosexualität und Homophobie geführt. Und das Buch gibt einen sehr guten Ein- und Überblick in diese bzw. zu dieser Debatte.

Andreas Teltscher

⇒ von Seite 35: KURZNACHRICHTEN/PERU

Die Überraschung war gelungen: Der nunmehrige Sieger hatte nach dem ersten Wahlgang mit 21% nur wenig mehr als die Hälfte der Stimmen seiner Konkurrentin Keiko Fujimori auf sich vereinigen können. Die Wende brachte wenige Tage zuvor die nun doch dezidierte Unterstützung der Linken und von César Acunha, einem schon vor dem ersten Wahlgang ausgeschlossenen Kandidaten. Ein entscheidendes Moment war das Bekanntwerden von Untersuchungen der US-Drogenbehörde DEA gegen Joaquín Ramírez, Generalsekretär der Fujimori-Partei *Fuerza Popular*, wegen vermuteter illegaler Bereicherung und Verbindungen ins Drogenmilieu.

Die Finanzierung des äußerst aufwendigen Wahlkampfes der Fujimoristas war bereits ein länger schwelendes Thema. Latente Ängste wurden jetzt laut: Haben die alten, von Vater Alberto und Vladimiro Montesinos gewobenen Korruptionsnetzwerke auch Keiko Fujimori fest im Griff? Befindet sich Peru nach mexikanischem Vorbild auf dem Weg zum Narco-Staat? Immerhin gab es schon in den letzten Jahren eine Reihe spektakulärer Auftragsmorde, die dem Drogenmilieu zugeschrieben wurden.

Auch wenn ExpertInnen die Existenz von peruanischen Drogenkartellen verneinen, ist der Einfluss des Drogenhandels in einigen Regionen zweifellos im Steigen begriffen. Jedenfalls gelten der Bausektor, private Universitäten und der illegale Goldabbau als beliebte Gelegenheiten zur Geldwäsche.

Viele PeruanerInnen haben also mangels besserer Alternative einen neoliberalen Ex-Banker (mit Regierungserfahrung) zum Präsidenten gemacht, dem sie weniger autoritäre und korrupte Eigenschaften unterstellen. So wird sich wahrscheinlich am Status quo wenig ändern. Perus Wirtschaft fährt seit der Ära Alberto Fujimoris (1990er) mit Autopilot: strenge Haushalts- und Fiskalkontrolle, Freihandel und Förderung von Auslandsinvestitionen um jeden Preis.

Auch die Sitzverteilung im Parlament spricht gegen einen Kurswechsel: Die Fujimoristas haben dort die absolute Mehrheit und sie teilen die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des designierten Präsidenten weitgehend.

Jürgen Kreuzroither, IGLA

TESTIMONIOS EINER SCHRECKENSHERRSCHAFT

Zehntausende Menschen wurden während der argentinischen Militärdiktatur 1976 bis 1983 aus politischen Gründen entführt und in geheimen Internierungszentren gefoltert und ermordet. Nur eine Minderheit kam frei. 30.000 sind bis heute verschwunden. Am 25. Mai dieses Jahres wurden in Argentinien historische Urteile gefällt. Erstmals in der Geschichte beurteilte ein Gericht die Absprache der damaligen Militärdiktatoren zu Verfolgung und Mord von politischen Gegnern im Rahmen der *Operación Condor* als „Akt eines kriminellen länderübergreifenden Netzwerkes“. Ranghohe Militärs wie die beiden Ex-Generäle Reynaldo Bignone und Santiago Omar wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Im August will das Gericht ausführliche Hintergründe zu den Urteilen präsentieren.

Wer sich – zum 40. Jahrestag der Diktatur – genauer über die Machenschaften der Militärs in Argentinien informieren will, dem seien zwei kürzlich erschienene Bücher empfohlen: „*Verschwunden*“ von Christian Dürr, dem Leiter des Archivs der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, und die deutsche Übersetzung des bereits 1995 in Argentinien erschienenen Buches „*Der Flug*“ des argentinischen Journalisten Horacio Verbitsky. Eduardo Galeano meinte beim Erscheinen der Originalausgabe: „Der beste Journalist hat das beste Buch über die schlimmsten Verbrechen geschrieben.“

Dürres Ausgangspunkt in „*Verschwunden*“ sind Interviews mit Überlebenden der geheimen Internierungs-, Folter- und Vernichtungszentren (*Centros Clandestinos de Detención, Tortura y Exterminio, CCD-TyE*). Dabei entsteht eine erschreckende Beschreibung der Maschinerie des Terrors, die von den Militärs gegen die „Subversiven“ angewandt wurde um zu Informationen zu gelangen, deren Persönlichkeiten zu brechen und schließlich gleichsam als „Gott“ über deren Schicksal zu richten: „Überstellung“ oder „Rückführung“ waren die Möglichkeiten. Überstellung bedeutete „Tod“, „Rückführung“ eine „Neueingliederung“ in die Gesellschaft. Die Botschaft der Überlebenden war jedoch ambivalent. Zum einen sahen sie es als ihre Pflicht an, die Greuel der Lager zu bezeugen, zum anderen trugen ihre Berichte – ganz im Sinne der Machthaber – zur wei-

teren Traumatisierung einer terrorisierten Gesellschaft bei. Um deren Erfahrung historisch und soziologisch zu verorten, geht Dürr in seiner Studie aber einen Schritt weiter. Er stellt die argentinischen Internierungszentren in analytischen Bezug zu dem wohl mörderischsten staatlichen Terrorapparat des 20. Jahrhunderts, dem System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Waren die KZs jedoch konkret sichtbare Orte zur Entsorgung des „überflüssigen und störenden Rests“ der Gesellschaft, in denen die Gefangenen Schritt für Schritt „ausgesaugt“ und ohne Lebenskraft zurückgelassen wurden, befanden sich die „Verschwundenen“ wie in einer dauerhaften Schockstarre an einem Ort fernab der Gesellschaft. Dort sollten sie in einen dauerhaften Schock versetzt werden, welcher schließlich bei einer möglichen „Rückführung“ in die Gesellschaft als das Gefühl „permanenter Kontrolle“ zurückbleiben sollte. Dürr bestimmt so Kontrolle als das charakteristische Machtdispositiv der CCDTyE. Er bezieht sich dabei auf das Konzept der Kontrollgesellschaft von Gilles Deleuze.

Bildeten Interviews von Überlebenden das Kernstück von „*Verschwunden*“, so kommt in Verbitskys Buch „*Der Flug*“ ein Täter zu Wort. Nach fast 20 Jahren des Schweigens gestand 1995 zum ersten Mal ein beteiligter Militär, Adolfo Scilingo, diese grausamen Verbrechen. Es löste eine breite gesellschaftliche Debatte aus, nicht zuletzt über die Frage nach Schuld und Verantwortung für die Verbrechen der Militärdiktatur und trug so zu deren Aufarbeitung bei.

Der Titel „*Der Flug*“ bezieht sich auf die regelmäßigen „Überstellungsflüge“, die jeden Mittwoch von Buenos Aires aus stattfanden. Den Gefangenen der Mechanikerschule der Marine (ESMA) sagte man, sie würden nach Patagonien verlegt. Doch kurz nach dem Start, als sich das Flugzeug über dem Rio de la Plata befand, wurden die Opfer betäubt, aber lebendig aus einer Luke in das Meer geworfen. „Man zog die Ohnmächtigen aus, und wenn der Kommandant den Befehl gab, öffnete man die Luke und warf sie nackt einen nach dem anderen hinaus.“ Einmal wäre Scilingo selbst fast aus der Luke gefallen, konnte aber gerettet werden. Dieser Schock ließ ihn nicht mehr los und es be-



gann ein Prozess einer Katharsis, einer Läuterung, die im Geständnis den Höhepunkt fand und im spanischen Gefängnis, wo sich Scilingo noch immer befindet, wohl ausklingt. Für die katholische Kirche waren die Flüge weit weniger ein Problem. Ein katholischer Geistlicher rechtfertigte sich einmal gegenüber Scilingo: Sie seien „eine christliche Art zu sterben, weil sie nicht litten und auch in der Bibel die Ausrottung des Unkrauts vom Weizenfelde vorgesehen ist“.

Der chilenische Schriftsteller Ariel Dorfman urteilte über „*Der Flug*“: „Ein historisches Buch! Verbitsky zeigt uns nicht nur die Methoden, mit denen eine Diktatur ein Land unterdrückt und zerstört, sondern führt uns auch in die Abgründe des Geistes und des Lebens derer, die dieses Vorhaben exekutierten. Lesen Sie es und beten Sie, damit so etwas niemals mehr passiert.“

Wolfgang Schweiger

Christian Dürr: „Verschwunden“

Verfolgung und Folter unter der argentinischen Militärdiktatur (1976–1983)
Metropol Verlag, Berlin 2016,
221 Seiten, € 19,-

Horacio Verbitsky: Der Flug

Wie die argentinische Militärdiktatur ihre Gegner im Meer verschwinden ließ.
Aus dem Spanischen von Sandra Schmidt.
2016 Mandelbaum Verlag, Wien,
199 Seiten, € 19,90